4/2015

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Gute Stadt – Böse Stadt

Landromantik vs. Stadt für alle

Seite 6
Die Stadt der Zukunft

Seite 16
Bauer oder Bänker?

Seite 18
Favelas zwischen Herrschaft und Widerstand

Seite 41
Agrarökologie raus aus der Nische

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Weichenstellungen für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik? 2
Zu den Vorbereitungen auf die UN-Weltsiedlungskonferenz Habitat III
Klaus Teschner

Habitat III-Konferenz 4
Stadtvermarkter unter sich?
Knut Unger

Die Stadt der Zukunft gehört den Menschen! 6
Die Zukunft der Städte in Zeiten des Klimawandels und die soziale Frage
Katalin Gennburg

Wohnungslosigkeit in Deutschland 8
Konkurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Wohnungslosen verhindern
Werena Rosenke

Stadtflucht als politisches Statement? 10
Herausforderungen von gemeindlichen Rückaneignungen am Beispiel Neunkirchen im Hunsrück
Richard Pestemer

Souveränität beginnt mit dem Handwerk 12
Zukunftsvision einer sich selbstversorgenden Stadt
Anke Kähler

Zukunftsfähige Ernährung für Städte?! 14
Ernährungsräte können regionale Ernährungspolitik demokratisieren
Christine Pohl und Alessa Hartmann

Von Brasilien lernen 15
Bericht und Gedanken von der 5. CONSEA-Konferenz in Brasilia
Stig Tanzmann

Bauer oder Bänker? 16
Demokratisierung des Ernährungssektors statt Dominanz der Städte
Roman Herre

Favelas zwischen Herrschaft und Widerstand 18
Reflexionen aus einer Favela in der Nordstadt Rio de Janeiros
Timo Bartholl

Biologische Vielfalt in der Stadt 20
Urbane Biodiversität zwischen verschiedenen Ansprüchen an den öffentlichen Raum
Dr. Katrin Reuter

Städte müssen arme Bevölkerung in die Stadtentwicklung einbeziehen 22
Besondere Bedeutung asiatischer Städte für den Klimaschutz
Dr. Almuth Schauber

Schwerpunktpublikationen 24

AKTUELL

Same same but different? 25
Die neue EU-Handelsstrategie
Alessa Hartmann

Mit zwanzig in der Midlife Crisis 26
Die Welthandelsorganisation WTO sucht nach ihrer Rolle
Tobias Reichert

Die Herausforderung der WTO-Verhandlungen 28
Wie die entwickelte Welt Ernährungssicherheit behindert
Biraj Patnaik

Paris kann nur der Anfang sein 29
Bericht zur Weltklimakonferenz in Paris
Christiane Hildebrandt

Sektor mit speziellen Bedürfnissen 31
Land im Klimaabkommen
Hermine Kleymann

Klimamigration 32
Wenn der Klimawandel Menschen zwingt, ihre Heimat zu verlassen
Das Interview führte Marion Busch mit Jan Kowalzig

THEMEN UND AGS

Nachhaltigkeit und Politik 33
Erfahrungen aus Mosambik
Rozenn N. Diallo

Gläserner Bergbau? 35
Eine Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative
Karin Küblböck und Silke Pinter

Doing-Business-Bericht 37
Der Einfluss der bedeutendsten Weltbank-Publikation auf politische Entscheidungen
Tiago Stichelmans

Asche in die Augen gestreut 39
Deutschland und die Weltbank fördern Kohlekraft im Kosovo
Agron Demi

Agrarökologie raus aus der Nische 41
Was können wir vom globalen Süden lernen und wie können wir es umsetzen?
Harry Hoffmann

Die Ziele des FAO-Saatgutvertrages werden noch immer nicht erfüllt 43
Saatguthersteller sollen verpflichtet werden
Laura Sommer und François Meienberg

Düngeverordnung unzureichend 44
Gesetzesentwürfe zur Düngung werden dem Wasserschutz nicht gerecht!
Katrin Wenz

Publikationen 45

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2016.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 93, Fax: 030/678 17 75 80, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marie-Luise Abshagen und Nelly Grotefendt **MITARBEIT:** Carolin Ebschner und Benno Wilhelm **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Tomomi Wong, flickr.com

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt bereits in Städten – Tendenz steigend. Nachdem die Innenstädte, insbesondere im globalen Norden, lange schrumpften und sich die Randgebiete und die Landidylle großer Beliebtheit erfreuten, ziehen jetzt wieder Menschen in die Innenstädte. Dabei geht es nicht nur um das Zurückkehren vom Land in die Stadt, sondern auch um das Ergreifen von Möglichkeiten. Städte scheinen bunter und attraktiver, dynamischer und innovativer. Hört sich erstmal gut an. Aber im Jahr 2050 werden bereits zwei Drittel der dann rund neun Milliarden Menschen in städtischen Räumen leben. Damit stellen sich eine Reihe an Fragen über das Wesen dieser städtischen Räume: Werden sich die urbanen Zentren einfach unbegrenzt ausdehnen? Wie werden sich die Energie-, Mobilitäts- und die Versorgungskonzepte gewährleisten lassen? Und welche Auswirkungen hat dies auf die globale Erwärmung und den Ressourcenverbrauch? Und insbesondere: Wie lassen sich die BewohnerInnen versorgen?

Der vorliegende Rundbrief beleuchtet diese Aspekte von verschiedenen Seiten angesichts der sich nähernden UN-Habitat-Gipfelkonferenz in Quito im Oktober 2016. Längst stellen sich ArchitektInnen und PlannerInnen, aber auch AktivistInnen diese Fragen. Auch die großen Unternehmen wie Siemens oder Telekom sind auf den Plan getreten, um die Städte von morgen zu gestalten. Während manche von Smart City träumen, rücken andere die Gestaltungshoheit der BewohnerInnen in den Vordergrund.

Und wie werden wir alle satt? Die Welternährung stützt sich nach wie vor auf die Schultern der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen – Urban Gardening trägt hierbei noch keinen entscheidenden Beitrag und könnte gehässig eher als Selbstbeschäftigungstherapie einer intellektuellen Mittelklasse gesehen werden. Bleibt es also bei dem Ausspruch des Schriftstellers Oscar Wilde: „In der Stadt lebt man zu seiner Unterhaltung, auf dem Land zur Unterhaltung der anderen.“? Neben dem Spannungsfeld der Landidylle versus Stadtlust wirft der Rundbrief außerdem einen Blick auf das Politikfeld der internationalen Handelspolitik und einer Institution, die in letzter Zeit wieder von sich reden macht: die Welthandelsorganisation WTO und die neue EU-Handelsstrategie. Auf den ersten Blick scheint beide nicht viel zu einen und doch sind sie im Licht der kontrovers besprochenen Freihandelsabkommen TTIP und CETA spannender denn je. Die EU gehört im Rahmen der Doha-Runde zu den Blockierern, treibt aber gleichzeitig die eigenen Interessen im Rahmen von bilateralen Verhandlungen wie TTIP und CETA massiv voran. Die EU-Handelsstrategie der Handelskommissarin Malmström gibt hierbei Auskunft über die Ausrichtung der Handelspolitik der EU. Ist die Kritik der Bevölkerung angekommen?

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre

Nelly Grotefendt

© Klaus Teschner, Misereor

Armenviertel Githaturu, Nairobi, 2012

WEICHENSTELLUNGEN FÜR EINE NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK?

Zu den Vorbereitungen auf die UN-Weltsiedlungskonferenz Habitat III

Seit geraumer Zeit veranstalten die UN in schöner Regelmäßigkeit, alle 20 Jahre, eine Habitat-Weltkonferenz, die sich mit Fragen des Wohnungswesens und der Stadtentwicklung befasst. Nach Vancouver 1976 (Habitat I) und Istanbul 1996 (Habitat II) wird vom 17. bis 20. Oktober 2016 die dritte dieser Konferenzen, Habitat III, in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito stattfinden. Dabei soll eine „New Urban Agenda" verabschiedet werden, die Orientierungen für die staatliche Politik in diesen Bereichen liefern soll. Die Vorbereitungen verlaufen eher schleppend und es ist unklar, inwieweit in der Agenda nicht nur vage Handlungsempfehlungen für Kommunen, sondern auch umsetzbare Strategien für einen Wandel hin zu sozialen und umweltgerechten Städten erkennbar sein werden.

Im Jahr 2050 werden nach Schätzungen der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen (UNPOP) bereits 70 % der dann ca. neun Milliarden Menschen in Städten leben. Dass angesichts dieser Zahlen die großen Zukunftsprobleme in Städten gelöst werden müssen, ist eine triviale Erkenntnis. Für die sozialen Herausforderungen und für zentrale ökologische Probleme (Überwindung von Armut, Ressourcenverbrauch, Energieverbrauch, Klimagase, Bodenversieglung etc.) wird entscheidend sein, wie altgediente Metropolen, wachsende und neu entstehende Städte sich in den nächsten Jahrzehnten entwickeln. Da Bauten, Leitungsnetze, Verkehrssysteme und Siedlungsmuster Pfadabhängigkeiten aufweisen, die viele Jahrzehnte lang nachwirken, sind heutige Weichenstellungen relevant.

Kaum Berichte über die letzten 20 Jahre seit Habitat II

Die Konferenz wird vom Generalsekretariat der UN veranstaltet. Die Unterorganisation UN Habitat übernimmt Aufgaben in thematischen Bereichen. Für UN Habitat ist es ein besonderes Anliegen, dass Urbanisierung nicht länger als negativer, zu bremsender Prozess verstanden wird, sondern als Chance auf Wohlstand und Entwicklung. Allen Ländern wurde die Bildung eines breit angelegten Nationalen Habitat-Komitees empfohlen, das Prioritäten, Themen und Herausforderungen für die neue Stadtagenda festlegen und einen Nationalbericht über die 20 Jahre seit Habitat II erstellen soll. Dies wurde in nur wenigen Ländern so umgesetzt. Auch in Deutschland wurde die Berichtsredaktion an Fachleute vergeben und bei der Festlegung der Kernbotschaften für die Agenda gab es keinerlei zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Als erste UN-Konferenz nach Festlegung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) soll Habitat III die Umsetzung der SDGs konkretisieren helfen. Jedoch scheint es hierbei auf eine Debatte unter Fachleuten hinauszulaufen, die in Fachgremien (Policy Units) Themenpapiere erstellen sollen.

Globale zivilgesellschaftliche Netzwerke, etwa die Habitat International Coalition (HIC), beklagen die Ausblendung der Vereinbarungen der stark an Menschenrechten orientierten Habitat II-Agenda, ein fehlendes

Follow-up werde nicht weiter beachtet. Das erkläre auch die magere Zahl der bisher vorgelegten Nationalberichte und die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten. Aus diesem Grund arbeitet man in mehreren Ländern derzeit an zivilgesellschaftlichen Schattenberichten, sowie an einer in Quito stattfindenden Parallelkonferenz „von unten".

Problemfelder und Akteure im Hintergrund

Zu universell typischen städtischen Problemfeldern gehören die extreme Verteuerung innerstädtischer Flächen, die Verdrängung ärmerer Leute an den Rand, eine flächenintensive Siedlungsentwicklung, Verkehrslärm und Verkehrsstaus sowie der zunehmende Verlust von Agrarflächen. Zudem lebt etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung der Welt in informellen Siedlungen, mit oft erheblichen Defiziten an elementarer Infrastruktur. Fast überall wächst die soziale Kluft, was zu extremen Unterschieden der Wohn- und Lebensbedingungen führt. Vielerorts häufen sich Vertreibungen wegen Investitionsvorhaben oder großen Infrastrukturprojekten. Mächtige Lobbygruppen sind hier aktiv, oft global sowie auf Regierungsebene bestens vernetzt, um ihre Belange zu vertreten – auch bei UN-Konferenzen.

Ein Akteur von Zersiedlung, Gentrifizierung und Vertreibungen ist die Immobilienbranche. Dahinter stehen Finanzkonsortien, die im „Betongold" der Städte ideale Anlagemöglichkeiten sehen. Eine weitere Lobbygruppe ist die Autoindustrie, die eine Reduktion des städtischen Individualverkehrs abzuwenden versucht und stattdessen auf eine Umrüstung der PKW-Flotten zu Elektrofahrzeugen setzt, bei Ausblendung aller weiteren Probleme urbanen Autoverkehrs. Auch die IT-Branche tritt vermehrt als Lobbyorganisation auf. Hinter den „Smart Cities"[1] stehen Firmen aus dem IT-Bereich, die Datentools an Unternehmen und Verwaltungen verkaufen wollen. Ob dies die Städte besser steuerbar machen wird, soziale Spaltungen noch verstärkt oder die Überwachung des Alltags ins Unermessliche steigert, ist noch nicht abzusehen.

Deutsche Kernbotschaften und die Frage nach Regulationsmechanismen

Im Prozess der Habitat III-Konferenz ist Deutschland mit sieben FachexpertInnen und einem Sitz im Konferenzsekretariat überdurchschnittlich stark vertreten. Das bei Habitat III federführende Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat im Vorfeld drei Kernbotschaften formuliert. Kurzgefasst soll in den deutschen Kernbotschaften die kommunale Ebene als zentraler, global anerkannter Akteur aufgewertet werden. Weiterhin soll analog zum SDG 11, das sich mit Städten befasst, das Leitbild einer lebenswerten (inklusiven, nachhaltigen, widerstandsfähigen und sicheren) Stadt im Mittelpunkt stehen. Und schließlich sollen integrierte Planungsansätze die Transformation zu Low-Carbon-Cities (Städten mit niedrigem CO_2-Ausstoß) ermöglichen.

Die Kernbotschaften erheben damit die kommunale Selbstverwaltung zum globalen Modell, obwohl Städte und Gemeinden als unterste Ebene staatlicher Verwaltung nicht unbedingt bürgernah sind, solange Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung nicht vorausgesetzt werden können. Die Übernahme der Leitbilder aus den SDGs wirft ebenfalls Fragen auf, etwa die nach der Priorisierung elementarer Armutsprobleme und Infrastrukturdefizite im heilen Bild einer „lebenswerten" Stadt. Und schließlich lassen „integrierte Planungsansätze" im Unklaren, inwieweit Kommunen überhaupt handlungsfähig sind und starken externen und internen Interessengruppen mit ihrer Planung etwas entgegensetzen können.

Was bedeutet „lebenswert" und „integriert" für Städte, die verschärfter Wettbewerbslogik und Austeritätspolitik ausgesetzt sind? In denen Planung heißt, nachgeordnet auf Entscheidungen der Immobilienbesitzer und Investoren zu reagieren und die im Kontext von Krisen Armutsprobleme weitgehend alleine schultern müssen? Verbieten nicht gerade Freihandelsabkommen oft eine Regulierung der Entscheidungsfreiheit externer Investoren? Ohne Thematisierung der Makroebene und ohne Präzisierung der Instrumente für eine wirksame Regulierung der Stadtentwicklung bleiben Zielsetzungen wie „lebenswert" eine Illusion.

Angesichts der zahlreichen Problemfelder und der gesetzten Ziele für lebenswerte Städte, stellt sich die Frage, wie Handlungsspielräume zurückgewonnen werden können, um der Marktlogik im Bereich der Bodennutzung und der daraus folgenden unkontrollierten Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Leider sucht man in den Dokumenten des Vorbereitungsprozesses vergeblich nach entsprechenden Hinweisen.

Einfluss auf den Habitat III-Prozesses und die New Urban Agenda?

Im April 2016 soll eine Nullversion der New Urban Agenda vorliegen. Das BMZ plant am 1. und 2. Juni 2016 in Berlin ein internationales German Habitat Forum mit etwa 700 Beteiligten, davon 20 % aus Kommunen. Dort soll unter dem Motto „Mobilizing Cities" unter anderem städtischer Verkehr im Mittelpunkt stehen.[2] Die Inhalte sind vom Ministerium gesetzt. Ziel ist die Verabschiedung von „Berlin Recommendations", spezifischen Anregungen, die Ende Juli 2016 in Jakarta, Indonesien, bei der letzten Vorbereitungssitzung der Habitat III-Konferenz als Input einfließen können.

Habitat III ist eine gute Gelegenheit für die Diskussion stadt- und wohnungspolitischer Fragen, sowie eine Chance, die auf Stadtthemen bezogene umwelt- und entwicklungspolitische Diskussion in Parteien, Verbänden und im Parlament voranzubringen. Es könnte auch Anlass sein für eine Intensivierung des internationalen Austauschs von städtischen Basisinitiativen und Netzwerken, um etwa über Strategien zur Eindämmung aggressiver Immobilienmärkte und einen wirksamen Schutz gegen Vertreibungen zu beraten. Inwieweit es ihnen gelingen kann, den offiziellen Habitat III-Prozess zumindest teilweise zu beeinflussen, wird von der Stärke und Vernetzung dieser zivilgesellschaftlichen Akteure abhängen.

Klaus Teschner

Der Autor ist Fachreferent für Städtische Entwicklung in der Afrikaabteilung von MISEREOR.

Da es im offiziellen Prozess keine Mitwirkungsmöglichkeiten gibt, bietet die Habitat AG des Forum Umwelt und Entwicklung entwicklungs- und stadtpolitisch Aktiven eine Plattform.

1 Siehe Artikel „Die Stadt der Zukunft gehört den Menschen!" Seite 6.

2 http://german-habitat-forum.org/index.html

© Martin Fisch / flickr.com (BY-SA 2.0)

Wer hat das Sagen im Wohnungsmarkt?

HABITAT III-KONFERENZ

Stadtvermarkter unter sich?

Sieht man sich die bisherigen Vorbereitungspapiere und Diskussionen zur UN-Konferenz Habitat III an, die 2016 in Ecuador stattfinden soll, so stellt man ernüchtert fest, dass zentrale ökonomische Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die Stadtentwicklung der Zukunft fast völlig ausgespart werden. Dabei wäre die Rückgewinnung gesellschaftlicher Kontrolle über die globalisierten Immobilien- und Finanzmärkte eine Voraussetzung für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Wohnen und eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Trotz globaler Krisengipfel und zahlreicher Proteste in den betroffenen Städten ist bei Habitat III keinerlei Diskussion über die transnationale oder nationale Regulierung der Finanz- und Immobilienmärkte vorgesehen. Trotz „Occupy Wallstreet", Thomas Pickety und der neuen UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung wird nicht über die Auswirkungen der extremen Ungleichheit der Vermögensverteilung auf die Urbanisierung gesprochen. Wenn nicht ein Wunder geschieht und dieser Diskurs in den zehn Monaten bis zur Konferenz nicht ganz erheblich erweitert wird, droht das Abschlussdokument von Habitat III, die „Neue Urbane Agenda", zu einem Dokument der Unterwerfung und Anpassung der Kommunen an globale Trends und Krisen zu werden.

Vorbereitung der Konferenz jenseits der Krisen-Debatte

Obwohl es eine Binsenweisheit ist, dass globale Wirtschaftsverflechtungen und Finanzmärkte die Entwicklung der Städte ganz wesentlich mitbestimmen, findet sich unter den zehn Politikeinheiten (Policy Units)[1], die die Inhalte von Habitat III vorbereiten sollen, nicht eine einzige, die sich der Einschätzung dieser Rahmenbedingungen für die Urbanisierung widmet. In keinem der 21 Themenpapiere (Issue Papers), welche Schwerpunkte für die „Neue Urbane Agenda" vorbereiten sollten, wird der transatlantische Immobiliencrash von 2007 erwähnt oder die darauf folgenden massenhaften Wohnungsräumungen in den USA und Spanien oder die Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Stattdessen finden sich in diesen Papieren jede Menge implizite Affirmationen der ökonomischen Globalisierung. Ein paar Beispiele: In Issue Paper 12 „Local Economic Development" wird völlig unkritisch eine Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit („Business-Friendly Environment") befürwortet, ohne auch nur ansatzweise darüber zu reflektieren, wer die Wettbewerbsbedingungen bestimmt. In Papier Nr. 7 „Municipal Finance" wird unter anderem ein leichterer Zugang der Kommunen zu privaten Kapitalmärkten gefordert. Papier Nr. 9 „Urban Land" erwähnt Alternativen zum Privateigentum, geht aber nicht auf globales Landgrabbing ein. Obwohl Nr. 20 „Housing" die Zwangsräumungen beklagt, werden die missbräuchliche Hypotheken-Vergabe an arme Haushalte in den USA („Subprime Loans"), die undurchsichtigen Verbriefungen fauler Hypothekenkredite

und die einseitige Ausrichtung ganzer Volkswirtschaften auf die private Immobilien-Spekulation als wesentliche Ursachen nicht einmal erwähnt. Nur Nr. 1 „Inclusive Cities“ zitiert zumindest die Kritik der früheren UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen, Raquel Rolnik, an der Verdrängung von ärmeren BewohnerInnen für weltmarktorientierte Stadtentwicklungen und an der mangelnden Kontrolle der Bodenspekulation. Aber selbst dieses Papier geht nicht auf die Vermögensverteilung als eine der Ursachen von Spekulation und Segregation ein.

UN-Sonderberichterstatterin fordert „Agenda der Stadtrechte“

Bereits 2009 forderte Rolnik in einem Bericht an den Menschenrechtsrat[2] Alternativen zur Hypotheken- und Eigenheimorientierung der wohnungspolitischen Systeme. Auch die derzeitige Sonderberichterstatterin, Leilani Farha, beklagte bei einer Konferenz in Berlin kürzlich den „sozioökonomischen Druck“ auf die Wohnbedingungen in Europa und forderte eine „Agenda der Stadtrechte“: „Ich wünsche mir, dass sich die Staaten bei Habitat III auf das Recht auf angemessene Wohnung und andere Menschenrechte als überragende Elemente […] verpflichten, einschließlich der Haushaltspolitik, der Ressourcenverteilung und des Bodenmanagements. Ich würde mir wünschen, dass sich die Staaten verbindlich dazu verpflichten, die Sicherheit der Wohnverhältnisse zu garantieren, auch in den informellen Siedlungen.“[3] Jeder einzelne ihrer Forderung beinhaltet regulative Eingriffe in die Immobilienmärkte, also eine erhebliche Korrektur an der „Stadt-Agenda“ des Habitat III-Mainstreams.

Habitat-Agenda gleich Marktagenda?

Der Konflikt zwischen Menschenrechts- und wirtschaftlicher Anpassungsagenda bei Habitat-Konferenzen ist allerdings nicht neu. Schon bei der Weltsiedlungskonferenz in Istanbul 1996 hätte es jeden Grund zu kritischer ökonomischer Reflexion gegeben. Die meisten Länder des früheren Ostblocks hatten ihre staatlichen Immobilienbestände binnen kurzer Zeit privatisiert. Im Westen galten sozialstaatliche Interventionen in die Immobilienmärkte als überflüssige Wettbewerbsverzerrungen. Und falls es in Ländern des globalen Südens überhaupt einmal eine Wohnungspolitik gegeben hatte, so war diese in die Mühlen der Strukturanpassungsprogramme und Standortwettbewerbe geraten. Die Wohneigentumsquote eines Landes wurde zum Entwicklungsindikator. Eine hohe Mietwohnungsquote galt im globalen Zusammenhang als Abnormität.

Ganz dem Zeitgeist entsprechend versprach die Habitat-Agenda, das Abschlussdokument der Konferenz von 1996, die Ziele einer „angemessenen Unterbringung für alle“ und einer „nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ mit marktkonformen Mitteln zu erreichen. Zwar finden sich in dem Text einige hart erkämpfte Bekenntnisse zum Recht auf Wohnen, zur Partizipation an der Planung, dem Erbrecht von Frauen und zur umweltgerechten Entwicklung. Überwiegend aber schwelgt das Dokument in der Rhetorik intersektoraler „Partnerschaften“. Partnerschaften zwischen Kommunen, dem privaten Sektor, NGOs, den CBOs, „den“ Frauen, „der“ Jugend, „den“ Indigenen usw. sollten die Märkte „befähigen“, die Wohnungsprobleme zu lösen, ohne die Umwelt zu zerstören. Unter den damaligen Kräfteverhältnissen konnte das nur auf eine weitere Legitimation von öffentlich-privaten Partnerschaften hinauslaufen. Die Welle schrittweiser Privatisierungen öffentlicher Güter und Dienstleistungen auch in Westeuropa, die transnationalen Geschäfte mit kommunalen Infrastrukturen (z. B. Cross-Border-Leasing), die Öffnung der sozialen Wohnungs- und Kommunalwirtschaft für spekulative Finanzanlagen, die Verwandlung der kommunalen Verwaltungen in „Unternehmen“… all diesen Entwicklungen setzte die Habitat-Agenda nichts entgegen. Es können sogar etliche Begriffe und Handlungsansätze als explizite Rechtfertigungen der Neoliberalisierung gelesen werden.

Skandalisierung der neoliberalen Stadt

Mit einer solchen Marktagenda aber konnte das Versprechen auf Überwindung des globalen Wohnungselends nicht erfüllt werden. Für städtische Sozialbewegungen, die anfangs noch Hoffnungen in den Prozess gesetzt hatten, kam die Ernüchterung rasch. Bei der Folgekonferenz Habitat+5 in New York 2001 verbrannten AktivistInnen Dokumente, um die sie fünf Jahre zuvor noch gestritten hatten. Die Infragestellung des Wettbewerbsmodells erfolgte dann jenseits der NGO-Foren in den globalisierungskritischen Bewegungen. Bei den europäischen und den Weltsozialforen gab es immer auch Treffen und Veranstaltungen, die von StadtaktivistInnen gestaltet wurden. Hier war man sich in der grundsätzlichen Kritik am „Neoliberalismus“ einig, eine wirksame Strategie, wie man unter Einbeziehung der lokalen Transformationskämpfe die neoliberale Hegemonie überwinden könnte und wie die Städte dann zu regieren und zu bewirtschaften wären, entwickelte sich aber nicht.

Nach dem Ausbruch der Krise 2007 wurde die globalisierungskritische Bewegung von der Bewegung der Platzbesetzungen in den Schatten gestellt. Bewegungen wie „M15“ in Spanien oder „Occupy Wallstreet“ konnten kurzfristig neue Formen lokaler Massenbewegungen mit einer grundsätzlichen Kritik an den Privatisierungs- und Umverteilungsstrukturen verbinden. Nur vereinzelt aber – vor allem unter den Krisenopfern in Griechenland und Spanien – gelang eine Stabilisierung dieser populären Aufbrüche zu alternativen Selbsthilfe- und Politikmodellen. Wie wir wissen, mit einem prekären oder offenen Ausgang.

Habitat II markierte keine Unterbrechung, nicht einmal eine Modifikation der Neoliberalisierung. Habitat III wird dies wohl auch nicht tun. Die in den letzten zwei Jahrzehnten leid- und kampferprobten sozialen Bewegungen täten aber gut daran, die neue Stadtkonferenz nicht einfach zu ignorieren, sondern auch an diesem Fall die zerstörerischen Folgen der neoliberalen Agenda zu skandalisieren.

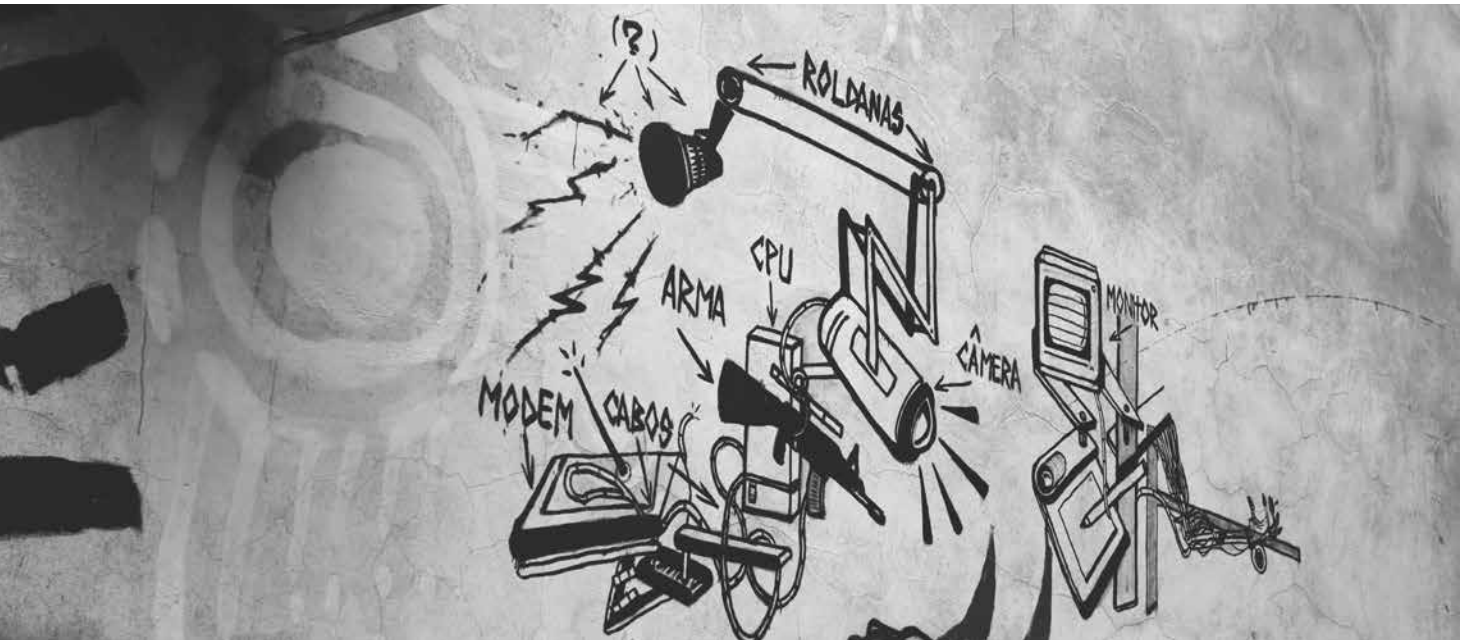
Knut Unger

Der Autor ist Sprecher des MieterInnenvereins Witten und Vorsitzender des Vereins „Habitat Netz e. V.“.

1 Zu Policy Units und Issue Papers siehe: www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/knowledge.

2 http://www.cesr.org/downloads/A.HRC.10.7.pdf.

3 A Step in the Rights Direction: Housing in the New Urban Context. http://tinyurl.com/pkk7ca7.



© Paul Keller / flickr.com (BY 2.0)

Dystopie: Smart City?

DIE STADT DER ZUKUNFT GEHÖRT DEN MENSCHEN!

Die Zukunft der Städte in Zeiten des Klimawandels und die soziale Frage

Weltweit ist das Leben in Innenstädten attraktiver denn je und die Vorstädte haben ihre Attraktivität verloren. So entstand in den letzten Jahren eine urbane Mittelschicht, die sich teure Wohnungen in erstklassigen Innenstadtlagen leisten kann und auf ein gesundes Lebensumfeld besonderen Wert legt. Einmal mehr liegt der Fokus von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf der „Renaissance der Innenstädte". Das Leben in Innenstädten wird so zur Verhandlungsmasse über die Frage, wie die Zukunft der Städte aussehen könnte. Ein Trend zeichnet sich in Zeiten des Klimawandels ab: Die Stadtplanung muss in Zukunft an Ideen von Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein ausgerichtet sein. Mit dem Ideal der grünen, ökologischen und klimaneutralen Stadt wird aktuell weltweit ein Planungsdiskurs der Städte als verantwortlich handelnder Akteure in Zeiten des Klimawandels geschaffen, der sich auch im Paradigma der „Smarten Stadt" (Smart City) wiederfindet.

Ein erster Anhaltspunkt für die Debatte über smarte Städte findet sich in der verbreiterten Nutzung von Smartphones und mobilen Computern weltweit, ein anderer in der Planstadt Masdar-City, der Idee einer „energieeffizienten" Stadt mitten in der Wüste. Im Jahr 2008 wuchsen mit dem Bau- und Immobilienboom in Dubai die höchsten Wolkenkratzer und die größten Hotels, sowie die größten künstlich geschaffenen Inseln der Welt – eine Mischung aus Zukunftsvision, Nachhaltigkeitsversprechen und Stararchitektur frohlockte. Die „energieeffiziente" Stadt Masdar-City inmitten Dubais liegt inzwischen auf Eis, aber weltweit wird intensiv über die Implementierung von Smart-City-Strategien diskutiert.

Die Idee der Smart City hat insbesondere seitens weltweit agierender Technologiekonzerne eine starke Lobby. So kommt es, dass die Idee vor allem einen technologischen Zugang darstellt. Auch deshalb soll Smartness von Städten, mittels „Intelligenter Infrastrukturen" hergestellt werden und nicht etwa über Fragen von Teilhabe und sozialem Miteinander in der Stadtgesellschaft.

Intelligente Infrastrukturen für smarte BürgerInnen?

Intelligente Infrastrukturen sollen einerseits BürgerInnen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen, doch KritikerInnen monieren, dass der diesbezüglich fehlende politische Wille nicht über neue Technologien ersetzt würde. Außerdem führen viele Städte „smarte Governancestrukturen" in Form von digitaler Verwaltung ein. Die Kritik daran ist vor allem von der Angst getragen, dass Menschen zu „gläsernen Bürgern" würden, die selber keinen Zugriff mehr auf ihre Daten hätten und deshalb auch nicht wüssten, wo diese und von wem diese verwaltet würden. Andererseits soll die Technisierung der Gesellschaft auch im privaten Bereich zu einem Mehr an Komfort führen. Neuartige Techno-

logien könnten beispielsweise auch den Energieverbrauch von Haushalten unter Berücksichtigung aktueller Börsenstrompreise optimieren. Anfang November 2015 beschloss das Bundeskabinett die obligatorische Einführung von „smart meter" (digitalen Stromzählern) für KundInnen mit einem Verbrauch über 6000 kw/h. Es wird davon ausgegangen, dass diese sich mit ergänzenden Diensten der Hausautomation, beispielsweise zur Gebäudefernsteuerung, kombinieren ließen. Durch solche und ähnliche „innovative Produkte und Services" könnten neue Märkte mit erheblicher Wachstumsdynamik entstehen. Im Rahmen einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI) sei ermittelt worden, dass mit einer raschen und flächendeckenden Verbreitung (Rollout) Intelligenter Netze in den kommenden Jahren bis 2022 ein kumulierter volkswirtschaftlicher Nutzen von rund 336 Mrd. Euro erzielt werden könnte.[1]

Im Gegensatz zum Wachstum der Industriewirtschaft des 20.Jahrhunderts gelten die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als „nachhaltig". Mit ihnen soll einerseits CO_2 eingespart werden, bspw. über Energie- und Kraft-Wärmekopplungen, und Arbeitsplatzzuwächse generierbar. Hierzu zählen die „Intelligenten Netze", also eine netzbasierte Steuerung unterschiedlicher technischer Geräte. Bekanntestes Beispiel ist der leere Kühlschrank, der beim Lieferanten automatisch bestellt. Auch hier wird die Effizienzsteigerung, durch den automatischen Datenaustausch, und das verbesserte Management des eigenen Lebens, beworben. Offen bleibt jedoch die Frage, wie viel Effizienzsteigerung Mensch und Umwelt in dieser hochkomplexen Technikgesellschaft noch vertragen können!

Wer plant die Städte und wem gehören sie?

Der Urbanist Adam Greenfield wies als einer der Ersten darauf hin, wie Unternehmen im Produktionsbereich von Smart City die vernetzte Informationstechnik in das Stadtgefüge und die Beziehungen, die dieses Gefüge ausmachten, implementieren wollten. Sie behaupteten laut Greenfield, dass die Lebensqualität der BürgerInnen grundlegend verbessert und die Stadt optimiert und in jeder Hinsicht effizienter würde, obwohl Städte vielstimmige, heterogene Organismen sind, die man nicht einfach optimieren kann. Hierbei geht es um einen grundlegenden Dissens in der Stadtwahrnehmung: die Vorstellung von Stadt als Maschine. Das Problem dieser Annahme besteht darin, dass Menschen, Nachbarschaften und lokale Ökonomien hochkomplexe Sozialgefüge sind und keine Motoren, an denen „Stadttechniker" nach Belieben rumschrauben können. Nein, Städte sind Reallabore mit Strukturen und Gefügen, welche historisch gewachsen und auch deshalb hochsensibel sind. Diese Erkenntnis hat sich in der Stadtforschung durchgesetzt und auch deshalb gilt das Ideal der autoritären Top-Down-Stadtplanung als überholt. Einige Smart City-Strategien hingegen lassen dieses Ideal wieder auferstehen.[2]

Wenn wir über Smart City reden, geht es deshalb vor allem um die Frage, ob die Stadt die Menschen ausmacht?! Und daran anschließend um die Tatsache, dass dann diese Menschen die Stadt selber machen dürfen müssen.

Wie real ist die Smart City bislang?

Ausgehend von diesem neuen Leitbild der Stadtpolitik muss konstatiert werden, dass insbesondere große Technologiekonzerne von den auf EU- und Bundesebene geschaffenen Fördermodellen profitieren. Vielerorts saßen von Anbeginn an Firmen wie Cisco und Siemens, Bosch und Schneider bei der Entwicklung von Smart City-Leitbildern mit am Tisch. Kaum verwunderlich ist deshalb, dass Vorzeigeprojekte in der smarten Stadtentwicklung weltweit auch von diesen Akteuren betrieben und weiter vorangetrieben werden. Das gilt für den Hafen Hamburg, der vom Konzern Cisco zum Smart Port entwickelt werden soll, ebenso wie für die T-City Friedrichshafen, wo die Telekom ihre Vision vom vernetzten Leben und Arbeiten verwirklichen will. Auch in diesen beiden Fällen fragen kritische Stadtforschende nach Privatisierungspraxis, Datenschutz und Verdrängungsprozessen im vorher öffentlichen Stadtraum.

Es geht also bei der Kritik an Smart City vor allem um die Einforderung von Teilhabe. Die Recht-auf-Stadt-Bewegung hat im letzten Jahrzehnt das öffentliche Bewusstsein dafür geschärft, dass es ein universelles Recht auf städtische Teilhabe gibt und dieses Recht gilt es gegen Ökonomisierungs- und Verdrängungsprozesse zu verteidigen.

Smarte „Zwangsbeglückung"

Mit der Einführung von smart meter ist der Grundstein zur „smarten Zwangsbeglückung" gelegt. Die Rechte an den eigenen Daten verlagern sich erneut weg von den Menschen, hin zu den Konzernen, die mit den geschaffenen Kundenprofilen Energieverbrauche optimieren wollen und dazu Informationen über sensible Daten, wie Tagesrhythmen, und Konsumgewohnheiten, sammeln. Somit verschränken sich beim Thema Smart City die Themen Energiepolitik, Verbraucherschutz, Netzneutralität und nicht zuletzt Teilhabe und Stadtpolitik. Einem privatwirtschaftlichen Modernisierungsrollout bspw. bei intelligenten Heizsystemen, automatisierter Energieversorgung und automatisierten Staubsaugern, Kühlschränken und Gartenbewässerungssystemen, muss auch gefragt werden, welche Kosten zu Lasten der Umwelt anfallen und wo dieser erneute Ressourcenverbrauch zu Buche schlägt. Mit den Schlagworten „Neoextraktivismus" und „Neo-Kolonialismus" leitet das Paradigma der Smarten Infrastrukturen nahtlos über zu den Klassikern der Umweltbewegung: ökologischer Fußabdruck, faire Handelspolitik und Umweltgerechtigkeit. Und spätestens an diesem Punkt muss gefragt werden, was all das an Nachhaltigkeit bringen soll und wem dieser neue Trend tatsächlich nützt?

Katalin Gennburg

Die Autorin ist Stadtforscherin mit historischem und soziologischem, sowie raumtheoretischem Background und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Stadtentwicklungspolitik in Berlin, sowie Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik bei der LINKEN Berlin.

1 http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/best-practice-studie-intelligente-netzelangfassung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf : Seite 17.

2 http://futurezone.at/digital-life/niemand-weiss-was-smart-city-bedeutet/70.823.281.

© Gianlucca1996 / flickr.com (BY-NC-ND 2.0)

Wohnungslosigkeit ist weit verbreitet

WOHNUNGSLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Konkurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Wohnungslosen verhindern

Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, ermittelt einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit: 2014 waren ca. 335.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung – ausgehend von 2012 ist dies ein Anstieg um ca. 18 %.[1] Die BAG W veröffentlicht regelmäßig ihre Schätzung zur Zahl der Wohnungslosen, da es in Deutschland keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfall-Berichterstattung auf gesetzlicher Grundlage gibt. Seit Jahren fordert die BAG W die jeweiligen Bundesregierungen auf, umgehend einen entsprechenden Gesetzesentwurf ins Parlament einzubringen. Wenn die wohnungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig geändert werden, wird es zu einem weiteren Anstieg der Wohnungslosenzahlen um 60 % auf knapp 540.000 bis zum Jahr 2018 kommen, so die Prognose der BAG W. Dabei spielt die wachsende Zuwanderung von EU-BürgerInnen und AsylbewerberInnen zwar eine verstärkende Rolle, die wesentlichen Ursachen liegen jedoch in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in Deutschland, in Verbindung mit einer unzureichenden Armutsbekämpfung.[2]

Mehrere Faktoren sind maßgeblich für den deutlichen Anstieg der Wohnungslosenzahlen: Dazu gehört das unzureichende Angebot an preiswertem Wohnraum in Verbindung mit dem ständig schrumpfenden sozialen Wohnungsbestand, dem nicht durch Neubau und soziale Wohnungspolitik gegengesteuert wurde und wird. Seit 2002 gibt es beispielsweise eine Million Sozialwohnungen weniger. Zugleich haben Kommunen, Länder und der Bund ihre eigenen Wohnungsbestände meistbietend an private InvestorInnen verkauft und sich so selbst geeigneter Reserven preiswerten Wohnraums beraubt. Große Wohnungsbestände in attraktiven Lagen stehen durch Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) Miethaushalten mit geringem Einkommen nicht mehr zur Verfügung.

Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich verfestigt, unter anderem durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der atypischen Beschäftigung sowie durch den unzureichenden ALG II-Regelsatz. Noch immer gibt es zu wenige Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten in den Kommunen und Landkreisen. In vielen Fällen könnte bei Meldung des drohenden Wohnungsverlustes an eine entsprechende Fachstelle Wohnungslosigkeit vermieden werden. Doch viel zu wenige Kommunen, insbesondere Klein- und Mittelstädte, und Landkreise machen von den gesetzlichen Möglichkeiten (im SGB II und im SGB XII) zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit Gebrauch.

Einer immer größeren Zahl von Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen steht somit ein ständig schrumpfendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung.

Die Konkurrenz auf den Wohnungsmärkten ist offensichtlich, war vorhersehbar und wird sich vermutlich noch verschärfen. Vorschnell wird die Wohnungsnot mit der Zuwanderung begründet. Aber, wie anhand der langfristigen Entwicklungen zu erkennen ist: Die Zuwanderung hat die Krise auf den Wohnungsmärkten nicht ausge-

löst, sondern wirkt dabei wie ein Katalysator, der das ganze Ausmaß der Fehlentwicklungen und politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre offen zu Tage treten lässt.

Wohnungsgipfel und Nationaler Aktionsplan gefordert

Nach Ansicht der BAG W muss der Bund wieder Verantwortung für die Wohnungspolitik übernehmen. Die Dezentralisierung auf die Länder durch die Föderalismusreform von 2006 erweist sich immer mehr als Fehlentscheidung. Die Bundesregierung sollte einen Wohnungsgipfel einberufen, unter anderem mit dem Ziel eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und zur Versorgung von Wohnungslosen und Flüchtlingen mit eigenem Wohnraum. Ein Konzept für solch einen Aktionsplan hat die BAG W bereits 2014 vorgelegt.[3]

Wohnungspolitik muss als Daseinsvorsorge verstanden werden! Die Versorgung mit Wohnungen darf nicht dem freien Spiel des (Kapital-) Marktgeschehens überlassen werden. Die Bundes- und Landesmittel für den Sozialen Wohnungsbau müssen über Jahre drastisch erhöht werden, um den Fehlbestand an preisgünstigen Wohnungen ausgleichen zu können. Die BAG W hält den Bau von 400.000 Wohnungen im Jahr, davon mindestens 150.000 preiswerte Wohnungen und Sozialwohnungen, für nötig. Der Bau von preiswertem Wohnraum ist zwar Voraussetzung für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, aber nicht ausreichend: Die Kommunen müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, gegebenenfalls durch Einführung entsprechender Belegungsquoten, um bereits wohnungslose Haushalte mit eigenen Wohnungen zu versorgen.

Die Kommunen müssen die Prävention von Wohnungsverlusten gezielt betreiben, unter anderem durch den Auf- und Ausbau von zentralen Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten und durch die Förderung ambulanter, aufsuchender Sozialarbeit und der Gemeinwesenarbeit. Dies sollte durch entsprechende Förderprogramme des Bundes und der Bundesländer unterstützt werden. Zu einem solchen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit gehören nach Ansicht der BAG W weitere Maßnahmen, zum Beispiel der Stopp des Verkaufs öffentlicher Wohnungsunternehmen und die Prüfung des Rückkaufs. Die Kommunen und Landkreise müssen kommunale Wohnraumversorgungskonzepte entwickeln, die das Augenmerk insbesondere auf Beziehende von Niedrigeinkommen und Transferleistungen richten.

Zuspitzung der Krise bei der Notunterbringung der Menschen ohne Wohnung

Die Krise auf den Wohnungsmärkten mit ihrem Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat ebenfalls zu einer Krise im ordnungsrechtlichen Unterkunftssektor geführt: Weil wohnungslose Menschen oft chancenlos auf dem Wohnungsmarkt sind, sitzen sie in den Unterkünften fest. Die Wohnungslosigkeit verfestigt sich und zugleich – und das ist besonders im Winter riskant – gibt es zu wenige freie Unterkunftsplätze. Vor allem wohnungslose Frauen und junge Wohnungslose leben häufig in prekären Mitwohnverhältnissen, in denen sie mitunter besonders gefährdet sind. Einer Notunterkunft fehlt alles das, was eine Wohnung auszeichnet: Sicherheit durch einen Mietvertrag, Privatsphäre, Schutz und Geborgenheit. Sanitäre Anlagen sind häufig unzumutbar. Frauen müssen dort sexualisierte Gewalt fürchten.

Deswegen müssen Menschen ohne Wohnung mit einer Notunterkunft nach Ordnungsrecht versorgt werden, die der Menschenwürde gerecht wird, in der die Gesundheit nicht gefährdet ist und die ein Mindestmaß an Privatsphäre ermöglicht. Dabei ist es unerheblich, wie lange sich die Betroffenen bereits in der Kommune aufhalten. Regelungen, die eine Mindestaufenthaltsdauer in einer Kommune vorsehen, sind nicht rechtens. In der Praxis erfüllen Kommunen diese Pflichtaufgabe oft nicht oder nur unzureichend. Deswegen hat die BAG W ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das die Rechtslage nochmals eindeutig darlegt.[4] Obdachlosigkeit gefährdet die grundgesetzlich geschützten Individualrechte wie das Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf körperliche Unversehrtheit und auf Menschenwürde. Deswegen hat jede Gemeinde den unabweislichen Auftrag, diese Grundrechte zu schützen und bei entsprechenden Gefahren abwehrende Maßnahmen zu ergreifen. Da es hier um den Schutz grundlegender Menschenrechte geht, besteht der Anspruch auf ordnungsrechtliche Unterbringung unabhängig von der Nationalität und dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen.

Gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Fehlende bezahlbare Wohnungen und unzureichende Unterbringungskapazitäten – all dies bildet eine Gemengelage, in der sich rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen, Strömungen und Parteien versuchen zu profilieren. Sie instrumentalisieren die Not Wohnungsloser – die sie ansonsten als „Asoziale“ und „Penner“ beschimpfen, demütigen, verprügeln und auch totschlagen – für ihre rassistischen und demokratiefeindlichen Parolen. Diesen unerträglichen rechten Parolen wird die Wohnungslosenhilfe entschieden entgegentreten. Sie wird es nicht zulassen, dass die einen Armen gegen die anderen – zugewanderten – Armen ausgespielt werden.

Werena Rosenke

Die Autorin ist stellvertretende Geschäftsführerin der BAG W

---

1 Pressemitteilung der BAG W, Zahl der Wohnungslosen in Deutschland auf neuem Höchststand. Berlin 05.10.2015, http://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/index.html.

2 Vgl. BAG Wohnungslosenhilfe (2015): Wohnen ist ein Menschenrecht! Solidarität statt Konkurrenz. Berliner Erklärung gegen Wohnungsnot. http://www.bagw.de/de/tagungen/buta_15_aktion/ber_erk.html.

3 BAG Wohnungslosenhilfe (2014): Aufruf zu einer Nationalen Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut in Deutschland. http://www.bagw.de/de/nat_strat/.

4 Ruder, Karl-Heinz: Grundsätze der polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von (unfreiwillig) obdachlosen Menschen unter besonderer Berücksichtigung obdachloser Unionsbürger. Rechtsgutachten aus Anlass der Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. in Berlin vom 9.–11. November 2015 „Solidarität statt Konkurrenz – entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut“. http://www.bagw.de/de/themen/notversorgung/gutacht.html.

© Richard Pesterner

Neunkirchen im Hunsrück (161 EW, 35 km von Trier entfernt)

STADTFLUCHT ALS POLITISCHES STATEMENT?

Herausforderungen von gemeindlichen Rückaneignungen am Beispiel Neunkirchen im Hunsrück

Stadtflucht als politisches Statement? Da musste ich mehrere Anläufe unternehmen, um etwas zu Papier zu bringen. So fragte ich mich: Stadtflucht? Geht das überhaupt? Nach fast dreißig Jahren, seitdem ich aus der Rheinmetropole Köln in den Hunsrück, nach Neunkirchen, einem Dorf 35 km von Trier entfernt, gezogen bin, stelle ich rückwirkend fest: „Das was wir gemeinhin als Dorf bezeichnen, das gibt es gar nicht!"

Denn Dörfer ohne Bauern, die sich selber mit Nahrungsmitteln versorgen, wo es Bauerngärten gibt, einen Misthaufen vor fast jedem Haus, wo die Milch an die regionale Milchgenossenschaft geliefert wird, wo Dorfschule, Kirche/Dorfkneipe und Dorfladen das Alltagsleben bestimmen, diese Dörfer sind im Hunsrück, in der Eifel, in ganz Deutschland, ja zunehmend in Europa, meist verschwunden. Die in Thalfang, 5 km von Neunkirchen entfernte, 1932 gegründete Hochwald-Bauerngenossenschaften, heute Hochwald Food, exportiert als Mini-Globalplayer Hunsrück-Dosenmilch in über 100 Länder. Dazu gehören Libyen, Ägypten, Indien und Pakistan.

Überspitzt formuliert: Die fortschreitende Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion hat die Gegensätze zwischen Stadt und Land eingeebnet. Entsprechend der EU-Agrardevise des „Wachse oder Weiche" sind die ehemaligen kleinbäuerlichen Familienbetriebe fast vollkommen verschwunden oder fristen die Existenz als Nebenerwerbsbetriebe. Überlebt haben diesen Vernichtungskampf eine Handvoll Großbauern und -bäuerinnen, aber selbst 100-Hektar-Betriebe haben es schwer, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Die Nachfolger in den ehemaligen Bauerndörfern, so auch im 161-Seelendörfchen Neunkirchen, zieht es in die großen Städte wie Frankfurt. Köln, Trier und Luxemburg. Diejenigen, die aus Heimatverbundenheit in den „Dörfern" verbleiben, nehmen teilweise sehr lange Pendelfahrten auf sich.

So betrachtet war meine Stadtflucht vor 30 Jahren, genährt von der Utopie eines weitgehend selbstversorgerischen Lebens auf dem Lande, ziemlich vergeblich. 1989 war zwar in Neunkirchen noch für einige Jahre die traditionelle Dreifaltigkeit von Kirche/Gasthaus und einem Dorfladen anzutreffen. Das Gasthaus und der Dorfladen wurden von den BesitzerInnen allerdings inzwischen altersbedingt aufgeben. Heute gibt es sogar Überlegungen, im Trierer Bistum die Neunkirchener Dorfkirche zu schließen.

„Wo aber Gefahr ist, da wächst die Rettung auch!" (Friedrich Hölderlin)

Die Rettung erwächst aus den verschütteten Resten des Allgemeingutes, der Allmende, also dem, das allen gehört. In Rheinland-Pfalz, dem waldreichsten Bundesland, sind 42,3 % der Landesfläche Wald (das entspricht ca. 840.000 Hektar) Jeder Bürgerin und jedem Bürger in Rheinland-Pfalz stehen rechnerisch ca. 2100 m^2 Wald zur Verfügung. Wald ist mit einem Anteil von 46,1 % überwiegend in kommunaler Hand (26,7 % Privatwald, 25,6 % Staatwald, 1,6 % Staatswald des Bundes). [1]

Das kleine Neunkirchen verfügt beispielsweise über 160 Hektar Gemeindewald. Dieser Gemeindewald war bis vor sieben Jahren allerdings eingebunden in einem Forstzweckverband (FZV Talling), in dem Waldbesitz von neun Ortsgemeinden zu einer gemeinsamen Bewirtschaftung mit insgesamt ca. 1100 Hektar zusammengeschlossen war. Dieser Forstzweckverband wurde 2009 aufgelöst, mit der

von der Landesregierung verbundenen Zielsetzung, die „zersplitterten" Gemeindewälder in noch größeren Einheiten (heute umfassen Forstzweckverbände durchschnittlich 1800 Hektar) zentralistisch zu bündeln. Das geht einher mit der Trennung der Holzproduktion und Vermarktung, um rationeller und gebündelter die großen Sägewerke Tag und Nacht beliefern zu können. Der traditionelle, gemeindliche Forstrevierleiter wird somit faktisch abgeschafft.

Aber, da alles hierzulande demokratisch vonstattengeht, lässt das Landeswaldgesetz zu, dass eine Ortsgemeinde sich mit einem Gemeindewaldbesitz von über 50 Hektar vollkommen aus einem Forstzweckverband ausklinkt und sogar einen gemeindlichen Forstbetrieb in Eigenregie durchführt. Da der alte Forstzweckverband aufgelöst wurde, konnte der Ortsgemeinderat Neunkirchen die Chance nutzen und die Forstrevierleitung eigenständig übernehmen und ist jetzt das kleinste eigenständige Forstrevier in Rheinland-Pfalz, vermutlich in ganz Deutschland. Wir haben uns sehr bald die Ziele der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäßer Waldwirtschaft (ANW) zu eigen gemacht: Die waldbauliche Zielsetzung ist der Dauer(misch)wald mit mehreren Baumgenerationen.

Der Spagat der Wiederaneignung der Urproduktion unter den Bedingungen der Globalisierung

Die Ortsgemeinde Neunkirchen beliefert mit sehr günstigen Brennholzpreisen bevorzugt ihre EinwohnerInnen, zum anderen beliefern wir aber mit Unterstützung des für uns zuständigen Forstamtes mittels von Holzhändlern die großen Sägewerke. Wir sind also mit einem Bein ein Stück weit drin in der Allmende und außerhalb der konzerngesteuerten Globalisierung, aber ebenso dennoch mittenmang im Weltmarkt.

Diesen Spagat, der uns in Neunkirchen immer in Spannung hält, zu vollbringen, geht aber nur, weil Rheinland-Pfalz eine einzigartig kleinteilige Kommunalstruktur aufweist: Neben den 24 Landkreisen und 12 kreisfreien Städten gibt es auch auf „unterster" kommunaler Ebene meist innerhalb der 150 Verbandsgemeinde 2263 Ortsgemeinden. Die Ortsgemeinden mit ihren ehrenamtlichen Räten und direkt von den BürgerInnen gewählten OrtsbürgermeisterInnen verfügen in Abstimmung mit der Verbandsgemeindeverwaltung über eine Haushaltsrechnung, vor allem bestimmen sie selber über ihren Gemeindewald, die gemeindlichen Agrarflächen und Bauflächen. über das Recht auf eine eigenständige Dorfentwicklung sowie über die Trägerschaft von Kitas bis hin zu eigenen Dorfschulen.

Im atomkraftfreien Rheinland-Pfalz verfolgt die rot-grüne Landesregierung ein ehrgeiziges Energiewendekonzept. Bis 2030 soll sämtlicher Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt werden. Auf Privatdächern als auch auf dem Dach des Gemeindehauses wurden Photovoltaik und Solarthemieanlagen installiert, sodass in den sonnenreichen Sommertagen knapp 80 % des benötigten Stroms in Neunkirchen bereitgestellt werden kann.

Darüber hinaus werden die Ortsgemeinden unmittelbar vor allem beim Bau von Windkraftanlagen beteiligt, durch die Möglichkeit, selber als kommunale Betreiber von Windparks oder bei der Bereitstellung von gemeindlichen Pachtflächen Finanzquellen für die meist hochverschuldeten Ortsgemeinden zu erschließen. Die Ortsgemeinde Neunkirchen hat vor einigen Jahren mit zwei Nachbargemeinden einen interkommunalen Windpark ins Leben gerufen, um den Bau von sechs Windkraftanlagen zu ermöglichen. Allerdings versucht zwischenzeitlich eine Nachbargemeinde, deren Rat bei der Kommunalwahl vor zweieinhalb Jahren von Windkraftgegnern gekapert wurde, diesen interkommunalen Windpark zu verhindern. Ob angesichts der landesweit ansteigenden Gegnerschaft zur Windkraftnutzung der ehrgeizige Plan der Rheinland-Pfalz-Landesregierung Aussicht auf Erfolg haben kann, ist mittlerweile fraglich.

Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom!

Die Wiederaneignung der Urproduktion, das heißt der gemeindlichen Aneignung der unmittelbaren Energieproduktion als auch der Nahrungsmittelproduktion, bedeutet beständig gegen den Strom der scheinbar alles mitreißenden Globalisierung anzuschwimmen. Die steilste Klippe auf dem Wege zur Eroberung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität ist dabei die Nahrungsmittelproduktion. In Neunkirchen wird von zwei Großbauern auf den 20 Hektar gemeindlichen Ackerflächen Energiemais für eine große „Bio"-Gasanlage sowie Futtermais angebaut. In der Erntezeit malträtieren riesige Schlepper mit überdimensionalen Hängern die gemeindlichen Wirtschaftswege. Vom massierten Roundup-Einsatz ganz zu schweigen. Und die Wildschweine finden ein den JägerInnen fast vollkommen verschlossenes „Schweineparadies" vor. Das treibt die Wildschäden enorm in die Höhe. Dem soll jetzt ein Riegel vorgeschoben werden. Der Ortsgemeinderat hat kürzlich beschlossen, dass nach Ablauf der geltenden Pachtverträge zukünftig eine Bewirtschaftung der gemeindlichen Agrarflächen nur noch auf der Grundlage der EG-Öko-Basisverordnung erfolgen darf. Zum Weiteren sollen Nebenerwerbsbauern und Wiedereinsteiger in eine nachhaltige bäuerliche Produktion eine Chance erhalten. Eine Vermarktung soll mit Unterstützung der Ortsgemeinde möglichst lokal und regional erfolgen. Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele Gemeinden, aber auch die Kirchen mit ihren landwirtschaftlichen Gütern und Weinbergen, diesem Beispiel folgen würden.

Small is beautiful: Die neuen Stadt-Land-Beziehungen

Stadtflucht als politisches Statement? Ja und nein, sondern Jein, Sowohl als auch! Die Wiederaneignung der Urproduktion, exemplarisch dargestellt, ist auf keinen Fall ein nostalgisches Unterfangen, sondern ein weitreichendes gemeinsames Zukunftsprojekt von Stadt und Land, die gemeinsam verschmelzen zu dezentralen urban-ländlichen Gemeinwesen: Sowohl Stadt als auch Land, aber basierend auf einer nachhaltige Selbstversorgung bestehend aus einer Kombination von ländlicher Tradition plus digitalem High-Tech plus einander fließender Mobilität. Kurzum Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, dies gerade angesichts der hereinströmenden Flüchtlinge aus allen Weltteilen.

Richard Pestemer

Der Autor ist parteiloser Ortsbürgermeister in Neunkirchen im Hunsrück.

1 Angaben Landregierung Rheinland-Pfalz.

© Udo Tremmel

Brotfest in der Markthalle Neun Berlin

SOUVERÄNITÄT BEGINNT MIT DEM HANDWERK

Zukunftsvision einer sich selbstversorgenden Stadt

Januar 2027, im Hannoverschen Stadtteil Linden-Süd feiert die Stadtteil-Bäckerei Back's an ihr fünfjähriges Bestehen. Die Bäckerei wurde als weitere lokale Werkstatt des Stadtteils kurz nach dem europaweiten Aktionstag des Transition Movements im Januar 2022 eröffnet. Die Bewegung für den Wandel, ein europäisches Netzwerk sozialer und ökologischer Initiativen, hat mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden Selbstversorgungsstrukturen aufgebaut. In Deutschland hatten u.a. die Wir-haben-es-satt-Kampagne, die Aktionen gegen Freihandelsabkommen und die unzähligen Initiativen zur Unterstützung und Integration von MigrantInnen und Geflüchteten dazu geführt, dass immer mehr lokale Selbstversorgungs-Initiativen entstanden. Das umfasst die Versorgung mit Energie, Wasser und Lebensmitteln sowie auch Bereiche wie Mobilität und Transport, Wohnen, Kleidung, Reparaturwerkstätten und Gesundheitsversorgung.

Zurück zu der Stadtteil-Bäckerei in Hannover, in der junge Frauen und Männer täglich an sechs Wochentagen jeweils gut 1000 kg Brot und eine kleine aber wechselnde Anzahl an Klein- und Feingebäcken herstellen. Das Handwerk und die Organisation des Betriebes haben die Mitarbeiterinnen von Back's an in einer freien Ausbildung, die im Sommer 2015 unter dem Namen KNUST (Kooperative Nachhaltige Schule für Transformation) auf den Weg gebracht worden war, gelernt. Im Rahmen der Ausbildung hatten sie u.a. auch anderthalb Jahre in Betrieben der Landwirtschaft, der biologischen Getreidezüchtung und der Müllerei Wissen und Erfahrungen gesammelt.

Menschen können frei ein Handwerk erlernen

Im Verlauf von breiten, gemeinsamen Protesten von HandwerkerInnen, Bäuerinnen und Bauern in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre gegen die sich immer weiter verschärfenden bürokratischen Reglementierungen der EU, die zum Verschwinden kleiner und mittlerer Handwerksunternehmen und bäuerlicher Betriebe in ganz Europa beigetragen hatten, war in Deutschland auch der MeisterInnenzwang gefallen. So war es möglich geworden, eine Bäckerei zu gründen, ohne in die Handwerksrolle eingetragen zu sein. In der Praxis der handwerklichen Lebensmittelherstellung hatte sich zudem gezeigt, dass die frühere duale Ausbildung nicht mehr geeignet war, Menschen anzusprechen, deren freier Wille darauf drängt, die handwerklichen und persönlichen Qualifikationen zu erlangen, die ein Mensch benötigt, um eine Arbeit – wie beispielsweise das Backen von Brot – um ihrer selbst willen so gut wie möglich zu machen. Dies war für handwerkliche Betriebe immer notwendiger geworden, um sich einerseits gegen die erdrückende Dominanz vermeintlich „billiger", industriell hergestellter Brote und Backwaren behaupten zu können und um andererseits mit der eigenen Produktion unabhängig von industriellen Vorprodukten zu sein.

Bei der Arbeit in den lokalen Werkstätten hat die Förderung „Handwerklicher Intelligenz" und der Fähigkeit zu „schöpferischem Tun" eine große Bedeutung gewonnen. Menschlichen Eigenschaften wie Phantasie, Aufmerksamkeit, Improvisations- und Kombinationsgabe wird Zeit und Raum gegeben und das Wissen um die Ganzheitlichkeit von Prozessen und Rohstoffen gefördert. Eigenschaften wie Souveränität sowie zielgerichtetes und ursächliches Denken, die durch den aktiven Gebrauch unserer fünf Sinne und das Zusammenwirken von

Hand, Herz und Hirn entstehen, werden zur Lösung der bestehenden und kommenden gesellschaftlichen Herausforderungen dringend gebraucht. Auch aus diesem Grund hat der Neuaufbau handwerklicher Betriebe zur Versorgung lokaler Gemeinschaften eine neue Bedeutung erlangt: Wie Menschen lernen zu arbeiten und wie sie ihre Arbeit verrichten, bestimmt die Gestalt der Gesellschaft.

Tagarbeit ersetzt Nachtarbeit

Die Arbeit in der Stadtteil-Bäckerei hat sich gegenüber der früheren Arbeitsweise deutlich geändert. Die früher übliche Nachtarbeit gehört der Vergangenheit an, denn helle Gebäcke aus Typenmehl oder Kleingebäcke werden mit geschmacksfördernden Verfahren der langen Teigführung hergestellt. Die Beschäftigung mit den Verarbeitungseigenschaften neuer, biologisch gezüchteter Weizensorten und die Weiterentwicklung von schonenden Herstellungsverfahren in selbst organisierten, praxisorientierten Arbeitsgruppen, an denen sich BäckerInnen, MüllerInnen, WerkzeugmacherInnen und freie WissenschaftlerInnen gemeinschaftlich beteiligten, hatte dies möglich gemacht. Vollkornbrote werden am Tage produziert und ab Mittag bis zum Ende des nächsten Tages verkauft. Alle hergestellten Backwaren finden zu 100 % ihre AbnehmerInnen, die Verschwendung von Lebensmitteln gehört der Vergangenheit an. Die eingesetzte Technologie dient als Werkzeug, die den ProduzentInnen hilft, ihre handwerklichen Fähigkeiten und Wissenskräfte gesundheitsschonend einzusetzen und weiter zu entwickeln. Die Hauptinvestition, der energieeffiziente Ofen, wurde von einem Ofenbauunternehmen in Deutschland gebaut und mit Hilfe lokaler Heizungs- und OfenbauerInnen aufgestellt und in Betrieb genommen. Knetmaschinen wie auch die weiteren Ausstattungsgegenstände wurden gebraucht gekauft und in lokalen Werkstätten überholt.

Träger der Bäckerei sowie weiterer handwerklicher Betriebe und der kleinen Markthalle in einem ehemaligen Discount-Markt, in der an zwei Tagen in der Woche der Bauernmarkt stattfindet, ist eine Genossenschaft, an der inzwischen rund 1000 StadtteilbewohnerInnen Anteile erworben haben. Damit verbunden ist auch der Entschluss und die Bereitschaft, das tägliche Brot bei Back's an einzukaufen. Umgekehrt ist die Bäckerei verpflichtet, vorrangig diese Haushalte mit Brot und Backwaren zu versorgen. Darüber hinaus können auch Menschen in der Bäckerei einkaufen, die mit der Lokal-Währung der hannoverschen Transition Town Initiative lokale Strukturen fördern.

Das Getreide stammt von bäuerlichen Betrieben einer ErzeugerInnengemeinschaft in der Region Hannover-Hildesheim, die ökologisch-regenerativ wirtschaften. Angebaut werden vor allem biologisch gezüchtete Getreidesorten, die gesund, standortangepasst und nachbaufähig sind. Vermahlen wird das Getreide in einer Mühle vor den Toren Hannovers, die schon kurz davor war, ihre Walzenstühle endgültig stillzulegen, nachdem gegen Ende der 2010er Jahre die Anzahl der Bäckereien in Deutschland auf unter 9.000 gesunken war. Doch durch das Entstehen neuer, lokaler, solidarischer Bäckereien, die direkt von bäuerlichen Betrieben aus der Region beliefert werden, konnte die Müllerin neue verlässliche PartnerInnen finden.

Zurück in die Zeit Anfang Dezember 2015

Die vorangegangene Beschreibung rund um Back's an skizziert eine auf lokale Autonomie ausgerichtete Wirtschaftsweise. Sie geht wie die Transition Town-Initiativen von einer umfassenden Reduzierung des Verbrauches unserer Ressourcen, von einer Änderung und Lokalisierung unserer Lebensweise, vom Ausbau des Gemeinwesens und der Gemeingüter und von der Stärkung unserer Selbsttätigkeit und Selbstorganisation aus.[1]

42 Jahre nach dem Erscheinen der Erstauflage des Buches Small is beautifull – Die Rückkehr zum menschlichen Maß von E. F. Schumacher (Ökonom, 1911 – 1977) ist sein Zukunftsentwurf nach wie vor wegweisend. Die Versorgung überschaubarer Stadtteile oder ländlicher Gemeinden in verantwortbaren Strukturen begründet sich aus ökologischen Motiven heraus sowie aus der Modalität der an ökonomischen Prozessen beteiligten Menschen. Das hier skizzierte Konzept einer lokalen Brotversorgung knüpft deshalb inhaltlich an den Zukunftsentwurf von E. F. Schumacher und das Vorwort von Niko Paech (Volkswirtschaftler mit Schwerpunkt Nachhaltigkeitsforschung und Postwachstumsökonomie) in dem Buch an, der schreibt: „[…] die Rückkehr zum menschlichen Maß trägt weitaus mehr in sich, als ökologische und soziale Integrität. Das Dasein in überschaubaren und damit beherrschbaren Strukturen ist eine Qualität für sich. Befreiung von Abhängigkeiten, Versorgungssicherheit, die Demokratisierung und gerechte Verteilung von Erwerbsmöglichkeiten, aber auch die Möglichkeit, sinnstiftend tätig zu sein, gelten als die schönsten Dinge des Lebens. Sowohl deren Wiedererlangung als auch die notwendige Einhaltung verantwortbarer Grenzen ist jedoch nicht damit vereinbar, den industriellen Größenwahn beizubehalten."[2]

Diese rund um Back's an skizzierte Zukunftsvision ist keine Fiktion, sondern weltweit in vielen Detailpunkten bereits Realität. Der Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler, solidarischer und autonomer Versorgungsstrukturen, deren Konzeption auf globalem Denken, lokalem Handeln, auf Suffizienz (Effizienz- und Konsistenz-Strategie beinhaltend) und einer ökologisch-regenerativen Erzeugung und Herstellung von Lebensmitteln basiert, ist ein konkreter Weg um Ernährungssouveränität Wirklichkeit werden zu lassen. Handwerkliche Betriebe zur Versorgung räumlich-sozial definierter Gemeinschaften und Kommunen lassen sich bei vorhandenem Know-how in städtischen und ländlichen Regionen realisieren und tragen zur Lebensqualität dieser bei. Misswirtschaft und Ressourcenverschwendung, gefördert durch die Intransparenz und mangelnde soziale und ökologische Verantwortung unüberschaubarer, auf kontinuierliches Wachstum ausgerichteter Strukturen lässt sich durch die Rückgewinnung von Selbstbestimmung und Souveränität verringern.

Anke Kähler

Die Autorin ist Bäckermeisterin und Vorstandsvorsitzende der unabhängigen Berufsorganisation Die Bäcker. Zeit für Geschmack e. V.

1 www.transition-initiativen.de.

2 Neuauflage von Small ist beautifull. 2013. Oekom Verlag; S.17; aus dem Vorwort von Niko Paech.

ZUKUNFTSFÄHIGE ERNÄHRUNG FÜR STÄDTE?!

Ernährungsräte können regionale Ernährungspolitik demokratisieren

Die Verstädterung schreitet weltweit voran und stellt das Ernährungssystem vor große Herausforderungen. Wie können Städte ernährt werden, ohne dass ihre Versorgung hier und anderswo Ressourcen ausbeutet und Menschenrechte verletzt? Ernährungsräte können dabei helfen, zukunftsfähige Strategien für die Versorgung von Städten zu entwickeln. Sie schaffen Räume, in denen Ernährungspolitik wieder auf regionaler Ebene gemacht wird. Ihren Ursprung haben sie als „Food Policy Councils" im angelsächsischen Raum. Jetzt entstehen in einigen deutschen Städten ebenfalls Ernährungsräte, um lokale Ernährungssysteme zu demokratisieren.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt inzwischen in Städten – Tendenz steigend. Die immer größer werdenden urbanen Räume sind für ihre Versorgung mit Nahrung auf den ländlichen Raum angewiesen und über globale Lieferketten mit industrialisierter Landwirtschaft weltweit verbunden. Doch ist dieses System zukunftsfähig?

Auf dem Weg in die Sackgasse

Unser gegenwärtiges Ernährungssystem führt in die Sackgasse: Die natürlichen Lebensgrundlagen wie Land, Wasser und biologische Vielfalt werden ausgebeutet und zerstört. Hohe Treibhausgasemissionen heizen den Klimawandel an. Von den Folgen wie Bodendegradation, Dürren oder Überschwemmungen sind in erster Linie in Armut lebende Menschen, insbesondere im globalen Süden, betroffen. Gleichzeitig werden in den Wertschöpfungsketten Arbeitskräfte ausgebeutet und oftmals Menschenrechte verletzt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Globale Gerechtigkeit: Fehlanzeige!

Alternative Vorschläge, wie unser Ernährungssystem zukunftsfähig gestaltet werden kann, gibt es zum Glück bereits. So zeigt der von über 500 WissenschaftlerInnen verfasste Weltagrarbericht[1] klar und deutlich, dass die Zukunft der Ernährung in ökologischen Anbaumethoden und der kleinbäuerlichen, regionalen Landwirtschaft liegt. Sie zu stärken ist das vielversprechendste Mittel, um Hunger und Fehlernährung weltweit zu bekämpfen. Doch unser Ernährungssystem wird von den Interessen großer, transnational agierender Konzerne dominiert, die wenig Interesse an der Förderung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen haben. Einflussmöglichkeiten für bäuerliche ErzeugerInnen oder VerbraucherInnen gibt es kaum. Demokratie sieht anders aus!

Es ist höchste Zeit für eine Transformation hin zu einem Ernährungssystem, das Mensch und Umwelt vor Profitstreben stellt. Doch um dies zu erreichen, müssen wir uns die Kontrolle über unser Ernährungssystem zurückholen – am besten auf regionaler Ebene, denn hier sind die komplexen Zusammenhänge überschaubarer und die Einflussmöglichkeiten größer. Doch sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Ernährungsstrategien werden in Deutschlands Städten und Kommunen bisher kaum diskutiert. Wie können wir in den Städten wieder selbst bestimmen, wo unser Essen herkommt und wie es produziert wird?

Ernährungsräte als Werkzeuge für die Ernährungswende

Ernährungsräte können dabei einen großen Beitrag leisten. In Deutschland sind sie bisher nahezu unbekannt, doch im angelsächsischen Raum spielen sie schon seit einiger Zeit eine größere Rolle. In mehr als 180 US-amerikanischen und bis zu 59 kanadischen Städten bringen Food Policy Councils Menschen zusammen, denen es nicht egal ist, wie unsere Lebensmittel produziert, verteilt, verbraucht und schließlich entsorgt werden. Auch in einigen europäischen Städten etablieren sich Ernährungsräte, beispielsweise in London, Bristol, Athen und Amsterdam.

Ernährungsräte schaffen Räume, in denen viele verschiedene Akteure zusammenkommen, um gemeinsam Visionen, Strategien und Forderungen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem in der Region zu entwickeln. So können sie zur Entwicklung regionaler Ernährungskreisläufe beitragen und politische Kraft entfalten, um Ernährung zur neuen Aufgabe der Städte und Kommunen zu machen.

Die Entstehung von Ernährungsräten an vielen Orten der Welt kann als globale Bewegung verstanden werden, die die Kontrolle über das Ernährungssystem nicht mehr internationalen Märkten und Konzernen überlassen will. Auch in Deutschland sind nun die ersten Ernährungsräte in Berlin und Köln auf dem Weg. Sie bringen ErzeugerInnen, StadtgärternerInnen, lokales Lebensmittelhandwerk, LebensmittelretterInnen, politische Initiativen, Umweltverbände und Wissenschaft zusammen, um die Ernährungspolitik auf die lokale Ebene zurückzuholen. Diese ernährungsdemokratischen VorreiterInnen in Deutschland bleiben hoffentlich nicht die einzigen, denn es ist höchste Zeit, zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftsstrukturen zu entwerfen, die weder hier noch im globalen Süden Umwelt verschmutzen oder Menschen ausbeuten. Holen wir uns gemeinsam die Kontrolle über unser Essen zurück!

Christine Pohl und Alessa Hartmann

Christine Pohl ist Promotorin für zukunftsfähiges Wirtschaften beim INKOTA-netzwerk im Rahmen des Berliner Eine-Welt-PromotorInnen-Programms. Alessa Hartmann ist Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e. V. und Koordinatorin der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 www.weltagrarbericht.de.

VON BRASILIEN LERNEN

Bericht und Gedanken von der 5. CONSEA-Konferenz in Brasilia

Die Frage, wie zukünftig die Ernährung der Städte gewährleistet werden soll, wirft viele Folgefragen und Befürchtungen auf. Die Sorge besteht, dass zukünftig eine noch größere und mit Konflikten belastete Kluft zwischen Stadt und Land entsteht. Befürchtet wird auch eine Entvölkerung des ländlichen Raumes und verstärkte Landvertreibung durch eine verstärkte Industrialisierung der Landwirtschaft. Nicht abwegig ist außerdem, dass es zu einer Ernährungsklassengesellschaft kommen könnte. Mittel- und Oberschicht könnten ihre Ernährungswünsche in Richtung Land kommunizieren und bezahlen, die städtische Unterschicht müsste aber essen, was die Konzerne anbieten oder was übrig bliebe. Zum Teil bestehen solche Szenarien schon. Es gibt aber auch konkrete Gegenentwürfe.

Interessant ist der Blick nach Brasilien. Dort wurde nach dem Wahlsieg der Arbeiterpartei PT 2003 sehr genau überlegt, wie der Hunger, der massiv auch in den Städten grassiert, besiegt werden kann. Schnell wurde deutlich, dass es weiterhin die in Europa kaum bekannten, kleinbäuerlichen Betriebe sind, die Brasilien und seine Metropolen ernähren. In Brasilien stammen 70 % der konsumierten Lebensmittel von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Es zeichnete sich außerdem ab, dass die am direktesten von den Ernährungsfragen auf dem Land und in den Städten Berührten, die Hungernden, am wenigsten Einfluss auf die Gestaltung der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik hatten.

Mit Ernährungsräten gegen den Hunger und die soziale Ausgrenzung kämpfen

Um dieses Problem anzugehen und den Hunger zusammen mit den Betroffenen und ProduzentInnen zu bekämpfen, wurde der CONSEA (Conselho Nacional de Seguranca Allmentar e Nutricional) 2003 wieder ins Leben gerufen. Er ist ein nationaler Rat zu Ernährungsfragen der erstmals 1993 gegründet wurde. Der CONSEA setzt sich zu zwei Dritteln aus Zivilgesellschaft und zu einem Drittel aus RegierungsvertreterInnen zusammen. Um die herausragende Diversität der brasilianischen Gesellschaft wiederzugeben und insbesondere den benachteiligten Minderheiten oder Mehrheiten Schwarze im Land Gehör zu verschaffen, gibt es für die an den Konferenzen teilnehmenden Delegierten ein komplexes Quotensystem. So wird sichergestellt, dass Quilombolas[1], Indigene, Menschen mit Behinderung, Sinti und Roma, obdachlose ArbeiterInnen, Schwarze usw. ausreichend vertreten sind. Für Frauen gibt es keine Quote mehr, da sie die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen der Konferenzen stellen.

Die stille Demokratisierung des Ernährungssystems

Seit 2003 finden alle vier Jahre vom Staat finanzierte CONSEA-Konferenzen statt, um die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik zu überprüfen und zu kontrollieren. Die letzte Konferenz fand vom 2. bis 6. November 2015 mit 2000 Delegierten aus ganz Brasilien in Brasilia statt. Diese wurden durch Vorkonferenzen auf Ebene der 27 Bundesstaaten legitimiert, auf denen auch die knapp 400 Politikveränderungsvorschläge erarbeitet wurden, die in Brasilia diskutiert, überarbeitet, ergänzt und im Plenum verabschiedet wurden. Im Anschluss wurde aus den erarbeiteten Beschlüssen ein Dokument erstellt, das dann der brasilianischen Regierung übergeben wird und dieser zur Orientierung dient, wie sie ihre Politik in Zukunft verbessern kann. Das Dokument ist nicht bindend, hat aber sehr hohe Relevanz für die Regierung. Über die stille Demokratisierung des brasilianischen Ernährungssystems, die in Europa fast nicht wahrgenommen wurde, ist es zum einen gelungen, die progressiven Verteilungs- und Beschaffungsmodelle des Staates zu verfestigen und schärfen. So muss 30 % des Schulessens für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen aus der Region ausgeschrieben werden, um nur eines der vielen Programme zu nennen. Zum anderen kann mit dem Prozess auch der Hunger besiegen werden. Die fünfte CONSEA-Konferenz war die erste, bei der Brasilien nicht auf der Hungerkarte der UN-Landwirtschaftsorganisation (FAO) erschien.

Auch der globale Norden ist gefragt

Brasilien hat eindrücklich gezeigt, wie man mit einer Demokratisierung des Ernährungssystems enorme Erfolge bei der Bekämpfung des Hungers erzielen und gleichzeitig die Interessen der Ärmsten in den Städten und auf dem Land miteinander in Einklang bringen kann. Im Gegensatz dazu ist die Debatte in Europa und den USA um eine Demokratisierung der Ernährungssysteme sehr schwach ausgeprägt. Folgerichtig profitieren dort hauptsächlich die Konzerne von den üppigen Agrarsubventionsbudgets und ein Dualismus zwischen Stadt und Land tritt verstärkt auf. Noch dramatischer ist, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die Hungerbekämpfung, wie beispielhaft die G8 Neue Allianz zeigt, an den Interessen der Konzerne und nicht der Betroffenen und ProduzentInnen ausgerichtet ist. Eine verstärkte Auseinandersetzung mit den brasilianischen Erfahrungen kann nur empfohlen werden, um aus den dortigen positiven und negativen Erfahrungen zu lernen.

Stig Tanzmann

Der Autor ist Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

1 Quilombolas sind BewohnerInnen bzw. deren Nachkommen eines Quilombos (Bezeichnung einer Niederlassung geflohener Sklaven zur Zeit der portugiesischen Herrschaft).

© FIAN Deutschland e. V.

Lastentransport in Vietnam

BAUER ODER BÄNKER?

Demokratisierung des Ernährungssektors statt Dominanz der Städte

Strukturpolitische Entscheidungen werden in den Städten getroffen. Egal ob 75 Prozent der Bevölkerung in Städten leben, wie zum Beispiel in Deutschland, oder wie in Sambia 40 Prozent. Ländliche Belange und Sichtweisen werden faktisch weniger berücksichtigt. Das hat natürlich Folgen. Politikentscheidungen und damit auch Rahmenbedingungen sind unausgewogen und ländliche Entwicklungsprozesse oft und gerne von städtischen Interessen dominiert. Marx und Engels drücken es 1872 ein wenig pointierter aus: „Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen." [1]

Unsere Ernährungssysteme (vom Anbau von Nahrungsmitteln bis hin zum Konsum) bieten eine hervorragende Lupe, um diese Stadt-Land-Debatte zu führen. Als Organisation, die für das Menschenrecht auf Nahrung streitet, beobachten wir oft, wie sich die Dominanz städtischer Interessen in vielen Ländern in einer Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung niederschlägt. So liegt in vielen agrarisch geprägten Ländern der Anteil der Ausgaben für die Landwirtschaft bei weit unter 10 Prozent. Dabei ist diese Trennung Stadt-Land oft künstlich verstärkt und spielt den Interessen dominanter Unternehmen des Ernährungssystems in die Hände.

Der Acker des Bürokaufmanns

Zur Klärung vorab: Jeder benötigt Agrarland zum Überleben, wenn auch indirekt. Jede Städterin und jeder Städter greift auf Ackerland zu, wenn sie im Supermarkt oder besser auf dem Wochenmarkt Kartoffeln oder Milch kaufen. Sie benötigen dieses Land zwingend, um sich zu ernähren. Und sie greifen als wohlhabendere Bevölkerungsgruppen mit ihrem Konsumverhalten oft brutal auf diese Flächen zu, da sie die Konsequenzen ihres Konsums nicht sehen oder sehen wollen. Dabei geht es heute viel weniger um das direkte Umland als vielmehr um die ländlichen Agrarflächen weltweit. Zum Beispiel beziehen wir die Futtermittel für die Viehzucht in Europa aus den tausenden Quadratkilometern Sojawüste in Paraguay.

Angst vor den städtischen Massen

Das Wirken der Stadt auf unsere Ernährungssysteme ist aber nicht nur durch bürgerliche Schichten geprägt, vor allem nicht im globalen Süden. 2008 kam es infolge extremer Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln in über 40 Ländern zu Hungeraufständen. Diese wurden fast ausschließlich von den städtischen Armutsgruppen angeführt. Es gibt daher ein hohes Interesse der Regierungen, diese Gruppen nicht gegen sich aufzubringen. Und so hat die Frage der Kosten von Nahrungsmitteln einen weit höheren Stellenwert als die Frage der

Verdienstmöglichkeit für die breite ländliche Bevölkerung.

Trennung im Interesse der Ernährungsindustrie

So entsteht – im globalen Süden gleichermaßen wie im globalen Norden – eine extreme Trennung von Stadt und Land, vereinfacht gesagt von Produktion und Konsum. Diese ist auch im Interesse der Agrar- und Ernährungsindustrie. Ihre Macht beruht auf dieser Trennung, denn sie spielt den „Flaschenhals" zwischen der Bäuerin und dem Bürokaufmann, der ihre Kartoffeln isst. Diese wachsende Trennung ist jedoch kein Naturgesetz, sondern durch politische Rahmenbedingungen geschaffen. Und diese wurden wiederum durch effektive Lobbyarbeit der Agrar- und Ernährungsindustrie mitgestaltet.

Landflucht – Symptom städtischer Politik?

Nicht nur die Trennung zwischen Stadt und Land, sondern auch Landflucht wird gerne als Naturgesetz verkauft. Die politischen Ursachen dafür, dass viele junge Menschen kein Interesse am ländlichen Leben und der Landwirtschaft haben, werden jedoch ungerne genannt. Seit vielen Jahrzehnten werden staatliche Steuerungen und Förderungen der bäuerlichen Landwirtschaft zusammengestrichen und ein künstlicher und ungerechter Wettbewerb zwischen transnationalen Agrar-, Nahrungsmittel- und Finanzkonzernen und bäuerlichen NahrungsmittelproduzentInnen geschaffen. Wenn in Rumänien die Hälfte der Agrarsubventionen der EU an weniger als ein Prozent der dortigen Betriebe fließen (jene über 500 Hektar)[2] und gleichzeitig den Bauern und Bäuerinnen (internationale) Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Existenzlegitimation übergestülpt wird, ist dies faktisch eine politisch gewollte, hoch subventionierte Landfluchtinitiative.

In vielen Ländern des globalen Südens ist das ähnlich. In Sambia sind internationale Agrarinvestoren die ersten fünf Jahre von der Steuer befreit (was nebenbei gerne zu einer turnusmäßigen Namensänderung des Unternehmens nach fünf Jahren führt). Sie werden direkt von der Entwicklungszusammenarbeit finanziert[3], die ihnen daneben auch noch die nötige Exportinfrastruktur bereitstellt. Parallel sägt die internationale Politik an den verbliebenen staatlichen Programmen, die eine Umverteilung von Finanzen hin zu ländlichen Armutsgruppen bedeuten. In Sambia beispielsweise das staatliche Aufkaufprogramm für Mais, welches KleinbäuerInnen einen Mindestverdienst sichert.

Landwirtschaft als gesamtgesellschaftliche Strukturfrage

Gegnern agrarindustrieller Ernährungssysteme wird schnell vorgeworfen, sie würden die bäuerliche Landwirtschaft romantisieren. Dabei geht es KleinbäuerInnenbewegungen weltweit genauso um eine Modernisierung der Landwirtschaft, aber mit einem kleinen Unterschied: eine Modernisierung mit ihnen und nicht ohne sie. Sie fordern daher Rahmenbedingungen, die sie nicht auslöschen[4], sondern fördern. In diesem Sinne kann die Schaffung von Perspektiven für die breite ländliche Bevölkerung – und eben nicht für eine Handvoll „Potentialbauern" – als modernes Zukunftsmodell herhalten.

Dies beinhaltet letztendlich auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen: Ist es gesund und sinnvoll, wenn wie heute in Deutschland nur etwa 1,5 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind (Tendenz weiter sinkend)? Wollen wir langfristig, dass wenige Agrarfabriken in entleerten ländlichen Räumen die Ernährung der Städte sichern? Oder wollen wir eine Politik, die bäuerliche Landwirtschaft als ein wichtiges soziales, kulturelles und wirtschaftliches Standbein der Gesellschaften weltweit stärkt?

Demokratisierungen im Ernährungssektor

Wenn wir eine solche Politik anstreben, geht es dann letztendlich auch nicht um eine Priorisierung von Stadt oder Land, sondern um eine Demokratisierung der Ernährungssysteme. Dies zeigen auch die zivilgesellschaftlichen Diskussionen im Vorfeld der internationalen „Städtekonferenz" Habitat III. Es wird über eine „öffentliche Kontrolle über Boden und Immobilienmärkte", über Regulierung von Privatwirtschaft, öffentliches Interesse bzw. Gemeinwohl diskutiert und auf einzelne Menschenrechte, wie das Recht auf Wohnen, als universelle normative Basis verwiesen. Vieles davon findet sich leicht abgewandelt in ländlichen sozialen Kämpfen wieder, beispielsweise die Forderung ländlicher soziale Bewegungen (wie das globale Netzwerk „La Via Campesina") und Menschenrechtsorganisationen nach einer demokratischen Kontrolle von Land[5] und einer völkerrechtlich bindenden Regulierung transnationaler Konzerne[6].

Die strategische Verknüpfung von städtischen und ländlichen Ernährungssystemen ist daher ein Ansatzpunkt mit Zukunft. Und er wird schon praktiziert. Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft[7] sind ein Beispiel, wie ein Verbund von StädterInnen und ländliche Agrarbetriebe gemeinsam, sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig ihre Ernährung sichern können. Das aus dem US-Amerikanischen stammende Konzept der Ernährungsräte („Food Policy Councils") versucht alle Akteure eines regionalen Ernährungssystems zusammenzubringen, um gemeinsam dessen Ausgestaltung zu planen. Und auch SaatgutaktivistInnen aus städtischen Kontexten (bspw. Urban Gardening) und bäuerlichen Betrieben kämpfen gemeinsam gegen die wachsende Macht weniger Saatgutkonzerne.

Im Kern muss es daher auch beim Thema Ernährung nicht um ein „Stadt gegen Land" sondern um die Gestaltung unseres Ernährungssystems als ein Recht von allen und nicht ein Privileg weniger gehen. Aus diesem Blickwinkel kann man die Ernährungsinitiativen durchaus als Vorreiter für weitere Möglichkeiten des Zusammenspiels von Stadt und Land verstehen.

Roman Herre

Der Autor ist Agrarreferent bei FIAN.

1 Manifest der Kommunistischen Partei.

2 https://www.tni.org/files/download/land_in_europe-jun2013.pdf.

3 http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FIAN_Sambia_DE.pdf.

4 Erklärung von La Via Campesina 2008.

5 http://www.researchgate.net/publication/283476970_Democratic_land_control_and_human_rights.

6 http://www.treatymovement.com/.

7 http://www.solidarische-landwirtschaft.org.

© Edmund /flickr.com (BY-NC-ND 2.0)

Straßenzug in einer Favela

FAVELAS ZWISCHEN HERRSCHAFT UND WIDERSTAND

Reflexionen aus einer Favela in der Nordstadt Rio de Janeiros

Favelas werden in Brasiliens Großstädten die Stadtteile genannte, in denen die ärmeren Bevölkerungsteile leben. Sie sind gekennzeichnet durch meist prekäre Infrastruktur, mangelhafte Versorgung mit städtischen Dienstleitungen und sie werden durch Milizen und Militärpolizeieinheiten oder Drogenbanden kontrolliert. Diese Situation bringt mit sich, dass die BewohnerInnen der Favelas sich vielschichtigen Dominanzformen entgegen setzen müssen, um ihr Leben an der städtischen Peripherie gestalten zu können. Timo Bartholl lebt seit 2008 in der Maré, die aus sechzehn Favelas besteht und in der Nordstadt Rio de Janeiros liegt. Ausgehend von politischer Basisarbeit, untersucht er im Rahmen einer geografischen Forschungsarbeit die vielfältigen Formen von Widerstand, die das Verhältnis der Favelas zur übrigen Stadt und zum Staat kennzeichnen.

Den Hügel hinunter auf dem wir wohnen, fahren wir fast immer links die Avenida Brasil hinunter Richtung Zentrum, selten Richtung Nordstadt. Millionen von ArbeiterInnen aus der Peripherie müssen in gleicher Richtung tagtäglich in das eher kleinräumige Zentrum oder die reicheren Viertel der Südstadt fahren, wo sie überwiegend im Dienstleistungssektor eher schlecht bezahlte Arbeit finden. Je mehr die Menschen auch im räumlichen Sinne peripher in das Stadtleben eingebunden sind, desto mehr Stunden verbringen sie ihr Leben im Stau stehend (in doppeltem Sinne, denn es stehen sowohl der Bus im Stau, als auch die meisten Passagiere im Bus stehen). An der städtischen Peripherie leben bedeutet auch, dass das was vor Ort passiert, nie so wie es passiert in den Medien dargestellt wird. Wird ein zehnjähriger Junge aus nächster Nähe von einem Militärpolizist erschossen, meldet der größte TV-Sender Globo, er sei bei einem Schusswechsel zwischen Polizei und Drogenbanden getroffen worden.

Peripherien als Territorien des Widerstands

Im Rahmen sozialer Basisbewegungen, die ihre Arbeit in Favelas verankern, haben wir vor vier Jahren einen Prozess begonnen, in dem es darum geht, die politische Arbeit als Gruppen selbst zu reflektieren. Die Einladung zu diesem Prozess stand im Dialog mit Raúl Zibechis Ansatz, städtische Peripherie als „Territorien des Widerstands“ zu lesen, obgleich mehrere Stimmen dafür sprachen, besser von „beherrschten Territorien“ zu sprechen. Wie sonst sollten Favelas genannt werden, angesichts brutaler Polizeigewalt, Milizen, Drogenbanden, die alle auf unterschiedliche Art und mit unterschiedlich hierarchischem Bezug zueinander (die Militärpolizei ganz oben stehend), territoriale Herrschaft in den Favelas ausüben.

Die Wahrnehmung von Dominanzformen, die an städtischer Peripherie zum Ausdruck kommen ist unvollständig, wenn wir die Multidimensionalität ausblenden, mit der sich Dominanzverhältnisse in einer Metropole wie Rio als Ganzes ausdrücken und zueinander in Beziehung stehen. Die Internetseite der lokalen NGO Redes de Desenvolvimento da Maré empfang über einen langen Zeitraum die Besucher ihres Internetauftritts mit einem Luftbild, das mit den Worten: „Nichts darf unmöglich scheinen, sich zu verändern“ betitelt war.[1] Da das Bild genau den Ausschnitt der Favelas der Maré zeigte, stellte sich dem oder der BetrachterIn unmittelbar die Frage: „Was soll veränderbar sein und wie?“ „Die Probleme in der Maré sind Probleme, die in der Maré zu beheben sind?“

Favelas und andere Stadtviertel im Zusammenhang betrachten

Probleme, denen sich die BewohnerInnen von Favelas gegenüber sehen,

können nur verstanden werden, wenn wir ein Luftbildfoto aus wesentlich größerer Höhe aufnehmen, auf dem auch das Zentrum und die Stadtviertel der mittleren und oberen Klassen abgebildet sind. Um die Ursachen und Zusammenhänge von Ungleichheit (immer ein Verhältnis) zu verstehen, die sich in Form von spezifischen Problemen und Dominanzformen in Favelas ausdrücken, müssen sonstige Stadtviertel und Favelas und ihre Beziehungen zueinander betrachtet werden. Der brasilianische Geograph Milton Santos schlug vor, zwischen „Räumen, die befehlen" und „Räumen, die gehorchen" zu unterscheiden.[2]

Aus der Sicht der Favelas zu erwägen, was sich ändern muss in einer Stadt wie Rio, damit Probleme wie in den Favelas der Maré, überwunden werden können, bedeutet, Stadtviertel der oberen und mittleren Klassen direkt in die Problemanalyse mit einzubeziehen. In einer Stadt, in der solche Viertel „befehlen", sind Probleme in Vierteln, die „gehorchen" (weil sie gehorchen müssen, gezwungen etwa durch politische oder ökonomische Dominanzverhältnisse), in erster Linie Resultat genau dieser Dominanzbeziehung. Dabei sind beide Begriffe Metaphern, denn es sind die oberen Klassen, die durch den Raum (als Medium, Ausgangspunkt und Resultat sozialer Beziehungen) beherrschen, indem und wodurch sich Herrschaftsverhältnisse in den Raum einschreiben. Ohne dass Stadtviertel, die „befehlen" (und andere Stadtteile ausbeuten), genau damit aufhören, können Probleme in Favelas, die durch diese Herrschaftsverhältnisse verursacht werden, nicht überwunden werden.

Machtstrukturen vom Rand aus gesehen, erscheinen in anderem Licht

Aus der Sicht Rudolf de Jong's, der Klassenverhältnisse als Zentrum-Peripherie-Verhältnisse diskutiert[3], ist die Perspektive, mit der dieses Verhältnis betrachtet wird entscheidend, da aus der Sicht der Zentren alle Peripherien ein gleiches Problem präsentieren: ihre Ausrichtung in Bezug zu den Zentren.

In dieser Perspektive unterstellen Ansätze, Favelas in die Stadt zu „integrieren" (in der sie nie nicht integriert waren, weil ohne sie das Gesamt-Dominanz-System Metropole ja gar nicht bestehen könnte), indem sie urbanisiert werden[4], dass interräumliche Ungleichheit in Städten wie Rio darin besteht, dass Favelas ungleich gegenüber wohlhabenderen Stadtvierteln „entwickelt" sind. Aus dieser Perspektive ist ein reiches Stadtviertel wie Ipanema dann auch, wie es ein Architekt und Stadtplaner ausdrückt, ein „gutes Stadtviertel".[5] Die Ungleichheit zwischen dem „guten" Stadtviertel Ipanema und problematischen (oder als Problem an sich betrachteten) Favelas solle dadurch verringert werden, dass die Favelas „weniger Favela" und „mehr (ein bisschen zumindest, natürlich bei Weitem nicht genauso wie) Ipanema" sind. Viertel der Mittelschicht (also nicht unbedingt so wohlhabend wie Ipanema) sind Standard, Favelas sind die zu behebende stadt-räumliche Anomalie. Blicke auf Favelas, von den Zentren aus (Stadtregierung, Planungsbüros, Universitäten, etc.), seien sie kritisch oder konservativ, reproduzieren diese Schlussfolgerung: Das Problem (an sich) sind die Favelas. Ein Wechsel der Sichtweise führt jedoch zu anderen Erkenntnissen.

Wenn wir den Blick wandeln und von der Favela auf die Stadt schauen, drehen sich mit der Perspektive auch viele Ursachen-Folge-Ketten und wie wir sie wahrnehmen um. Aus der Sicht der städtischen Behörden etwa sind die Favelas ein Problem. Wie sieht hingegen ein oder eine FavelabewohnerIn die städtischen Behörden?

„Zunächst denke ich, also, dass die städtischen Behörden, die Personen, die da oben sind, ich denke dass sie die Favelas nicht mit gutem Blick sehen [...] Wenn es hier keine Favela gäbe, wäre das [aus Sicht der Behörden] besser [...] Der Arme ist für sie: Wenn Wahlen sind, kommen sie hierher, um sich wählen zu lassen [...] Aber hinterher [...] halten sie ihre Versprechen nicht ein [...] Die Favela ist für sie vergessen [...], die städtischen Behörden in der Favela, stehen für nichts Gutes, nichts Gutes."[6]

Wenn wir vom Rand aus auf die Stadt schauen, tauchen viele Fragen in anderem Licht auf, weil wir die Verhältnisse aus einer ganz anderen Richtung betrachten. Die Favelas in den Metropolen können dann nicht analytisch als Problem, von dem was ihre Probleme verursacht – Ausbeutungsbeziehungen der herrschenden Klassen und ihre Stadtviertel gegenüber den Favelas – isoliert werden. Jedes Dominanzverhältnis, das sich in den Favelas spezifisch äußert, steht direkt in Beziehung zu allgemeinen Herrschaftsverhältnissen und zu oberen Klassen und ihren Stadtvierteln, die von diesen profitieren.

Eine gerechte, egalitäre Gesellschaft kennt weder Zentrum noch Peripherie. Da Zentren sich wohl kaum selbst überwinden in ihrer Funktion als Zentren, ist eine solche nur vorstell-/realisierbar durch Impulse ausgehend von denjenigen Territorien, in denen sich spezifische Widerstandsformen gegenüber den prinzipiellen Dominanzverhältnissen herausbilden, eben genau dort, wo auch die Formen von Dominanz sich explizit und konzentriert äußern (Wo Herrschaft ist, ist Widerstand[7]). In Territorien, in denen sich spezifische Formen von Dominanz äußern, äußern sich auch die damit verbundenen Widerstände auf spezifische Art. Favelas sind, in eben diesem Sinne, Territorien des Widerstands. Probleme an der Peripherie angehen, um sie zu überwinden, heißt sie von der Peripherie aus anzugehen. Nur wenn Zentren in ihrer Funktion als Zentren überwunden werden, ist es denkbar und möglich, dass Peripherien aufhören Peripherien zu sein.

Timo Bartholl

Der Autor lebt seit 2008 in der Nordstadt von Rio de Janeiro, wo er an sozialen Basisbewegungen beteiligt ist, wie dem Kollektiv und Stadtteilladen Roça! in der Favela Timbau, Maré.

1 „Nada deve parecer impossível de mudar." Auszug aus der Übersetzung eines Zitats Betrolt Brechts.

2 Santos, Milton & Silveira, Maria Laura (2001). O Brasil: território e sociedade no início do século XXI. São Paulo: Record.

3 Jong, Rudolf de (2008). A concepção libertária revolucionária. São Paulo: Faísca.

4 Michel Foucault sagt pointierend dazu: „Urbanisieren und polizeilich überwachen sind die gleiche Sache." In: Foucault, Michel (2008). Segurança, território, população. São Paulo: Martins Fontes.

5 Camargo, José Márcio (2005). Palestra. In: SILVA, Jailson de Souza & BARBOSA, Jorge Luiz. Favela: alegria e dor na cidade. Rio de Janeiro: Senac, S.127-144.

6 Interview mit einem Nachbarn in der Favela Timbau. Geführt im August 2015.

7 Der Geograf Claude Raffestin, im Dialog mit Michel Foucault, formuliert: „Wo Macht ist, ist Widerstand."

© Tony & Wayne / flickr.com (BY-NC-ND 2.0)

Urban Gardening – Grün in der Stadt

BIOLOGISCHE VIELFALT IN DER STADT

Urbane Biodiversität zwischen verschiedenen Ansprüchen an den öffentlichen Raum

Städte bieten eine Vielzahl an ökologischen Nischen und damit auch erstaunlich großes Potential für biologische Vielfalt. Zunächst sind Städte jedoch der genuine Lebensraum des Menschen. Immer mehr Menschen leben in Städten. Damit nehmen auch die Nutzungskonflikte in Bezug auf urbane Grünräume, biologische Vielfalt und andere Nutzungsansprüche, wie beispielsweise Wohnungsbau, zu. Gleichzeitig leisten urbane Grünräume einen wichtigen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Lebensqualität der Menschen, die sich in Städten aufhalten. Durch transdisziplinäre Forschung können Lösungen für konkrete gesellschaftliche Probleme identifiziert und gleichzeitig zu wissenschaftlichem Fortschritt beigetragen werden.

Seit dem Jahr 2000 leben global gesehen mehr als die Hälfte der Menschen in Städten, mit steigender Tendenz.[1] Gleichwohl gibt es verschiedene Wanderungsbewegungen. Während einige Städte schrumpfen, erleben andere einen Zuzug. Diese Dynamiken erzeugen unterschiedliche Probleme, bieten aber auch Chancen in Bezug auf biologische Vielfalt in Städten.

Städte als Lebensraum des Menschen

Die Tatsache, dass Menschen in Städten leben, hat vielfältige Implikationen: Zum einen bedeutet dies, dass Städte natürliche Landschaften überformen und mit ihrer Infrastruktur zu Landschaftszerschneidung und Flächenversiegelung beitragen. So werden beispielsweise in Deutschland immer noch 73 Hektar pro Tag für Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt.[2] Darüber hinaus müssen die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten mit Gütern versorgt werden, welche nicht selbst in den Städten produziert werden können. Damit haben Städte mittelbar auch eine Veränderung der sie umgebenden Landschaften und durch die Globalisierung auch Landnutzungsänderungen an weit entfernten Orten zur Folge. Zu denken ist hier an Rodungen von Regenwald in Südamerika und Indonesien, um beispielsweise Palmöl- oder Sojaplantagen anzulegen. Aus diesen Gründen können Städte als ein Treiber des Rückgangs an biologischer Vielfalt betrachtet werden.

Zum anderen bedeutet zunehmende Verstädterung, dass viele Menschen nur innerhalb von Städten überhaupt direkten Kontakt zu Natur und biologischer Vielfalt haben. Gerade Angehörige sozial benachteiligter Gruppen sind in ihren Möglichkeiten, Ausflüge oder Reisen zu machen, häufig stark eingeschränkt. Hinzu kommt, dass Grünflächen innerhalb von Städten häufig ungleich verteilt sind und somit Unterschiede im Hinblick auf Zugangsmöglichkeiten bestehen. Das wird daran deutlich, dass Miet- und Grundstückspreise in der Nähe von Grünflächen häufig höher sind als in Lagen, in denen der Zugang zu urbanem Grün nicht gegeben ist. Insofern beinhaltet das Vorhandensein von und die Zugangsmöglichkeit zu städtischen Grünflächen auch Aspekte von Umweltgerechtigkeit und Lebensqualität.

Städte als Raum für biologische Vielfalt

Städte ausschließlich als Treiber des Verlustes biologischer Vielfalt zu sehen, greift jedoch zu kurz, da sie eine Vielzahl an ökologischen Nischen bereitstellen und für viele Tier- und Pflanzenarten Rückzugsräume bieten,

die sie in intensiv agrarisch genutzten Flächen nicht mehr haben. So ist beispielsweise Berlin nicht nur einer der bevölkerungsreichsten Räume Deutschlands, sondern mit unter anderem über 150 Brutvogelarten auch eines der artenreichsten Gebiete.[3] Städte liegen zum Teil auch in oder in unmittelbarer Nähe zu sogenannten Biodiversitätshotspots, also in Räumen, die besonders artenreich sind oder in denen besonders charakteristische Arten vorkommen.[4]

Da Städte eine besondere Bedeutung für biologische Vielfalt haben – einerseits als Treiber ihres Verlustes, andererseits als Lebens- und Rückzugsraum für eine Vielzahl an Arten – kommt Politik und Stadtgesellschaft auch eine besondere Verantwortung für ihren Schutz zu. Städte sind Ballungsräume, in denen viele Menschen auf verhältnismäßig engem Raum zusammenleben. Insofern lässt sich klassischer Naturschutz oder gar die Ausweisung komplett nutzungsfreier Gebiete zu Gunsten biologischer Vielfalt, wenn überhaupt, nur vereinzelt umsetzen. Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in Städten können sich somit nicht auf naturnahe oder artenreiche Flächen beschränken, sondern müssen integriert gedacht werden. Die Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen in Städten führt daher oft zu Nutzungskonflikten, gerade wenn sie den öffentlichen Raum betreffen.

Biologische Vielfalt und öffentlicher Raum – Nutzungskonflikte

Während unter „Grünraum" alle Freiflächen verstanden werden können, auf denen vorwiegend Vegetation vorkommt, kann der Begriff des öffentlichen Raums durchaus verschiedene Bedeutungen haben.[5] Für kommunale Planung und Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher von Städten ist entscheidend, dass es sich um öffentlich zugängliche und öffentlich nutzbare Räume handelt, bei denen die Kommune die Planungs- und Gestaltungshoheit hat. Städtische Grünflächen stellen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Einzelnen Orte des Austauschs, der Begegnung, der Kommunikation und der Erholung dar, was wichtige Aspekte von Lebensqualität in einer Stadt sind. Öffentlich zugängliche Grünräume in Städten erfüllen eine wichtige soziale Funktion im Hinblick auf Lebensqualität und Partizipation. Damit sind sie essentieller Bestandteil einer „Stadt für alle".

Die sozialen Interessen, die an der Nutzung städtischer Grünflächen bestehen, können mit Maßnahmen in Konflikt geraten, die dem Schutz biologischer Vielfalt in der Stadt dienen sollen. Hinzu kommt, dass bei biologischer Vielfalt Wertfragen geklärt werden müssen in Bezug auf die Frage, welche Art von Vielfalt eigentlich geschützt werden soll. So kann der Fokus beispielsweise auf Artenvielfalt liegen, er kann sich aber auch auf besonders seltene Arten, für ein Gebiet besonders charakteristische Arten oder auf Arten, die von vielen Menschen besonders schön gefunden werden, richten. Weiterhin könnte der Fokus auf Populationen (und damit genetischer Vielfalt) oder auf Ökosystemen (und damit Prozessen und Funktionen) liegen. Um biologische Vielfalt in Städten langfristig schützen zu können, muss ihre Bedeutung weiter erforscht und müssen Fragen zu ihrem Schutz in partizipativen und transparenten Prozessen thematisiert und tragfähige Lösungen identifiziert werden.

Potentiale liegen hier in Kooperationen von Verwaltungen mit beispielsweise Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen, Naturschutzverbänden, Kleingartenvereinen oder lokalen Initiativen, die Urban Gardening oder Permakultur betreiben. Partizipationsprozesse stellen eine Möglichkeit dar, Nutzungskonflikte zu benennen und möglicherweise aufzulösen oder zu entschärfen und so die Akzeptanz für Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt auf städtischen Grünflächen zu erhöhen.

Der Beitrag der (transdisziplinären) Forschung

Neben den klassischen Ansätzen und wichtigen Beiträgen disziplinärer und interdisziplinärer Forschung wird vor dem Hintergrund des andauernden Verlustes der biologischen Vielfalt auch die Rolle transdisziplinärer Forschung immer deutlicher. Transdisziplinäre Forschung nimmt ihren Ausgangspunkt in konkreten gesellschaftlichen Problemstellungen und hat den Anspruch, gleichzeitig zur Lösung dieser Probleme und zu wissenschaftlichem Fortschritt beizutragen. Das Besondere an transdisziplinärer Forschung ist ihr hoher Integrationsgrad: Bei ihr werden Expertinnen und Experten außerhalb der Wissenschaft, also Menschen mit beispielsweise Praxis-, Anwendungs- oder traditionellem Wissen, sowie verschiedene Interessensträgerinnen und Interessensträger (idealerweise) bereits in die Formulierung der Forschungsfrage und in den gesamten Forschungsprozess einbezogen.[6] Gerade Fragen des Schutzes von biologischer Vielfalt in der Stadt bedürfen transdisziplinärer Forschung, da hier einerseits verschiedene, sehr konkrete gesellschaftliche Interessen aufeinander treffen und andererseits großer Forschungsbedarf im Hinblick auf das Vorkommen, die Entwicklung und die Möglichkeiten des Schutzes von biologischer Vielfalt bestehen. Somit kann transdisziplinäre Forschung dazu beitragen, die Verantwortung wahrzunehmen und die Möglichkeiten zu nutzen, biologische Vielfalt in Städten zu schützen.

Dr. Katrin Reuter

Die Autorin arbeitet am Museum für Naturkunde Berlin (MfN) im Fachbereich Wissenskommunikation und Wissensforschung als wissenschaftliche Koordinatorin des BMBF-geförderten Projektes Netzwerkforum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo).

1 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2014): World Urbanization Prospects: The 2014 Revision, Highlights (ST/ESA/SER.A/352).

2 BMUB (2015): Naturschutzoffensive 2020. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/naturschutz-offensive_2020_broschuere_bf.pdf [pdf].

3 http://www.duh.de/4008+M5c0515d8dd5.html.

4 Für eine Übersicht von Hotspots der Biodiversität in Deutschland vgl. http://www.biologischevielfalt.de/hotspots_karte.html.

5 Selle, K. (2008): Öffentliche Räume – Eine Einführung. Begriff Bedeutung und Wandel der öffentlich nutzbaren Räume in den Städten. http://www.pt.rwth-aachen.de/dokumente/lehre_materialien/c3a_oeffentlicher_raum.pdf.

6 Vgl. Bergmann et al. (2010): Methoden transdisziplinärer Forschung: ein Überblick mit Anwendungsbeispielen.

STÄDTE MÜSSEN ARME BEVÖLKERUNG IN DIE STADTENTWICKLUNG EINBEZIEHEN

Besondere Bedeutung asiatischer Städte für den Klimaschutz

Im Jahr 2050 werden fast zwei Drittel der Menschheit in Städten leben. Immer stärker wird die Frage diskutiert, was Städte dazu beitragen können, den Klimawandel zu begrenzen. Denn Städte verbrauchen 70 % der weltweit erzeugten Energie und stoßen weltweit Dreiviertel der Treibhausemissionen aus. Etwa 80 % des zukünftigen zusätzlichen Energiebedarfs wird von Städten nachgefragt werden. Das macht Städte zu einem entscheidenden Faktor für den Klimaschutz. Ebenso wie sie Treiber des Klimawandels sind, sind sie von Klimawandelfolgen konkret betroffen. Die große Transformation zu einer vollständigen Dekarbonisierung, mit einer Abkehr der Energiewirtschaft von der Nutzung kohlenstoffhaltiger Energieträger, wird deshalb insbesondere städtische Räume im Blick haben, ebenso wie Anpassungsmaßnahmen zur Minderung von Klimawandelfolgen. Aus Sicht städtischer Armer stellt sich die Frage, ob und wie ihre Interessen und Rechte in dieser Agenda Berücksichtigung finden.

Klimawissenschaftlerinnen betonen die Rolle asiatischer Städte zur Begrenzung des Klimawandels. Nach ihrer Einschätzung sind (insbesondere asiatische) Städte ein Schlüssel zur Bewältigung des Klimawandels. Die Art und Weise der Urbanisierung Asiens, gekoppelt mit dem Wegfall von Subventionen für billige Treibstoffe, sei mitentscheidend für die Beherrschbarkeit des Klimawandels. Momentan ist Asien zu ca. 30 % urbanisiert, doch in wenigen Jahren werden ca. 50 % der Bevölkerung Asiens in Städten leben. Diese Entwicklung geht einher mit dem Bau langlebiger Infrastrukturen, die über Jahrzehnte Emissionspfade legen. Entscheidend für urbane Emissionen ist aus Sicht der ForscherInnen der Transportsektor. In Asien leben bereits jetzt, global betrachtet, die meisten städtischen BewohnerInnen. Zudem bildet sich eine urbane Mittelschicht, die einen emissionsstarken Lebensstil einschlägt. Aus der Armutsperspektive ist entscheidend, dass und wie die Bedürfnisse und Rechte armer Menschen in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden. Dies ist aufs Engste mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft, sind doch städtische Arme jene, deren CO_2-Fußabdruck besonders gering ist.

Schutz und soziale Gerechtigkeit

Der Anfang November publizierte Bericht der Organisation Climate Central[1] hebt hervor, dass der steigende Anstieg des Meeresspiegels besonders asiatische Metropolen betrifft. Entsprechend sehen sich besonders asiatische Kommunen vor die Herausforderung gestellt, ihre BewohnerInnen vor Klimawandelfolgen zu schützen und Klimaschutz zu betreiben. Selbstverständlich müssen Stadtverwaltungen initiativ werden und ihre BewohnerInnen vor Klimawandelfolgen schützen. Schutz und Nachhaltigkeit sind schließlich Kernelemente kommunalen Handelns, allerdings ebenso wie die Sicherstellung eines sozialen Ausgleichs und sozialer Gerechtigkeit.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre verdeutlichen, dass der Klimawandel die bislang strittigen Themen sozialer Gerechtigkeit auf die Spitze treibt. Strategische Ressourcen wie Land und Aspekte des Landzugangs, der Zugang und die Nutzung des öffentlichen Raums, der Schutz von Wohn- und Bleiberechten informeller SiedlerInnen, ihr Zugang zu Behörden sowie ihre Einbindung in Entscheidungen sind unter der umfassenden Überschrift des Klimawandels besonders schwer zu erreichen. Bestehende Konfliktlinien werden durch Aspekte des Klimaschutzes, des Katastrophenschutzes und des Schutzes vor Folgen des Klimawandels zugespitzt. Denn völlig offen ist nach wie vor, wie es gelingen kann, einen Ausgleich ökologisch notwendiger Maßnahmen mit Aspekten sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen.

Informalität und Schutz

Schätzungen besagen, dass durchschnittlich ca. 30 % der städtischen BewohnerInnen in Entwicklungs- und Schwellenländern informelle SiedlerInnen sind, in Städten wie Bombay, Indien, sind es ca. 50 %. In unmittelbaren Gefahrenzonen, beispielsweise an Flussufern und -mündungen, an Küstenlinien oder an steilen Abhängen leben insbesondere arme Bevölkerungsgruppen. Gefährdete Siedlungen sind für ihre BewohnerInnen keine freiwillige Option, auch wenn diese Siedlungen schon Jahrzehnte existieren und geduldet werden. Sie sind eine Auswirkung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und somit eines der sichtbarsten Zeichen ökonomischen und gesellschaftlichen Ausschlusses. Die BewohnerInnen, die sich aus Mangel an Wohnalternativen selbst mit saisonal eindringendem Wasser in ihren Wohnungen arrangieren, hoffen auf Schutz- und Verbesserungsmaßnahmen. Auch deshalb, weil sie meist nur über geringe finanzielle Möglichkeiten verfügen, selbst Schutzmaßnahmen zu installieren. Nicht nur aus ihrer Sicht stellt sich die Frage, ob Städte insgesamt resilient, also gegen Katastrophen gewappnet sein können, wenn sie informelle SiedlerInnen in ihren Rechten nicht anerkennen und die Katastrophenvorsorge BewohnerInnen informeller Siedlungen nicht einschließt.

Der Status ihrer Siedlungen zwischen Duldung und Räumung, ohne Bleibesicherheit ist existenziell be-

drohlich, und wird komplettiert durch die Tatsache, dass sie StädterInnen, aber nicht BürgerInnen sind, und dass sie vielfach keine formale Registrierung ihrer Existenz nachweisen können. Auch der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ist erschwert bzw. unmöglich. So ergibt sich ein asymmetrisches Verhältnis: Jene, die besonders stark von Klimawandelfolgen und damit Infrastrukturmaßnahmen betroffen sind, werden von den Kommunen nicht als AnspruchsträgerInnen von Rechten, als GesprächspartnerInnen, als Teil einer Stadtgesellschaft anerkannt. Wenn Menschen StädterInnen, aber nicht BürgerInnen sind, dann mag es (aus Sicht der Kommunen) fast schon konsequent sein, wenn informelle SiedlerInnen gerade nicht im Zentrum kommunaler Sorge und Bemühungen stehen. Aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit und des Schutzes von Menschenrechten erscheint dies ebenso monströs wie unfassbar.

Aus Erfahrungen lernen…

In Manila sind Hunderttausende BewohnerInnen von Anpassungsmaßnahmen betroffen, die am Fluss Pasig und seinen weitverzweigten Seitenarmen leben. Nachdem 2009 mehr als 1000 Menschen infolge eines Taifuns starben, wurden umfassende Sicherungsmaßnahmen beschlossen. Wie in anderen Städten handelt es sich bei der Umsetzung um raumgreifende Infrastrukturen mit enormem Ausmaß. Deiche sollen gebaut werden, dort wo jetzt Häuser an bzw. über dem Wasser stehen. Die Wohnungen sollen entfernt werden, doch wo sollen die Menschen wohnen? Ein Umzug an den Stadtrand bedeutet, dass sie ihre Arbeit verlieren. Allein die Kosten für die (stundenlange) Fahrt wären höher als ihr Verdienst.

Partnerorganisationen MISEREORs erarbeiten alternative Pläne, die eindrucksvoll belegen, dass kombinierte Maßnahmen, die den SiedlerInnen den Verbleib an ihren Wohnorten ermöglichen würden, machbar sind. Doch fehlt dafür offensichtlich der politische Wille, der beinhalten würde, dass informelle SiedlerInnen endlich Zugang zu Wohnraum fänden, der anerkannt und nicht nur geduldet ist. Je näher am Stadtzentrum diese Entscheidung zu treffen ist, desto schwieriger erscheint es, genau diese sozial gerechten Maßnahmen politisch zu erzielen. Klimaanpassungsprojekte sind selten reine Schutzmaßnahmen, beispielsweise in Form eines Deiches, der einen Stadtteil vor reißenden Fluten schützen mag. Häufig handelt es sich um eine Mischung aus Schutz- und Stadterneuerungsmaßnahmen, wie Wohnraum (für Mittelklasse und Elite), Grünflächen, Rad- und Fußwegen und sogar Einkaufszentren.

Klimawandelmaßnahmen als Vorwand

Die unbestrittene Notwendigkeit des Schutzes vor Klimawandelfolgen gepaart mit einer politischen Priorisierung der Schaffung von Wohnraum für die Mittel- und Oberschicht und anderen Elementen der Stadterneuerung drohen in der strukturellen Exklusion besonders Bedürftiger zu münden. Aus Sicht vieler Kommunen bieten Klimawandelanpassungsmaßnahmen die wohlbegründete Möglichkeit, sich informeller Siedlungen zu entledigen. Um dies zu verhindern, müssten Klimasondermittel den Schutz informeller SiedlerInnen und ihre Inklusion in die Stadtgesellschaft als explizites Ziel verfolgen. Dann bleib immer noch der Druck privaten Investitionskapitals, das Maßnahmen des Klimaschutzes flankiert. Auch hierfür bedarf es eines politischen Willens.

Die Art und Weise der Umsetzung von Klimawandelanpassungsprojekten repräsentiert jedoch nicht selten die Interessen einer Elite. Die während der Habitat III-Konferenz zu verabschiedende New Urban Agenda (NUA) muss vor allem in ihrer lokalen Umsetzung dazu beitragen, dass alle BewohnerInnen einer Stadt das Recht haben, ihre Wünsche und Visionen einer lebenswerten Stadt zu artikulieren und auch diese Umsetzung einzufordern. Schutz vor Klimawandelfolgen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum inklusive der dazugehörigen Infrastrukturen zählen ohne Zweifel zu den Prioritäten städtischer Armer. Dazu gehört auch, dass im Rahmen von Infrastrukturgerechtigkeit, wie ich es nenne, Basisinfrastrukturen für sie zugänglich sind. Grundlage dafür ist die grundsätzliche Anerkennung informeller SiedlerInnen als Teil der Stadtgesellschaft. Ohne diese Anerkennung drohen sich Stadterneuerungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu einer besonders erbarmungslosen Begründung für die Verdrängung armer und verwundbarer Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.

© Schauber/Misereor

Der Fluss Pasig in Manila.

Dr. Almuth Schauber

Die Autorin ist Referentin für Städtische Armut bei MISEREOR.

1 Climate Central 2015: Mapping Choices. Carbon, climate, and rising seas. Our global legacy. http://sealevel.climatecentral.org/research/reports/mapping-choices-carbon-climate-and-rising-seas-our-global-legacy.

BUND-STANDPUNKT „STADTNATURSCHUTZ“

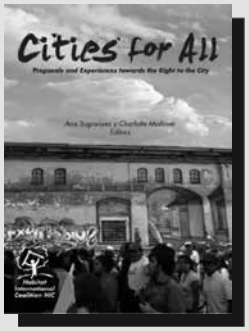
Publikation

Stadtnatur ist wichtig für die Lebensqualität in Städten, das Verständnis für die Natur und das Naturerleben. Bedeutung gewinnt sie auch dadurch, dass die Mehrzahl der Deutschen in Städten lebt und damit wesentlichen Einfluss auf die politische Gestaltung und folglich die Entwicklung von Natur und Umwelt ausübt. Der BUND-Standpunkt möchte für lebenswerte Stadtnatur begeistern und bezieht Position zu „typischer“ Stadtnatur wie Parks, Brachen und Straßenbäume. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Möglichkeiten der Wahrnehmung. Mit dieser Publikation soll ein Dialog über Schutz- und Entwicklungsansprüche für die Natur einerseits und menschliche Nutzungsansprüche an die Umwelt andererseits angeregt werden. Ein weiteres Ziel des BUND ist zudem, den Natur- und Umweltschutz in alle sozialen Gruppen zu tragen, alle in unserer Großstadt lebenden ethnischen Gruppen und Generationen für die Natur zu begeistern, ihr Engagement für sie zu fördern sowie von ihren Erfahrungen zu lernen.

Download unter: http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/aktion_stadtnatur/120627_bund_stadtnatur_stadtnaturschutz_standpunkt.pdf.

CITIES FOR ALL Proposals and Experiences towards the Right to the City

Publikation



Die Habitat International Coalition (HIC) ist ein globales Netzwerk sozialer Bewegungen und Organisationen aus über hundert Ländern in Nord und Süd, das sich mit den Zusammenhängen von menschlichem Lebensraum und Menschenrechten auseinandersetzt. Zusammen mit anderen war es in die Schaffung eines theoretischen und praktischen Rahmens für das Recht auf Stadt involviert. Diese Aufsatzsammlung gibt AkteurInnen und ihren Erfahrungen Raum, die sich auf verschiedensten Wegen und in unterschiedlichsten Kontexten für das Recht auf Stadt weltweit und für alle einsetzen.

Download unter: http://www.citiesalliance.org/sites/citiesalliance.org/files/Cities_For_All_ENG.pdf.

SUB\URBAN Zeitschrift für kritische Stadtforschung (Band 3, Heft 3)

Magazin

s u b \ u r b a n ist eine wissenschaftliche Zeitschrift, die einen Ort für eine deutschsprachige und interdisziplinäre Debatte in Richtung einer kritischen Stadtforschung schaffen möchte, welche sich für eine Veränderung der Lebensbedingungen zum Wohle aller positioniert, indem sie sich wissenschaftlich und politisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzt und dabei städtische und soziale Gegebenheiten herausfordert. In dieser Ausgabe der Zeitschrift sind Beiträge gesammelt, die sich mit utopischen Gegenentwürfen zur kapitalistischen Verwertung der Stadt beschäftigen. Eine kritische Reflexion des sogenannten „Make-Shift-Urbanismus“, die Aneignung öffentlicher Räume durch „Urban Gardening“ oder das Demonstrieren auf dem Fahrrad, „Critical Mass“ genannt, geben Hinweise, wie solche Gegenentwürfe aussehen können und wie wir sie verstehen können.

Download unter: http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/issue/download/31/18.

KLIMAWANDEL IN DER STADT Am Beispiel der Partnerstädte Bonn (Deutschland) und Chengdu (China)

Arbeitsblätter zum globalen Klimawandel

In den Unterrichtsmaterialien werden zum einen die Auswirkungen des Klimawandels für Deutschland und China im Allgemeinen dargelegt und sowie Hintergrundinformationen zu den Länderkontexten angeboten. Es wird verdeutlicht, dass Klimawandel nicht nur den globalen Süden betrifft, sondern sich längst auf Lebensbereiche in allen geografischen Zonen der Welt auswirkt. Daran anschließend macht der Fokus auf die lokale Ebene mit den Partnerstädten Bonn und Chengdu das Thema Klimawandel für einen konkreten, eng umfassten städtischen Kontext fassbar. Die beiden Städte Chengdu und Bonn dienen hier als Beispiel, das sowohl die Perspektive eines Industrie- als auch eines Schwellenlandes miteinbezieht. Die SchülerInnen sollen ein Bewusstsein für die Vielfalt von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen entwickeln und dazu angeregt werden, persönliche und gesellschaftliche Handlungsweisen zu hinterfragen und kreativ neu zu gestalten.

Download unter: https://germanwatch.org/de/download/11947.pdf.

SAME SAME BUT DIFFERENT?

Die neue EU-Handelsstrategie

„Trade4All – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik" ist der blumige Titel der Handelsstrategie der EU-Kommission, die Kommissarin Cecilia Malmström Mitte Oktober in Brüssel vorstellte.[1]

Doch bietet das Dokument mehr als nur alten Wein in neuen Schläuchen? Schließlich ist es mittlerweile eine Art Tradition, dass ein neuer Handelskommissar seine Duftmarke mit einer neuen Strategie setzt, die in der Regel jedoch den alten Kurs der EU-Freihandelspolitik fortführt.

Schon zu Beginn wird deutlich, dass sich das Kernziel europäischer Freihandelspolitik nicht verändert hat. Auch im Folgenden wird, beispielsweise im Bereich Öffentliche Beschaffung, klar, dass es hier vor allem darum geht, Märkte für die EU zu erschließen.

Die Begriffe Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung werden in dem Dokument zwar genannt, bleiben aber bloße Lippenbekenntnisse, verbindliche Regelungen werden nach wie vor nicht formuliert. So verrät die EU-Kommission beispielsweise nicht, wie sie gedenkt, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen durchzusetzen, wie sie es in ihrer Strategie verspricht.

Druck durch Investitionsschutzabkommen

Auch wird die Kommission weiterhin Investitionsschutzabkommen verhandeln, um ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Zwar betont die Strategie die alten Konzernklagerechte (Investor-to-State-Dispute Settlement – ISDS) schrittweise durch das halbherzig reformierte Investment Court System (ICS) zu ersetzen, wie dieses Ziel erreicht werden soll wird aber nicht erläutert. Davon abgesehen beseitigt die ISDS-Reform die grundlegenden Probleme der Konzernklagerechte nicht.[2] Dies ist problematisch, da die EU in den kommenden Jahren mit einer Vielzahl von Staaten bilaterale Freihandelsabkommen verhandeln will und diese sehen alle die Einbeziehung von Konzernklagerechten vor. Geplant sind konkret Verhandlungen mit Australien, Neuseeland, Hong Kong, Taiwan, Mexiko, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sowie bilaterale Investitionsschutzabkommen mit afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten. Eine lange Liste und von einer Einschränkung der Konzernklagerechten kann trotz der großen öffentlichen Kritik also keine Rede sein.

Transparenz: Gemischte Bilanz

Transparenz in der EU-Handelsstrategie hat sich Malmström ja von Beginn an auf ihre Fahnen geschrieben. Ein gutes Jahr nach ihrem Amtsantritt lässt sich aber eine sehr gemischte Bilanz ziehen. Zwar gibt es vereinzelte Fortschritte und teilweise werden EU-Positionspapiere veröffentlicht. Aber im Großen und Ganzen bleiben diese rein oberflächliche Kosmetik, so lange nicht alle Verhandlungstexte öffentlich gemacht werden. Erst kürzlich hat die Kommissarin Parlamentariern den Zugang zu Verhandlungstexten entzogen, nachdem es vereinzelt zu Leaks – inoffiziellen Veröffentlichungen von Dokumenten – gekommen war. Ein transparentes, partizipatives Vorgehen sieht anders aus. Wenn dieses Vorgehen auch mit der neuen Handelsstrategie fortgeführt werden soll, dann kann das Zeugnis kaum befriedigend ausfallen.

Hoch auf der Agenda: Regulatorische Kooperation

Ein weiterer Trend in Brüssel, der sich auch in der Handelsstrategie wieder findet: die völkerrechtliche Verankerung von Regulierung und Gesetzgebung in Handelsabkommen. Die EU will regulatorische Kooperation offensiv verwenden, um Handelsinteressen durchzusetzen. Von „less red tape", also weniger Bürokratie, verspricht sich die Kommission einen Abbau von Handelsbarrieren, die aber zumeist auf Kosten unserer hohen Verbraucher- und Umweltschutzstandards gehen. Diese sind zwar zum Nutzen der VerbraucherInnen und der Umwelt, kosten die handeltreibenden Konzerne aber Geld.

Es bleibt alles beim Alten

Auch wenn sich die Strategie in ihrer Rhetorik gut liest und die Kommission offenbar bemüht ist, auf die große öffentliche Kritik an ihrer Politik der vergangenen Jahre zu reagieren, bleibt die Strategie doch oberflächlich. Das Hauptziel der europäischen Handelspolitik ist unverändert Marktöffnung zur Wachstumssteigerung.

Die Ziele einer gerechten und nachhaltigen Handelspolitik, wie wir sie im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, werden hingegen kaum adressiert: Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung des Klimawandels oder Ernährungssicherung.

Zwar nennt die Strategie auch nachhaltige Entwicklung und Einhaltung der Menschenrechte als Ziele, erklärt aber nicht, wie diese verbindlich verwirklicht und eingehalten werden sollen.

Alessa Hartmann

Die Autorin ist Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e. V. und Koordinatorin der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 Vgl. Trade4All – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/new-trade-strategy/.

2 Vgl. Analyse von TTIPunfairHandelbar, PowerShift und Campact: Investitionsschutz in TTIP: Kommission verweigert Systemwechsel – Halbherzige Reformen sollen massive Ausweitung des weltweiten Investitionsschutzes rechtfertigen, Oktober 2015. http://power-shift.de/?p=5815.

© World Trade Organization / flickr.com (BY-SA 2.0)

World Trade Organization – Verhandlung im WTO Public Forum 2015

MIT ZWANZIG IN DER MIDLIFE CRISIS

Die Welthandelsorganisation WTO sucht nach ihrer Rolle

Der zwanzigste Geburtstag der WTO, der mit der zehnten Ministerkonferenz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi endet, bietet wenig Anlass zum Feiern. Um das bislang wichtigste Projekt der WTO, die Doha-Runde (auch Doha Development Agenda) wird so heftig gestritten wie, wie selten zuvor. Erstmals wird gefordert, das Scheitern der Verhandlungen offiziell festzustellen und die Doha-Runde praktisch ergebnislos abzubrechen. Und das ausgerechnet von den Mitgliedsstaaten, die Mandat und Verhandlungsbeginn geprägt und durchgesetzt haben: USA, EU und Japan. Eine große Mehrheit der Entwicklungsländer will dagegen die Doha-Runde fortsetzen, um vor allem ihren entwicklungspolitischen Anspruch einzulösen.

Diese Konfliktlinien sind zumindest mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der Doha-Runde überraschend. Nachdem der Versuch der führenden Industriestaaten (USA, EU, Japan und Kanada) 1999 in Seattle eine „Millennium-Runde“ zur weiteren umfassenden Liberalisierung zu starten gescheitert war, wurde das Projekt zur WTO-Konferenz 2001 in Doha in „Entwicklungsrunde“ umbenannt. Die neue Präambel des Verhandlungsmandats verspricht, die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum zu stellen, aber die eigentlichen Themen und Ziele wurden weitgehend aus dem Millenniumsrundenvorschlag übernommen. Insbesondere sollten die Kompetenzen der WTO auf Investitionen, Wettbewerbsrecht, öffentliche Beschaffung und Trade Facilitation erweitert werden. Die Mehrheit der Entwicklungsländer lehnte das bereits in Doha ab, konnte aber vor allem durch den Appell an den internationalen Zusammenhalt nach den damals gerade erst zwei Monate zurückliegenden Anschlägen auf das World Trade Center in New York und einigen Formelkompromissen dazu bewegt werden, zuzustimmen.

Schon bei der Ministerkonferenz im mexikanischen Cancun zwei Jahre später wandten sich die nun besser organisierten und durch den Beitritt Chinas entscheidend gestärkten Entwicklungsländer erneut gegen Verhandlungen zu den neuen Themen, was zunächst zum Scheitern der Konferenz führte. Im Anschluss wurde das Verhandlungsmandat angepasst und nur Trade Facilitation als neues Thema beibehalten. In den folgenden Verhandlungen koordinierten sich Schwellen- und Entwicklungsländer und vertreten gemeinsame Positionen. Sie gewannen so mehr Einfluss auf die Verhandlungen, ohne das grundsätzlich auf Liberalisierung abzielende übrige Doha-Mandat grundlegend verändern zu können oder – teils auch – zu wollen. Stattdessen streben sie im Rahmen eines allgemeinen Zoll- und Subventionsabbaus, der die meisten Sektoren und Produkte betreffen würde, zusätzliche Flexibilitäten an. So bieten sie an, die Obergrenzen der Zölle für Landwirtschafts- und Industriegüter deutlich zu senken, wollen

aber im Gegenzug für einige für Ernährungssicherheit und den Lebensunterhalt von KleinbäuerInnen wichtige Produkte bessere Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten schaffen. Industriestaaten sollen dagegen ihre Zölle deutlich stärker abbauen und den als „handelsverzerrend" definierten Teil der Agrarsubventionen drastisch reduzieren.

Diese Verhandlungslinien wurden in den Beschlüssen der WTO-Konferenz in Hongkong 2005 weitgehend übernommen und bilden seither die Grundlage aller Textentwürfe für ein Abkommen zum Abschluss der Doha-Runde. Die Mehrheit der Entwicklungsländer sah daher die Möglichkeit, entwicklungspolitisch nötige Anpassungen der WTO-Abkommen gegen aus ihrer Sicht vertretbare Zugeständnisse bei der weiteren Liberalisierung zu erreichen. 2008 wäre der Abschluss der Runde fast gelungen, scheiterte aber an der Weigerung der USA, ihre Agrarsubventionen so stark wie gefordert zu senken, und gleichzeitig zu akzeptieren, dass Entwicklungsländer bestimmte Agrarprodukte besser schützen könnten.

Aufwind aus Bali verpufft rasch

Diesem Scheitern folgte eine jahrelange Blockade der Verhandlungen. Erst die neunte Ministerkonferenz 2013 in Bali brachte wieder etwas Bewegung. Dort wurde keine Einigung auf alle umstrittenen Themen versucht, sondern nur auf Aspekte, die relativ konsensfähig waren. Ergebnisse waren ein neues Abkommen zu Trade Facilitation und eine Übergangslösung für die Regelung von internen Nahrungsmittelhilfeprogrammen in Entwicklungsländern, die es vor allem Indien erlaubt, bestehende Ausgabengrenzen zu überschreiten, um ein neues Programm einführen zu können.

Zugleich wurde beschlossen, einen Fahrplan für die weiteren Verhandlungen und letztlich den Abschluss der Doha-Runde zu entwickeln, der dann in Nairobi beschlossen werden sollte. Bis dahin sollten auch die Regeln für inländische Nahrungsmittelhilfeprogramme so geändert werden, dass diese in allen Entwicklungsländern leichter ausgebaut werden könnten.

An beidem sind die WTO-Mitglieder gescheitert. Entscheidender Konfliktpunkt war, ob die Verhandlungen auf Basis des 2008 erreichten Stands fortgesetzt werden sollten. Immerhin hatte es damals eine Einigung fast aller Länder, insbesondere auch der Entwicklungsländer, gegeben, deren Anliegen und Interessen laut Doha-Mandat im Zentrum der Verhandlungen stehen sollten. Die USA forderten dagegen zunächst eine „Rekalibrierung" der Verhandlungen – Agrarsubventionen und Zölle sollten weniger stark und nicht mehr nach einer allgemeinen Formel reduziert werden. Forderungen und Angebote der einzelnen Mitgliedsstaaten sollten stattdessen die Grundlage für neue Verpflichtungen bilden. Hintergrund ist das erst 2014 beschlossene US-Landwirtschaftsgesetz, mit dem die in der WTO unbegrenzt zulässigen produktionsunabhängigen Direktzahlungen abgeschafft und stattdessen Programme zum Ausgleich von Preisschwankungen und Einkommenseinbußen ausgeweitet werden. Damit schöpfen die USA die in der WTO geltende Obergrenze für handelsverzerrende Subventionen voll aus. Ein Abschluss der Doha-Runde auf Grundlage des Verhandlungsstands von 2008 würde diese Obergrenze deutlich senken, und die USA folglich zwingen, ihr Landwirtschaftsgesetz wieder zu ändern. Dagegen wären weder die EU noch die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer zu großen Anpassungen gezwungen, da Zölle und Subventionen deutlich unter den derzeit geltenden Obergrenzen liegen. Die Klage der USA, dass der bisherige Verhandlungsstand sie einseitig benachteilige, ist also nicht gerechtfertigt. Schon gar nicht in einer Verhandlungsrunde, die den Anspruch einer „Entwicklungsagenda" erhebt. Da sollte es einen großen Unterschied machen, ob wie in Indien und China einige hundert Millionen KleinbäuerInnen unterstützt werden, die darum kämpfen, die Armut zu überwinden, oder wie in den USA Subventionen an zwei Millionen Farmer mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 175 ha ausgezahlt werden.

Nachdem klar geworden ist, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer die „Rekalibrierung" nicht akzeptieren, fordern die USA mit Unterstützung der EU und Japans nun, die Doha-Runde insgesamt zu beenden. Die EU versucht dies mit Unterstützung Brasiliens und anderer noch durch ein gesichtswahrendes Mini-Paket aufzuhübschen, das neben wohlklingenden, aber letztlich unverbindlichen Zusagen für die ärmsten Entwicklungsländer (LDC), auch das endgültige Verbot von Exportsubventionen für Agrargüter enthalten würde. Das fällt ihr relativ leicht, da sie seit einigen Jahren keine Exportsubventionen mehr gewährt und ihr wichtigstes Instrument zur Unterstützung der Landwirte – die flächengebundenen Direktzahlungen unberührt blieben.

SDGs ignoriert

Dass die großen Industriestaaten nun so offen auf das Ende der Doha-Runde setzen, widerspricht diametral ihren erst im September gefassten Beschlüssen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG). Dort wird in Ziel 17 zu den Mitteln der Umsetzung und der Globalen Partnerschaft gefordert, ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem unter anderem durch Abschluss der Verhandlungen der Doha-Entwicklungsagenda voranzubringen. Man mag den tatsächlichen Beitrag der Doha-Runde zu den SDG bewerten, wie man will. Dass EU, Japan und die USA nach gerade einmal acht Wochen ohne weitere Erklärung das Gegenteil dessen fordern, was sie in New York beschlossen haben, wirft kein gutes Licht auf die interne Kohärenz und den Stellenwert der SDG für ihre Politikgestaltung insgesamt.

Da die Entwicklungsländer einmütig fordern, die Doha-Runde fortzusetzen, bieten die Industriestaaten nun in einer neuen Wendung an, auch nach Nairobi weiter zu verhandeln. Allerdings nur unter der Bedingung, dass die großen Entwicklungsländer auf das Prinzip der „besonderen und bevorzugten" Behandlung verzichten – also Zölle- und Subventionen genauso schnell abbauen wie die Industriestaaten. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie dies, oder das Ende der Doha-Runde in Nairobi wirklich durchsetzen können ist gering. Die Frage ist vor allem, ob es gelingt, einen Formelkompromiss zu finden oder ob die WTO ihre Liste von gescheiterten Ministerkonferenzen fortführt.

Tobias Reichert

Der Autor ist Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

DIE HERAUSFORDERUNG DER WTO-VERHANDLUNGEN

Wie die entwickelte Welt Ernährungssicherheit behindert

Mehr als ein Drittel der 1,25 Milliarden Menschen in Indien leben in Städten. Während dies einerseits für 400 Millionen Menschen Zugang zu Jobs und Dienstleistungen bietet, bewirkt ein hoher Grad an städtischer Armut auch, dass die Bereitstellung von Nahrungsmitteln schwierig bleibt, besonders da die Preise für Nahrungsmittel zunehmend schwanken. Das Nahrungssicherheitsgesetz (National Food Security Act, NFSA) wurde 2013 vom indischen Parlament verabschiedet, um das Grundrecht auf Nahrung zu gewährleisten. Eines der Kernprogramme des NFSA ist das staatliche Verteilungssystem (Public Distribution System, PDS).

Das PDS räumt 50 % der städtischen und 75 % der ländlichen Bevölkerung Indiens einen Rechtsanspruch auf subventionierte Nahrungsmittel ein. Nahrungsgetreide (Reis, Weizen und Hirse) wird zur Erntezeit im größten staatlichen Anteilseigner-Programm über einen Mindestpreis-Mechanismus von den Bauern und Bäuerinnen angekauft und dann an die Armen verteilt. Das Mindestpreis-Programm garantiert den Bäuerinnen und Bauern einen die Produktionskosten berücksichtigenden Preis, um Panikverkäufe an PrivathändlerInnen zu vermeiden. Dies hilft nicht nur armen VerbraucherInnen in Stadt und Land durch den Zugang zu subventionierten Nahrungsmitteln, sondern stabilisiert auch die Verkaufspreise für die Bäuerinnen und Bauern während der Erntezeit, wenn sehr viel Nahrungsgetreide auf den Markt kommt.

Indiens (institutioneller) Kampf um Nahrungssicherheit

Indiens staatliches Anteilseigner-Programm wurde von den USA, der EU und anderen entwickelten Ländern in Frage gestellt mit der Begründung, es sei wettbewerbsverzerrend und verletze die Agrarvereinbarung, die im Rahmen der Uruguay-Runde von den Mitgliedsstaaten verabschiedet worden ist. Dieser Vorwurf wurde vor der Bali-Ministerrunde erhoben und dadurch gelöst, dass Indien die Unterzeichnung der Handelserleichterungs-Vereinbarung nach Bali wegen des ungenügenden Fortschritts bei der Ernährungssicherheit ablehnte, obwohl eine „Friedens-Klausel" aufgenommen werden sollte, die es Indien gestattet hätte, seine Programme im Rahmen des NFSA fortzusetzen. Im Weiteren sicherte Indien sich eine Zusage der entwickelten Länder, bis zum Dezember 2015 eine endgültige Lösung zu erreichen.

Die entwickelten Länder blockieren die Bemühungen des globalen Südens

Nun, da die Nairobi-Ministerrunde sich ihrem Ende zuneigt, macht die fortgesetzte Unnachgiebigkeit der USA, der EU und anderer entwickelter Staaten jedoch klar, dass sie nicht daran interessiert sind, den Entwicklungsländern eine dauerhafte Lösung anzubieten. Das die entwickelten Ländern die Doha-Runde nicht fortsetzen wollen, ist eindeutig ein Schritt zurück, denn diese war ein Eckstein für die Anliegen der Entwicklungsländer nach der Nairobi-Ministerrunde, in der die Handelsminister aller WTO-Mitgliedsstaaten im Dezember zusammenkommen werden, um über die Entwicklungs-Agenden der WTO zu verhandeln. Die Doha-Runde befasst sich hauptsächlich mit dem Entwicklungsprogramm der WTO-Mitgliedsstaaten, einschließlich einiger für alle Entwicklungsländer wichtiger Punkte, etwa Agrarsubventionen, besonderer Absicherungs-Mechanismen und Ernährungssicherheit.

110 Entwicklungsländer haben ihren Wunsch, die Doha-Runde fortzusetzen bevor sie sich mit neuen Angelegenheiten befassen, bekräftigt. Aber eine Handvoll entwickelter Länder, angeführt von den USA und der EU, blockieren weiterhin jeden bedeutsamen Dialog über die noch anhängigen Punkte der Doha-Runde, besonders diejenigen, die Agrarsubventionen, Ernährungssicherheit und besondere Absicherungs-Mechanismen betreffen.

Die Heuchelei der entwickelten Welt wird, wieder mal, beim Nairobi-Treffen aufgedeckt werden, wo die USA, die EU, Japan, Kanada, Australien und andere entwickelte Staaten zulassen werden, dass die Interessen der Agrarwirtschaft und der multinationalen Konzerne höhergestellt werden, als das Anliegen nach Ernährungssicherheit für einige der ärmsten Länder der Welt.

Biraj Patnaik

Der Autor ist Chefberater im Büro der Kommission des Obersten Gerichts für das Recht auf Nahrung. Dieser Artikel spiegelt seine persönliche Meinung wider.

Aus dem Englischen von Raphael Ferres.

© Light Brigading/ flickr.com (BY-NC 2.0)

Es gibt keinen Planeten B

PARIS KANN NUR DER ANFANG SEIN

Bericht zur Weltklimakonferenz in Paris

Die 21. Weltklimakonferenz in Paris wurde als das größte diplomatische Ereignis der Welt bezeichnet, an dessen Ende die Verabschiedung eines global verbindlichen Klimavertrages stehen sollte. Nicht zuletzt durch die weltweiten Proteste einer wachsenden Klimabewegung ist dies gelungen.

Im Dezember schaute die Welt nach Paris. Denn innerhalb von knapp zwei Wochen wurde über nichts Geringeres als das Klima verhandelt. Nach einigen Verlängerungen und nächtlichen Verhandlungsrunden stand schließlich fest: Die Welt hat sich auf einen global verbindlichen Klimavertrag geeinigt. Der Vertrag sieht vor, die Erderwärmung bis zum Jahr 2100 auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Zugleich ist festgehalten, dass die Begrenzung von 1,5 Grad als Obergrenze angestrebt wird.

Der Bericht des Weltklimarats hat gezeigt, dass die Einhaltung dieser Temperaturobergrenzen eine vollständige Umstellung der globalen Energiesysteme erfordert. Nur wenn mindestens 80 % der weltweiten fossilen Ressourcen im Boden bleiben, kann der Klimawandel gebremst werden. Der Begriff der Dekarbonisierung, also der vollständige Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien, hat sich in den Verhandlungen jedoch nicht durchsetzen können. Im Text steht nun, dass in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein Gleichgewicht erreicht werden soll zwischen dem Ausstoß von Treibhausgasen und deren Absorption. Diese Formulierung hält eine Hintertür offen für fossile Energien, sofern diese wieder aus der Luft entfernt werden. Umso wichtiger ist es, die Formulierung so zu interpretieren, dass sie tatsächlich als Startsignal für die globale Energiewende und den Ausstieg aus fossilen

Brennstoffen bis spätestens zur Mitte dieses Jahrhunderts verstanden wird.

Paris sendet das Signal zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas

Nun kommt es auf die Staaten an, zu Hause die richtigen Weichen zu stellen und die nationalen Klimaschutzambitionen kontinuierlich anzuheben. Denn das Pariser Abkommen kann nur so gut sein wie seine nationale Umsetzung. Die im Vorfeld von Paris eingereichten freiwilligen nationalen Klimaschutzpläne würden in ihrer bisherigen Ausgestaltung die Welt zu einer Erwärmung von 2,7 bis 3,5 Grad führen. Das ist bei Weitem nicht genug. Denn bereits bei einem Anstieg von 2 Grad bis zum Jahr 2100 ist mit massiven Folgen für Ökosysteme und Gesellschaften zu rechnen. Der Vertrag sieht daher eine Überprüfung und Anhebung der Klimaschutzambitionen alle fünf Jahre vor. Ein sehr entscheidendes Element innerhalb des Textes – schließlich legt es den Grundstein für eine Klimaschutzpolitik, die darauf basiert, stets ambitionierter werden zu müssen.

Ebenfalls positiv zu verzeichnen ist, dass in Paris ein umfassendes Paket zur Solidarität mit besonders vom Klimawandel Betroffenen auf den Weg gebracht wurde. Dazu gehören insbesondere ausreichende Finanzierungszusagen von den Industrieländern und die Verankerung des Themas „Schäden und Verluste“ im Abkommen.

Die Zivilgesellschaft zeigt rote Linien auf

Begleitet wurden die Klimaverhandlungen durch lautstarke weltweite Proteste der globalen Klimabewegung. Zu Beginn der Konferenz gingen hunderttausende Menschen auf allen Kontinenten Im Rahmen des Global Climate March auf die Straße. Sie forderten den schnelleren Ausbau von erneuerbaren Energien und ein Ende des fossilen Zeitalters.

In Paris selber wurden jegliche Demonstrationen nach den verheerenden Terroranschlägen vom 13. November von den Behörden verboten. Die Zivilgesellschaft trug den Protest trotz des Verbots mit kreativen Aktionsformen auf die Straße. So wurden am 29. November statt des Klimamarsches 20.000 Paar Schuhe auf dem Platz der Republik in Paris aufgestellt als Symbol der Solidarität mit den Menschen, denen das Demonstrieren verboten worden war. Selbst UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und Papst Franziskus ließen dort Schuhe von sich aufstellen. Zudem fand in der französischen Metropole eine kilometerlange Menschenkette statt. Tausende reichten einander auf den Gehsteigen der Innenstadt die Hände, um gemeinsam für eine Begrenzung der Erderwärmung zu demonstrieren.

Zum Ende der Klimaverhandlungen eroberten am 12. Dezember erneut tausende Klimaaktivistinnen und -aktivisten trotz des Kundgebungsverbots friedlich die Straßen von Paris – begleitet durch weltweite Solidaritätsaktionen. Gemeinsam formten sie rote Linien, die symbolisch für die Dringlichkeit des Klimaschutzes stehen und nicht überschritten werden dürfen. In zwei Schweigeminuten wurde zudem der Opfer des Klimawandels gedacht, dessen Folgen bereits heute deutlich spürbar sind und besonders die Menschen in den ärmsten Ländern treffen.

Die Bundesregierung muss jetzt den Kohleausstieg beschließen

Der Auftrag an die Bundesregierung ist mit der Verabschiedung des Pariser Abkommens klar: Raus aus Kohle, Öl und Gas. Denn zwar hat sich Deutschland vorgenommen, bis zum Jahr 2020 40 % und bis 2050 80 – 95 % Treibhausgase einzusparen. Doch diese Zielmarken reichen nicht aus, um Deutschland auf den 2-Grad-Pfad zu bringen. Doch nicht nur das: Selbst die eigenen Berater konstatierten der Bundesregierung jüngst, dass Deutschland nach derzeitigem Stand das 2020-Ziel verfehlen dürfte.

Vor allem bei der Kohle besteht großer Handlungsbedarf. Denn statt eines Klimabeitrags auf die ältesten und schmutzigsten Kohlekraftwerke, hat das Kabinett im November beschlossen, den Energiekonzernen Milliarden dafür zu geben, dass sie dreckige Kohlemeiler als Reserve vorhalten. Die Rechnung müssen die Stromkunden zahlen. Die Reserve reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um einen relevanten Anteil der aus der Kohleverstromung stammenden CO_2-Emissionen zu senken. Was es jetzt braucht, ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einem Kohleausstieg bis spätestens 2040.

Bei der Energieeffizienz kommt Deutschland ebenfalls nicht recht voran. Das Potenzial von Effizienzmaßnahmen als Beitrag zum Klimaschutz wird bisher immer noch nicht ausgeschöpft. Ein Jahr nach dem Beschluss des NAPE, des „Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz“, hinkt Deutschland den gesetzten Zielen deutlich hinterher.

Im Verkehrssektor sieht es ähnlich aus. Damit die Bundesregierung ihre Klimaziele erreichen kann, muss es eine radikale Wende in der Verkehrspolitik geben. Im Personen- und Güterverkehr müssen neben technischen Maßnahmen zur Verringerung des Energiebedarfs vor allem Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel ergriffen werden.

Doch nicht nur im Energiesektor sind jetzt Weichenstellungen nötig. Wenn Deutschland seinen Klimaschutzverpflichtungen nachkommen möchte, muss auch die Landwirtschaft stärker als bisher in die Verantwortung genommen werden. Schließlich ist die Landwirtschaft nach dem Energiesektor der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen in Deutschland.

Das alles macht deutlich: Paris ist ein klarer Auftrag an die Bundesregierung, nachzuarbeiten und eine ökologische und sozial gerechte Transformation unseres Wirtschaftssystems jetzt einzuleiten.

Christiane Hildebrandt

Die Autorin ist Referentin für Internationale Klimapolitik bei der Klima-Allianz Deutschland

SEKTOR MIT SPEZIELLEN BEDÜRFNISSEN

Land im Klimaabkommen

Laut dem Weltklimarat (IPCC) stammen rund ein Viertel der globalen Emissionen aus dem Landsektor – jeweils zur Hälfte aus Entwaldung und Landwirtschaft. Gemäß IPCC hat der Landsektor ein Potential, bis 2030 Emissionen in Höhe von 20–60 % einzusparen. Pro Minute verliert die Erde 24 Fußballfelder große Flächen an Wald. Wenn dieser Entwaldungstrend nicht aufgehalten werden kann, droht der Erde ein Verlust von 170 Millionen Hektar Wald – eine Fläche so groß wie Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal zusammen. Die Tropenländer Brasilien und Indonesien gehören allein aufgrund der hohen Emissionen durch Entwaldung zu den sieben größten CO_2-Emittenten weltweit. Kurzum, es ist unerlässlich, die Emissionsquellen aus diesem Sektor anzugehen, will man die globale Temperaturerwärmung unter 1,5 Grad halten.

Weltweit sind rund 1,6 Milliarden Menschen vom Wald abhängig, insbesondere in den tropischen Ländern des globalen Südens. Landwirtschaft schafft Lebensgrundlage für 70 % der ärmsten Menschen der Welt. Fakt ist deshalb, dass Klima-Aktivitäten im Landsektor, insbesondere im Bereich der Emissionsminderung, Auswirkungen auf Menschen und die Umwelt haben können. So gilt es, die Ernährungssicherung, Landrechte und die ökologische Integrität zu schützen und zu wahren. Doch sowohl industrielle Landwirtschaft als auch Fläche für den Anbau von Biokraftstoffen nehmen Kleinbauern und -bäuerinnen die Lebensgrundlagen. Ein neues, noch völlig unklares Risiko ist die Einführung der noch nicht erprobten Biotechnologie BECCS, die bereits durch den IPCC als Klimatechnologie anerkannt wurde. Dabei werden Energiepflanzen verbrannt, das entstehende CO_2 abgeschieden und unterirdisch gespeichert.

Keine Klimaschlupflöcher

Innerhalb der Berichterstattungen und der Anrechnung über Emissionen aus dem Landsektor verbergen sich viele Schlupflöcher, die alles andere als klimasicher sind. Das Zusammenspiel von menschengemachten Emissionen und Naturereignissen sowie die Tatsache, dass der Landsektor eine Emissionsquelle und Kohlenstoffsenke ist, erfordert besondere Erfordernisse bezüglich der Frage wie Länder über diese landsektorbasierten Emissionen berichten und sich diese anrechnen. Insbesondere soll eine Bilanzierung von natürlichen Senken („Negativ-Emissionen") und Emissionen aus dem Energiesektor vermieden werden, da vor allem in diesem Sektor die Emissionen reduziert werden sollen.

REDD+

Anders als im Landwirtschaftssektor, welcher aufgrund starker Vorbehalte zugunsten von Ernährungssicherung und den Schutz von Landrechten keine Erwähnung im formellen Verhandlungskontext findet, ist das Minderungsinstrument für erfolgreichen Waldschutz in den Ländern des globalen Südens, REDD+, seit Juni 2015 fertig verhandelt. Nach diesem werden die Länder pro Tonne nachgewiesene Emissionsreduktion durch erfolgreiche Waldschutzaktivitäten entlohnt. Dieser nationale Mechanismus soll auch in Zukunft aus zahlreichen Quellen finanziert werden: Öffentlich, privat, bilateral, multilateral, fondsbasiert und marktbasiert. Viele Länder des globalen Südens wollen, dass REDD+ Verankerung im neuen Abkommen findet, um ein starkes politisches Signal zu senden.

Waldschutz ist eines von sieben prioritären Themen unter der französisch-peruanischen Aktionsagenda bis 2020, die in Lima ins Leben gerufen wurde. Idee dieser Agenda ist es, verschiedene Akteure der Regierungen, Zivilgesellschaft und des Privatsektor zusammenzubringen und starke Klimaallianzen zu bilden und zu finanzieren. Dieser Prozess hat in Paris große internationale und prominente Aufmerksamkeit genossen. So hat zum Beispiel die deutsche Bundesregierung zusammen mit Norwegen und Großbritannien zugesagt, für REDD+ 5 Milliarden USD bis 2020 bereitzustellen. Weiterhin wurde im Rahmen des „Global Landscape Forum" die Afrikanische Initiative AFR100 ins Leben gerufen, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2030 100 Millionen Hektar Wälder in Afrika wiederherzustellen. In Paris haben einige afrikanische Länder zugesagt, insgesamt mehr als 30 Millionen Hektar degradierte Flächen wiederherzustellen. Insgesamt soll die Initiative eine Milliarde USD Entwicklungsfinanzierung bereitstellen, wovon über 500 Millionen USD durch den Privatsektor zur Verfügung gestellt werden sollen.

The Missing Link

Auch beim Thema Klimaschutz sind sich viele einig: Die Wälder dieser Welt müssen geschützt und wiederhergestellt werden. Zusammen mit vielen unterschiedlichen Akteuren soll dies weiter vorangetrieben werden und jeder muss seinen eigenen Beitrag dazu leisten. Finanzierung für REDD+, entwaldungsfreie Lieferketten, Renaturierung von Wäldern – dies sind die Themen der Klimakonferenz in Paris. Doch die Ambitionen außerhalb des Verhandlungsprozesses müssen sich in konkrete Vertragssprache niederschlagen. Gleichzeitig müssen aber auch Kriterien wie ökologische Integrität oder Prinzipien wie Ernährungssicherheit und Menschenrechte überprüfbare Grundlage aller angekündigten Zusagen und Versprechen für Waldschutz sein. Kurzum, die Prozesse müssen sich gegenseitig befruchten. Die Lima-Paris-Agenda muss Triebfeder für ambitioniertere nationale Klimaschutzziele für die Zeit nach 2020 werden.

Hermine Kleymann

Die Autorin arbeitet für den WWF Deutschland zu REDD+ Politik.

KLIMAMIGRATION

Wenn der Klimawandel Menschen zwingt, ihre Heimat zu verlassen – Interview mit Jan Kowalzig von Oxfam Deutschland

Immer mehr Menschen sind auf der Flucht und kommen dabei auch nach Deutschland. Im Kontext der Auseinandersetzung fällt auch immer wieder der Begriff des Klimaflüchtlings. Doch Migration infolge des Klimawandels, das ist etwas anderes als eine Fluchtbewegung. Worum geht es genau und was hat das mit uns zu tun?

Bitte definieren Sie den Begriff Klimaflüchtling.
Das kann man nicht definieren. Der Begriff Flüchtling ist international völkerrechtlich definiert durch die Genfer Flüchtlingskonvention. Dass jemand flieht vor dem Klima, das kommt halt vor, aber das ist international kein fester Begriff. Klimaflüchtling erweckt den Eindruck, dass es sich um eine Fluchtbewegung, also plötzliches, überstürztes Abwandern oder Fliehen handelt. Das ist nicht der Fall. Die viel größeren Bewegungen sind Migrationsbewegungen, weil der Klimawandel die Menschen zur Aufgabe ihrer Heimat zwingen kann. Ich würde also eher von durch Klimawandel erzwungene Migration sprechen.

Woher kommen die meisten?
Das kann man auch nicht so genau sagen, weil der Klimawandel selber nicht die Ursache für die Migration ist, sondern andere Treiber verstärkt. Wer seine Heimat aufgibt, tut das aus ganz unterschiedlichen Gründen: Weil er sozial marginalisiert ist, weil er politisch diskriminiert ist, weil er wirtschaftlich keine Chancen hat. Die meisten ziehen vom Land in die Stadt im selben Land, selten geht es über die Landesgrenze, und noch viel weniger über Kontinente hinweg. Ein Grund für die Migration ist etwa die europäische Agrarpolitik, die den Leuten in Afrika die Landwirtschaft kaputt macht, oder es sind die Fischereiflotten aus Europa, die in Westafrika die Meere leer fischen und den Menschen dort die Lebensgrundlagen zerstören. Es ist ein Sammelsurium von Faktoren, die dazu führen, dass ein Mensch sagt, ich kann hier kein Leben in Würde mehr führen, ich komme hier nicht aus der Armut raus, und deswegen gehe ich dahin, wo ich glaube, dass ich das bekommen kann. Dieses Recht kann ihnen keiner verwehren.

Wie viele Klimamigranten gibt es Ihrer Schätzung nach?
Die Zahlen gehen sehr weit auseinander. Sie fangen an bei 50 Millionen Menschen, die pro Jahr von diesem Phänomen betroffen sein werden, bis hin zu einer Milliarde. Wir reden nicht von heute oder morgen, wir reden von in einigen Jahrzehnten. Das kommt sehr darauf an, wie stark sich der Klimawandel entwickeln wird, was direkt davon abhängt, wie viel Klimaschutz wir betreiben. Es kommt auch darauf an, wie viel Unterstützung die armen Länder bekommen, um sich an den Klimawandel anzupassen.

Welches sind die Hauptgründe für klimabedingte Flucht?
Bei Migration ist es grundsätzlich die Erosion der Lebensgrundlagen. Da kann man dann überlegen, was trägt der Klimawandel dazu bei. Bei Fluchtbewegungen sind es die Katastrophen, die das konkret auslösen. Migration hat an jedem Ort andere Ursachen. Zum Beispiel zunehmende Dürren, die die Landwirtschaft unmöglich machen, sodass die Menschen kein Auskommen mehr haben. Oder woanders die Wasserknappheit, dass es einfach nicht mehr genug zu trinken gibt, oder das Vieh nicht mehr getränkt werden kann. In Küstengebieten kann Meerwasser ins Grundwasser eindringen, und das Trinkwasser versalzt. Es kann sein, dass knapper werdende Ressourcen zu Konflikten führen, die die Menschen in die Flucht treiben.

Was ist zu tun, damit nicht noch mehr Menschen aufgrund des Klimawandels oder anderer Naturzerstörungen entwurzelt werden?
Jeder Mensch hat das Recht, abzuwandern, wenn er das gern tun möchte, wenn er glaubt, er habe woanders bessere Chancen. Zu überlegen, was können wir tun, dass möglichst wenige nach Europa kommen, halte ich für unangemessen. Das Problem Klimamigration muss man ganzheitlich angehen. Also erstens möglichst viel Klimaschutz, damit wir möglichst wenig Klimawandel haben – da ist die Zwei-Grad-Schwelle ganz wichtig. Gerade in Europa und Deutschland müssen wir wesentlich mehr dafür machen, damit das Szenario eines unbeherrschbaren Klimawandels nicht eintritt. Zweitens, da wir den Klimawandel nicht mehr ganz aufhalten können, sondern nur noch begrenzen, müssen wir den Ländern vor Ort ausreichend Unterstützung anbieten, sich an den Klimawandel anzupassen. Das heißt, dass sie mit veränderten Niederschlagsmustern umgehen können, mit zunehmenden Unwetterkatastrophen, dass sie da Risikovorsorge betreiben. Wenn das beides nicht mehr funktioniert, und sich die Menschen auf Wanderschaft begeben, müssen sie darin unterstützt werden, damit die Migration sie nicht in eine Abwärtsspirale treibt. Die klimabedingte Migration muss auch völkerrechtlich besser geschützt werden. Die Menschen müssen einen Status bekommen, aus dem sich Rechte ableiten. Dieser letzte Aspekt betrifft vor allem diejenigen, man könnte sie vielleicht Klimaexilanten nennen, die dauerhaft nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, weil diese nicht mehr existiert, etwa kleine Inselstaaten.

Das Interview führte Marion Busch mit Jan Kowalzig

Jan Kowalzig ist Referent für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam Deutschland.
Marion Busch ist Redakteurin der umwelt-aktuell beim Deutschen Naturschutzring.

Eine längere Version des Interviews erschien in *umwelt-aktuell 11.2015.*

© Stig Nygaard/ flickr.com (BY 2.0)

Wasserquelle in Mozambique

NACHHALTIGKEIT UND POLITIK

Erfahrungen aus Mosambik

Nachhaltigkeit und Biodiversität sind zu allgegenwärtigen Schlagwörtern geworden und stehen auf der Agenda tausender internationaler Organisationen. Eine kollektive ökologische Sensibilität scheint vorzuherrschen: Es ist obligatorisch geworden, „Nachhaltigkeit" zu unterstützen und heute schon das Morgen mitzudenken – sowohl für internationale Organisationen in den Bereichen Umwelt und Entwicklung als auch für Staaten und ihre EinwohnerInnen. Der Begriff ist zu einer Art gemeinsamer Sprache geworden, die Verhandlungen und Interaktionen zu Grunde liegt. Nachhaltigkeit ist Bestandteil globaler Politik, sie beeinflusst als Teil der Agenda zahlreicher internationaler Organisationen Budgetentscheidungen und Projekte. Doch: Der Begriff der Nachhaltigkeit kann je nach Perspektive und Interesse der jeweiligen Stakeholder höchst unterschiedliche Bedeutungen annehmen und zu einem Teil neoliberaler Naturschutzpolitik werden, die die Umwandlung geschützter Gebiete in profitable Räume zum Ziel hat.

Eine anerkannte Definition von Nachhaltigkeit muss nicht unbedingt bedeuten, dass Empfängerländer dieses ausschließlich in Abhängigkeit der Geber nutzen: Es kann ebenso gut ein Instrument sein, das Staaten formal adaptieren und dann nutzen, um ihre eigenen Agenden zu stärken. Wie Guilhot[1] am Beispiel „Demokratie" zeigt, kann die Förderung eines Konzepts wie beispielsweise „Nachhaltigkeit" politisch unumstritten, sein konkreter Inhalt aber weit entfernt von einem Konsens sein. So wird er zum Kernpunkt für Kämpfe, in denen verschiedene Akteure ihre Positionen, Rollen und Bedeutungen zu redefinieren versuchen.

Nachhaltigkeitspolitik in Mosambik

Seit der Kolonialzeit wurden Gebiete in Mosambik „geschützt", indem lokale Bevölkerungen verdrängt und traditionelle Jagdformen als Wilderei, die Praxen der KolonialistInnen jedoch als positiv bewertet wurden.[2] Nach der Unabhängigkeit 1975 tauchen Akteure wie die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources 1948 und der WWF 1961 auf, die sich bei den neuen Staaten für auf Umweltschutz beruhendes ökonomisches Wachstum in Verbindung mit ästhetischen und ethischen Argumenten einsetzen. Nationalpark-Tourismus wird als finanzieller Glücksfall für Staaten und die lokale Bevölkerung präsentiert. Nachhaltigkeit wird von nun an direkt mit der Verwaltung geschützter Gebiete in Verbindung gesehen und soll dem dauerhaften und grünen Wachstum, aber auch dem langfristigen Schutz natürlicher Ressourcen und nachhaltiger Lebensbedingungen dienen. Modelle öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs) haben Hochkonjunktur, begünstigt durch Förderungsentscheidungen von Geberinstitutionen wie der Weltbank, USAID, NGOs und philanthropische Stiftungen. Diese unterstützen üblicherweise einen Naturschutzgedanken, der unter dem Banner von Entwicklung und Armutsreduzierung auf ökonomischer Rentabilität und Effizienz basiert. So ist das Narrativ der Nachhaltigkeit stark damit verknüpft, was als „neoliberale Umwelt(schutz)politik" (Neoliberal Conservation) bezeichnet wird.[3]

Nachhaltigkeit und neoliberale Umweltpolitik

Der Limpopo National Park (LNP) wurde 2001 gegründet und ist der mosambikanische Teil des Great Limpopo Transfrontier Park, als „Friedenspark" zwischen Südafrika, Simbabwe und Mosambik einer der größten grenzüberschreitenden Parks in Afrika, der aufgrund umstrittener Umsiedlungsprojekte in Mozambik bekannt geworden ist.

Seit der Kolonialzeit haben dort lebende Bevölkerungsgruppen im Namen nationaler „Entwicklung" Umsiedlungsprojekte erleben müssen – beispielsweise in den 1960er-Jahren, als die Kolonialregierung zu Bewässerungszwecken einen Damm im Elephant River zu bauen begann, dem mindestens 3000 Menschen weichen mussten. Das Kolonialregime erklärte das Gebiet zum Jagdrevier für portugiesische SiedlerInnen und europäische JägerInnen. Nach der Unabhängigkeit nahm die Regierungspartei Frelimo das Bewässerungsprojekt wieder auf, die Umsiedlung konnte aber aufgrund des Bürgerkriegs nicht wie geplant durchgeführt werden.

Während der Planung des LNP zu Beginn der 2000er tauchten ähnliche Umsiedlungspläne wieder auf: Den Vorgaben aus Südafrika sowie der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) und der nationalen Gesetzgebung entsprechend, sollte ein Nationalpark nicht bewohnt sein. Umsiedlung geschah nun im Namen von Biodiversität (Menschen und wild lebende Tiere können nicht nebeneinander existieren) und Nachhaltigkeit (die Umsiedlung in eine Pufferzone ist synonym mit Entwicklung und Partizipation für die dort lebende Bevölkerung, die vom Tourismus profitieren und besseren Zugang zu sozialen Dienstleistungen erhalten könnte).

Vom Umsiedlungsprojekt, das zum großen Teil von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziert und von der Peace Park Foundation (PPF) umgesetzt wird, sind 7.000 Menschen in 8 Dörfern betroffen. Das Ziel des Projekts: „Gemeinschaftsentwicklung durch nachhaltige Umsiedlung". Obwohl die Umsiedlung als freiwillig dargestellt wurde, verzögerten Proteste der Familien, aber auch Unklarheiten bei der staatlichen Regulierung die Umsiedlung. Als ich im Jahr 2011 zuletzt im NLP war, waren gerade einmal 20 von 1.600 Familien umgesiedelt worden – 2015 sollen es laut PPF 181 sein.

Nachhaltigkeit als politisches Instrument?

Auch wenn das Nachhaltigkeits-Narrativ eher neu in Mosambik ist, ähneln seine praktischen Auswirkungen oftmals denen vergangener Politiken: Restriktionen, Rechtlosigkeit, Verdrängung. Anders verpackt ist derzeit ein ganz ähnlicher Prozess im Gange, bei dem der Staat sein Territorium, Ressourcen und Bevölkerungen kontrolliert. Aufgrund finanzieller Mängel und bürokratischer Hürden tut er dies teilweise über die Weitergabe von Aufgaben an internationale Akteuren, die eigene Agenden mit einfließen lassen – das Narrativ der Nachhaltigkeit bleibt aber das Leitbild für politische Entscheidungen.

Die allgemeine Ausrichtung auf „Nachhaltigkeit" wirkt auf politische Entscheidungen in Mosambik ein. Erstens hat das Land verschiedene internationale Konventionen unterschrieben, die hiervon beeinflusst sind (das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) und die Biodiversitäts-Konvention (CBD)). Zweitens ist Nachhaltigkeit ein Schlüsselkonzept bei der Formulierung der Strategiepapiere zur Armutsreduzierung, die seit Anfang der 2000er entstehen und praktisch einen Fünf-Jahres-Plan der Regierung darstellen, der stark an Gebervorgaben und den Millenniumsentwicklungszielen orientiert ist.

Die Millenniumentwicklungsziele (MDGs) haben die staatliche Politik in Mosambik nicht wesentlich verändert – und dies werden höchstwahrscheinlich auch die neuen Ziele der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) nicht tun. Denn: Die darin vertretenen Trends sind hier schon seit den 1980ern in der Politik verankert. Sie formen trotzdem erkennbar die mosambikanische Politik: Weil sie wesentlicher Bestandteil aller Aktionspläne und Ansätze sind, und weil sie in Verhandlungen über Projekte und Budgets instrumentalisiert werden. Dies scheint ein Widerspruch, ist aber ein weitverbreitetes politisches Phänomen: Konzepte, Narrative und selbst nationale politische Programme haben hier nur eine formelle Bedeutung.

Was Umweltschutzgebiete angeht, zeigt die Analyse ihres Managements, wie ein Narrativ die Stakeholder vor Ort beeinflusst: Obwohl „Nachhaltigkeit" Partizipation und Rechtstaatlichkeit verspricht, kann es für lokale Bevölkerungsgruppen die Fortsetzung von Politiken bedeuten, auf die sie nicht viel Einfluss haben. Internationale Organisationen implementieren Konservierungsprojekte. Der Staat (lokal und zentral) profitiert von Entwicklungs-/Umweltprojekten, weil diese zur nationalen Entwicklung beitragen sollen – aber sie sind vor allem auch Teil des Projekts Staatsaufbau, in dem der Staat (im Fall Mosambiks die Frelimo) seine Kontrolle über Land, Leute und Ressourcen ausdehnt.

Da internationale Gelder an das Paradigma Nachhaltigkeit gebunden sind, hat auch der mosambikanische Staat ein Interesse an Umweltschutz unter diesem Banner. Die Gelder erlauben es, Nationalparks am Laufen zu halten, mitsamt Verwaltung, paramilitärischen Rangers, etc. Sozioökonomische Infrastrukturen wie Schulen, Gesundheitszentren und Straßen entstehen in der Folge – im Namen der Staatspartei und unter Beaufsichtigung von RegierungsvertreterInnen. Das neoliberale Nachhaltigkeits-Narrativ, das einen Rückzug des Staates propagiert, erreicht in dieser Hinsicht ironischerweise genau das Gegenteil.

Rozenn N. Diallo

Die Autorin ist Post-Doktorandin an der Universität von Montréal.

Aus dem Englischen frei übersetzt von Karenina Schröder.

Dieser Artikel entstand im Rahmen des Projekts „2015 – Alles besser? Afrikanische Perspektiven auf globale Herausforderungen" von AfricAvenir. Der gesamte Artikel in englischer Originalfassung kann eingesehen werden unter:

http://www.africavenir.org/news-details/archive/2015/november/article/sustainability-and-politics-experiences-from-mozambique-rozenn-n-diallo.html?tx_ttnews[day]=04&cHash=a008e167a43553dc3bea6e53fdcffa39.

1 Guilhot, Nicolas (2005), The Democracy makers. Human Rights and the Politics of Global Order, New York, Columbia University Press.

2 MacKenzie, John (1988), The Empire of Nature. Hunting, Conservation and British Imperialism, Manchester, Manchester University Press; Singh, Jaidev, Van Houtum, Henk (2002), „Post-colonial nature conservation in Southern Africa: same emperors, new clothes?", GeoJournal, Vol. 58, pp. 253-263.

3 Igoe, Jim, Brockington, Dan (2007), „Neoliberal Conservation: A Brief Introduction", Conservation and Society, Vol. 5, n°4, pp. 432-449.

© docentjoyce / flickr.com (BY 2.0)

Kupfermine in Pima County Arizona

GLÄSERNER BERGBAU?

Eine Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative

Abbau und Export von Rohstoffen spielen in vielen Ländern eine wichtige Rolle. 94 Entwicklungsländer werden von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) als ressourcenabhängige Länder[1] eingestuft, 45 von 54 afrikanischen Ländern fallen in diese Kategorie. Der Umsatz des extraktiven Sektors macht etwa 5 % des weltweiten Bruttoinlandsproduktes aus. Die potenziellen Einnahmen für Entwicklungsländer werden auf etwa ein Drittel der Summe geschätzt. Ein beträchtlicher Teil dieser Einnahmen geht allerdings durch illegale oder illegitime Kapitalflüsse verloren.[2] Undurchsichtige Zahlungsflüsse sowie die ungleiche Verteilung der Einnahmen sind zentrale Ursachen, warum der Abbau von Rohstoffen oft nur wenig zu Armutsminderung und wirtschaftlicher Entwicklung beiträgt. Um die Transparenz und Rechenschaftspflicht in diesem Sektor zu erhöhen, sind in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen worden. Die aktuell wichtigste internationale Transparenzinitiative im Rohstoffbereich ist die Extractive Industry Transparency Initiative (EITI). Wie ist das Potential dieser Initiative nach mehr als 10 Jahren einzuschätzen?

Internationale Entwicklungsbanken spielten in den letzten Jahrzehnten eine wichtige Rolle bei der Förderung von Projekten und Reformen im extraktiven Sektor im globalen Süden. Ende der 1990er Jahre geriet ihr Engagement in diesem Sektor aufgrund negativer sozialer und ökologischer Auswirkungen allerdings zunehmend unter Druck. Im Jahr 2000 forderte eine breite NGO-Koalition die Weltbank auf, die Förderung von Projekten im extraktiven Sektor zu beenden. In der Folge gab der damalige Weltbank-Präsident James Wolfensohn eine unabhängige Prüfung der Rohstoff-Förderprojekte in Auftrag. Der Endbericht stellte wesentliche Mängel – insbesondere im Bereich Governance – fest und forderte die Weltbank auf, die Förderung von Erdöl- und Kohleprojekten einzustellen. Außerdem empfahl er, dass vor der Förderung von Projekten in anderen Bergbausektoren Institutionen reformiert und Good Governance-Kriterien erfüllt sein sollten.[3] Das Weltbankdirektorium lehnte die Einstellung von Erdöl- und Kohleprojekten zwar ab, beschloss als Zugeständnis aber die Einführung von erhöhten Transparenzbestimmungen.[4]

2002 wurde die internationale Kampagne „Publish What You Pay“ (PWYP) gegründet, mit dem Ziel, öffentliche Einnahmen aus dem extraktiven Sektor offenzulegen. Im gleichen Jahr lancierte der britische Regierungschef Toni Blair die Idee einer freiwilligen globalen Transparenz-Initiative im Rohstoffbereich. 2003 wurde schließlich bei einer von Großbritannien organisierten Konferenz in London die „Extractive Industry Transparency Initiative“ (EITI) ins Leben gerufen. Sie erhielt umgehend weitreichende politische Rückendeckung, u. a. der UN-Generalversammlung und der G8. Binnen kurzer Zeit wurde die EITI zum wichtigsten internationalen Governance-Standard im Rohstoffsektor.

Nicht verpflichtende Transparenz

Regierungen, die den EITI-Standard umsetzen, legen Informationen über Einnahmen aus dem extraktiven Sektor in einem jährlichen Bericht offen. Jedes Mitgliedsland wird alle drei Jahre überprüft, wobei die Mitgliedschaft jederzeit suspendiert werden kann, wie dies aktuell bei Indonesien, Jemen, Tanzania und der zentralafrikanischen Republik der Fall ist. Unternehmen, die EITI-Mitglied sind, veröffentlichen ihre Zahlungen

an die jeweiligen Regierungen und leisten einen jährlichen finanziellen Beitrag zwischen 20.000 und 60.000 USD, abhängig von der Unternehmensgröße, an das EITI-Sekretariat. 2013 wurde ein überarbeiteter Standard vorgelegt, auch als Antwort auf Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen, z. B. in Bezug auf die Unvollständigkeit und mangelnde Aussagekraft der EITI-Daten. Bei der Revision wurden detailliertere Berichtspflichten festgelegt: Regierungen müssen nun Informationen über nationale Fördermengen sowie über die Inhaber von Lizenzen offenlegen. Die Daten müssen in disaggregierter Form veröffentlicht werden, nach Unternehmen, Regierungseinheit und – „wo angemessen" – auf Projektebene. Allerdings müssen Länder, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben ohnehin projektbezogene Daten veröffentlichen müssen, dies auch im Rahmen der EITI tun. Das trifft auf die USA und die EU zu. Die Offenlegung der wirtschaftlichen Eigentümer („Beneficial Ownership") der Unternehmen sowie die Veröffentlichung der Produktionsverträge zwischen den Staaten und den Unternehmen ist auch nach der Revision nicht verpflichtend vorgesehen, es wird lediglich dazu „ermutigt".[5]

EITI bekommt weltweit Aufmerksamkeit

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Länder, die den EITI-Standard erfüllen, stark gestiegen – von zwei Ländern im Jahr 2009 auf 31 im Jahr 2015, davon die Mehrzahl in Afrika. Weitere 18 Länder haben Kandidatenstatus. Norwegen ist bisher das einzige OECD-Mitgliedsland, das EITI-Mitglied ist. Grossbritannien sowie die USA haben seit 2014 Kandidatenstatus. Deutschland will noch bis Ende 2015 die Kandidatur einreichen.

Wie ist die EITI zu bewerten?

Multistakeholder-Initiativen wie die EITI haben das Potenzial, zu einer verbesserten Governance im Rohstoffbereich beizutragen. Voraussetzung dafür sind transparente und faire Entscheidungsprozesse sowie ausreichende Kompetenzen der unterschiedlichen Stakeholder. Die interne Governance vieler Multistakeholder-Gruppen (MSG) weist allerdings wesentliche Defizite auf.[6] Die Kriterien für die Auswahl der VertreterInnen sind oft nicht nachvollziehbar, wichtige Stakeholder wie etwa VertreterInnen von betroffenen Communities fehlen, Informationen werden oft zu spät zur Verfügung gestellt. KritikerInnen weisen zudem auf die Gefahr einer Kooptierung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in MSGs hin, da die Diskussion von mächtigen Interessensgruppen dominiert werde und das ungleiche Machtgefälle weiterhin erhalten bleibe.

Die EITI hat in etlichen Ländern erstmals eine öffentliche Diskussion über Öl-, Gas- und Bergbaueinnahmen und deren Verwendung ermöglicht. Darüber hinaus wurden durch die EITI zum ersten Mal in der Geschichte vieler betroffener Länder Zahlen aus dem Öl-, Gas- und Bergbausektor veröffentlicht. Eine Schwäche der EITI ist allerdings der limitierte Anwendungsbereich der Initiative. Der EITI-Standard fordert ausschließlich einen Abgleich von Regierungseinnahmen und Unternehmenszahlungen. Wie jedoch die Rohstoff-Verträge gestaltet sind und ob etwa die Steuerleistungen der Öl- und Bergbauunternehmen angemessen sind, wird von der EITI nicht beurteilt. Eine Untersuchung der Wirkung von EITI in Mosambik ergab, dass wesentliche Verluste von öffentlichen Einnahmen auf ungünstige Vertragsvereinbarungen und illegale Praktiken zurückzuführen sind.[7] Nur wenn die Transparenzbestimmungen auf die Offenlegung von Verträgen, Lizenzbestimmungen, Umsätzen, interner Verrechnungspreise und andere produktionsrelevanter Daten ausgeweitet werden, können Kernprobleme im extraktiven Sektor wie illegale Finanzflüsse, Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie die ungleiche Verteilung der Einnahmen angegangen werden.

Die Transparenz von Zahlungsströmen ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung dafür, um Rohstoffreichtum für positive Entwicklungseffekte zu nutzen. Dafür braucht es zusätzlich veränderte politische und rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene. Dabei darf nicht verkannt werden, dass Veränderungen im Bergbausektor nicht immer Win-win-Situationen darstellen, sondern substanzielle Interessenskonflikte hervorrufen können – zwischen lokalen Eliten, nationalen und internationalen Unternehmen, lokalen Gemeinschaften und verschiedenen Regierungsebenen. Der EITI liegt die Grundannahme zugrunde, dass der Abbau von natürlichen Ressourcen alternativlos ist. Eine grundsätzliche Debatte über das Für und Wider des Rohstoffabbaus und potenzielle negative soziale und ökologische Auswirkungen sowie Opportunitätskosten ist dabei nicht vorgesehen. KritikerInnen sehen somit in der EITI ein Rechtfertigungsinstrument für die weitere ungehinderte Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Karin Küblböck und Silke Pinter

Karin Küblböck ist Ökonomin an der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). Silke Pinter studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien und absolvierte im Frühling 2015 ein Praktikum in der ÖFSE

Der Artikel ist eine Kurzfassung des ÖFSE/DKA Briefing Papers „Gläserner Bergbau? Transparenzinitiativen im extraktiven Sektor", *http://www.oefse.at/publikationen/briefing-papers/detail-briefing-paper/publication/show/Publication/Glaeserner-Bergbau-Transparenzinitiativen-im-extraktiven-Sektor/.*

1 UNCTAD 2015, The state of commodity dependence 2014

2 Le Billon, Philippe (2011): Extractive sectors and illicit financial flows: What role for revenue governance initiatives? In: U4 Issue, 13.

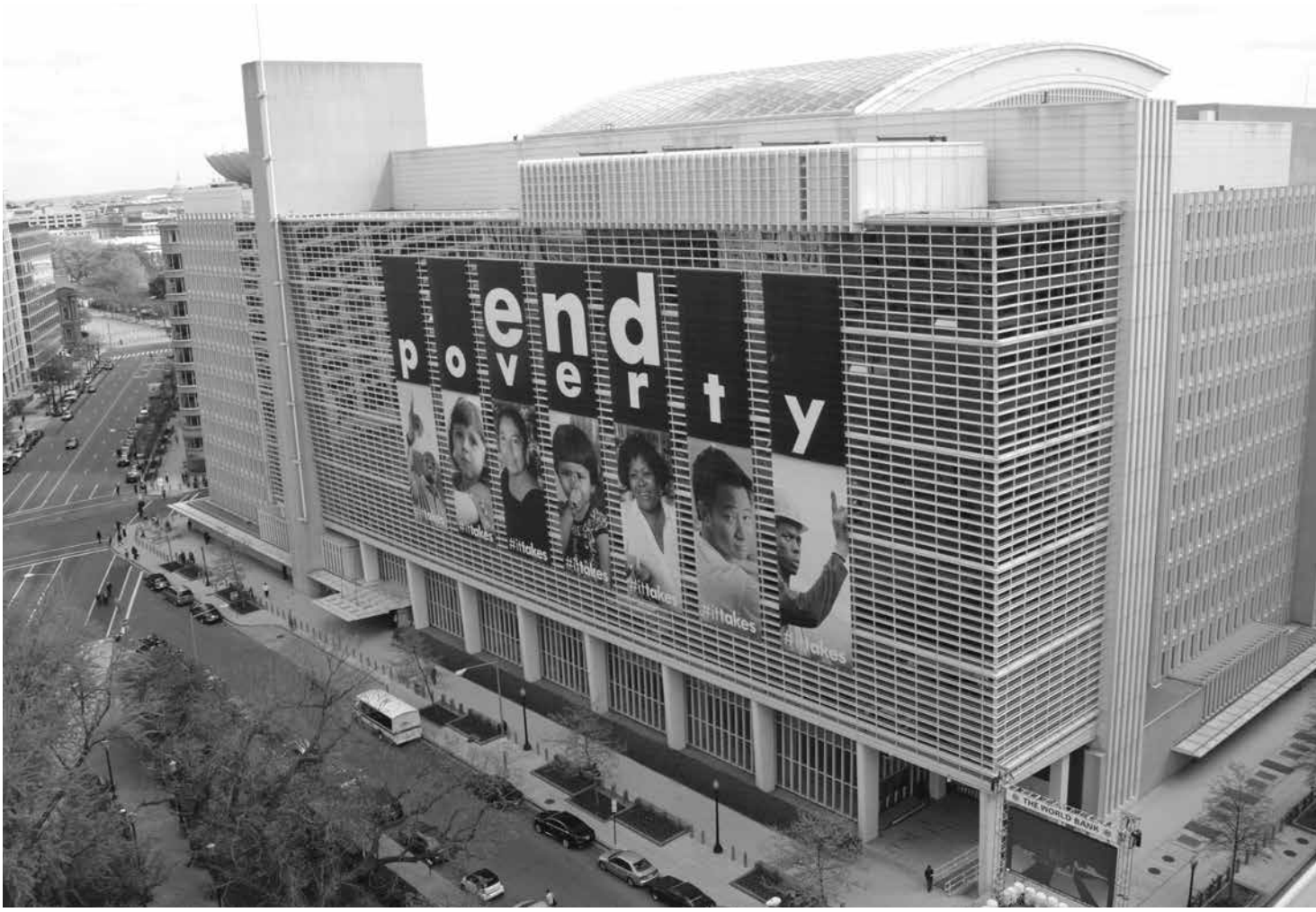
3 Weltbank (2003): Striking a Better Balance. Volume 1. The World Bank Group and Extractive Industries. Washington DC.

4 Visser, Kees (2012): Lessons of Transparency from EITI A Report for Focus on the Global South;

5 EITI (2015): EITI Progress Report.

6 MSI Integrity (2015): Protecting the Cornerstone. Assessing the Governance of Extractive Industries Transparency Initiative Multi-Stakeholder Groups

7 Ossemane, Rogerio (2013): Is the Extractive Industries Transparency Initiative Relevant for Reducing Diversions of Public Revenue? The Mozambican Experience. SAIIA Policy Briefing No 61. Mosambik.



© World Bank Photo Collection / flickr.com (BY-NC-ND 2.0)

Hauptsitz der Weltbank in Washington

DOING-BUSINESS-BERICHT

Der Einfluss der bedeutendsten Weltbank-Publikation auf politische Entscheidungen

Kürzlich veröffentlichte die Weltbank ihren vielbeachteten Doing-Business-Bericht 2016 (DBR), einen großen jährlichen Bericht, der Länder hinsichtlich ihres Geschäftsklimas kategorisiert. Die jüngste Ausgabe enthält eine Reihe methodischer Änderungen, womit auf Kritik am Bericht reagiert wird, die eine Vielzahl von Akteuren vorgebracht hatte. Bei der Würdigung des Beitrags, den gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die Entwicklung leisten, scheint sich jedoch wenig geändert zu haben.

Der seit 2002 durchgeführte Doing-Business-Bericht bewertet das Geschäftsklima in 189 Ländern anhand von zehn Indikatoren. Diese Indikatoren sind: Gründung eines Betriebs; Umgang mit Baubestimmungen; Zugang zu elektrischem Strom; Eintragung von Eigentum; Zugang zu Kapital; Schutz für Minderheitsinvestoren; Besteuerung; Grenzüberschreitender Handel; Durchsetzbarkeit von Verträgen; Konkursvermeidung. Zum Bericht gehört auch ein Indikator Regulierung des Arbeitsmarktes, der jedoch bei Aufstellung des Rankings nicht herangezogen wird. Jeder der Indikatoren soll helfen, die Vorschriften einzuschätzen, von denen KMU betroffen sind. Bewertet werden sowohl Gegenstand als auch Ausmaß dieser Vorschriften.

Obgleich die Ergebnisse des Berichts wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben, haben sie eine hohe Wirkung auf politische Entscheidungen, besonders in Entwicklungsländern. Er kommt häufig in den Medien vor und wird von Wohltätern, Regierungen und Wissenschaftlern bei Analysen und vergleichenden Länderberichten genutzt. Seit 2004 sind etwa 120.000 Artikel erschienen[1], die auf die Doing-Business-Berichte Bezug nehmen.

In Entwicklungsländern wurde der Bericht als Basis für Reformprogram-

me genutzt, beispielsweise in Ruanda, Zambia und neuerdings in Indien, wo die Regierung eine Verbesserung im Ranking dieses Berichts ausdrücklich als Ziel ihrer Reformpolitik ausgewiesen hat.

Die Genese des Doing-Business-Berichts

Für die Ausgabe 2016 wurden eine Reihe methodischer Veränderungen vorgenommen, die entwickelt wurden, nachdem die unabhängige Evaluationsgruppe[2] (ein durch die Weltbank eingesetztes unabhängiges Gremium) sowie NGOs intensiv Kritik am Bericht geübt hatten. Die Folgerungen der Evaluationsgruppe entsprechen den Vermutungen der NGOs: Der DBR hat keine Relevanz für die beiden von der Weltbank selbst gesetzten Ziele, extreme Armut zu beenden und gemeinsamen Wohlstand zu fördern.

Die Veränderungen betreffen drei Bereiche. Erstens veränderte die Bank die Berechnungsgrundlage des Rankings. Zweitens schließen die Fallstudien, aus denen die Daten erhoben werden, für diejenigen elf Staaten, die mehr als 100 Millionen Einwohner haben, nun jeweils eine zweite Stadt ein. Und drittens wurden einige Indikatoren dadurch verändert, dass sie nun sowohl breiter operationalisiert als auch anders erhoben werden. Die Verbreiterung der erhobenen Daten erhöht die Verwertbarkeit des Berichtes, insbesondere werden nun mehr qualitative Daten erhoben. Dennoch verfehlen die in die Ausgaben für 2015 und 2016 aufgenommenen methodischen Änderungen das eigentliche Ziel, zum Abbau der Armut beizutragen.

Universallösungen für Entwicklung

Der DBR krankt an drei Hauptproblemen. Vor allem bilden seine Indikatoren die sozialen und ökonomischen Vorteile bzw. die Kosten und Risiken gesetzlicher Regulierungen nicht ab. Er versteht solche Regulierungen als Hindernisse für Markteffizienz. Dieser Annahme zufolge müssen solche Hindernisse entfernt werden, um eine Verringerung der Armut zu erreichen. Der Bericht der Evaluationsgruppe stellt fest, Regulierung spiele „eine notwendige Rolle für das Funktionieren von Märkten und beim Schutz der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit". Übersetzung: Unzureichende Regulierung kann die Entwicklung der Privatwirtschaft behindern. Außerdem ignorieren die Indikatoren des DBR, beispielsweise die zur Unternehmensbesteuerung, negative Nebenwirkungen, besonders in Entwicklungsländern. Hauptinhalt dieses Indikators ist die Besteuerung von KMU, jedoch sind die Unter-Indikatoren „Steuersatz" und „Häufigkeit der Zahlungen" kaum relevant für eine sachliche Einschätzung der Steuerbelastung von KMU.

Zweitens, im Gegensatz zu den Prinzipien effektiver Hilfe, unterstützen DBR-Indikatoren Universallösungen für Entwicklung. Die Busan-Erklärung zu Hilfseffektivität benennt fünf Prinzipien zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich. Die Erklärung betont Eigentum als das erste dieser Prinzipien und stellt fest: „Entwicklungspartnerschaften können nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den Entwicklungsländern geleitet werden und Vorgehensweisen wählen, die an die Verhältnisse und den Bedarf des jeweiligen Landes angepasst sind."

Der DBR basiert auf der Annahme, es gäbe grundsätzlich „gute" und „schlechte" Strategien. Diese Prämisse verdrängt, dass es immer nötig ist, den spezifischen Kontext jedes untersuchten Landes zu berücksichtigen. Die Weltbank erklärt selbst, der DBR solle nicht als Universalmodell betrachtet werden. Dennoch hält ihre Öffentlichkeitsarbeit bezüglich des Berichts genau diesen Eindruck aufrecht. Zudem tritt der DBR entschieden für Deregulierung als beste Strategie zur Förderung des Privatsektors ein.

Indikatoren bilden nicht die Wirklichkeit ab

Drittens nutzen die DBR-Indikatoren Anwaltskanzleien als Hauptquelle für ihre Daten. Dies ist problematisch, da es dazu führt, dass die Analyse oft wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat. Die tatsächliche Anwendung von Gesetzen und Bestimmungen ebenso wie die reale Korruption tauchen im Bericht nicht auf. Des Weiteren ist die Relevanz einiger Indikatoren fraglich, wenn nach den wirklichen Bedürfnissen von KMU in Entwicklungsländern gefragt wird. Eine kürzlich im Journal of Economic Perspectives erschienene Studie[3] zweier Ökonomen der Weltbank und der Harvard-Universität zeigt, dass die Indikatoren des DBR die Wirklichkeit von KMU nicht einfangen. Ausgehend von den von der Weltbank selbst erstellten Enterprise Surveys führen die Autoren vor, dass es über alle Länder hinweg so gut wie keine Korrelation zwischen den DBR-Ergebnissen und den Antworten aus den Enterprise Surveys gibt. In einem Interview mit dem Wall Street Journal stellt einer der Autoren fest: „Wenn politische Entscheidungsträger in Entwicklungsländern sich auf einen Aufstieg im DBR-Ranking konzentrieren, kann dies knappe Mittel binden, deren Einsatz in substantielleren Reformen helfen könnte, eine bessere Verwaltung und Durchsetzung von Wirtschaftsbestimmungen zu erreichen."

Gleichzeitig erfassen die DBR-Untersuchungen wichtige Punkte nicht, die Marktversagen verursachen können. Die geographische Lage, die Verfügbarkeit und Kosten von Immobilien, Transportinfrastruktur, Facharbeitern und Kapital sind wichtige Faktoren eines funktionierenden Marktes, die die Indikatoren nicht berücksichtigen.

Eurodad geht davon aus, dass die Entwicklung des Privatsektors eine Rolle bei der Beendigung der Armut spielen sollte. Um ein Ergebnis zu erhalten, das ein hilfreiches Mittel zur Einschätzung und Unterstützung der Beiträge des Privatsektors zu diesem Ziel darstellt, sind wesentliche Änderungen in der Methodik des Berichtes nötig. Solange diese Veränderungen nicht abgeschlossen sind, sollte die Weltbank die Rankings aus ihren Berichten entfernen, da sie in vielen Ländern einen ungünstigen Einfluss auf die Ziele politischer Entscheidungsträger ausüben. Die Weltbank hat bereits einen Dialog mit wichtigen Beteiligten geführt, deren Vorschläge aber bisher nicht einbezogen. Insofern ist nicht damit zu rechnen, dass die Bank ihren DBR in Zukunft verbessern kann.

Tiago Stichelmans

Der Autor ist Policy- und Networking-Analyst beim Europäischen Netzwerk Schulden und Entwicklung (Eurodad) in Brüssel.

Aus dem Englischen von Raphael Ferres.

1 http://www.doingbusiness.org/press.

2 http://siteresources.worldbank.org/EXTDOIBUS/Resources/db_evaluation.pdf.

3 http://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.29.3.121.

© Dren Pozhegu / flickr.com (BY-NC 2.0)

Innenansicht des Kraftwerks Kosovo A

ASCHE IN DIE AUGEN GESTREUT

Deutschland und die Weltbank fördern Kohlekraft im Kosovo

Die Umweltschutz- und Luftqualitäts-Gesetze des Kosovo entsprechen dem europäischen Standard – aber das Kosovo bricht diese Gesetze laufend und massiv. Dabei stellen die Degeneration der Umwelt und der Luftqualität enorme Probleme für das Kosovo dar, die allerdings nur selten diskutiert werden. Einer Weltbankstudie zufolge entstehen durch Umweltdegeneration im Kosovo jährlich Kosten von 322,5 Millionen Euro. Gleichzeitig fallen für die wegen der Luftverschmutzung nötigen medizinischen Behandlungen jährlich durchschnittlich 96 Millionen Euro an. Dieses Problem erscheint noch drängender, beim Blick auf die 835 vorzeitigen Todesfälle, die jedes Jahr durch Luftverschmutzung verursacht werden.

Abgeordnete im Kosovo hatten einen Plan zum Schutz der Umwelt und der Luftqualität entwickelt, am 20. Juli 2011 lagen Strategie- und Aktionspläne für den Schutz der Luftqualität sowie für den Schutz der Umwelt dem Kabinett vor. Diese vom Ministerium für Umwelt und Raumplanung vorbereiteten Papiere wurden durch das Kabinett aber nicht beschlossen. Der damalige Finanzminister, Bedri Hamza, hatte seine Kollegen aufgefordert, dagegen zu stimmen. Er begründete dies damit, zur Umsetzung dieser Strategien wären über die folgenden fünf Jahre über 300 Millionen Euro nötig – Kosten, die das Kosovo nicht leisten könne.

Die beiden Strategie- und Aktionspläne wurden schließlich einige Jahre später verabschiedet. Wie es jedoch mit derartigen Gesetzen zu sein pflegt, wurden die in den Papieren niedergelegten Pläne alsbald durchkreuzt und haben bisher keine Auswirkungen zur Verbesserung der Luftqualität oder des Umweltschutzes gehabt.

Kaum Geld für Umweltpolitik

Verglichen mit anderen Staaten der Region und in der EU gibt das Kosovo den geringsten Anteil am Staatshaushalt für die Umweltpolitik aus. Während Slowenien im Jahr 2007 0,61 % seines BIP in den Umweltschutz investiert hat, wandte das Kosovo nur 0,1 % seines BIP dafür auf. Gesetze und Strategien zum Schutz der Umwelt werden benutzt, um hinsichtlich des EU-Integrationsprozesses „Asche in die Augen zu streuen“ (ein albanischer Ausdruck für „jemanden irreführen“). Während dieser Ausdruck in anderen Bereichen jedoch nur bildlich gemeint ist, ist er im Umweltsektor wörtlich zu verstehen: Die Kosovaren und Kosovarinnen gewärtigen ernste Konsequenzen der Entsorgung von Asche.

Kraftwerke verschmutzen die Luft

Die Asche, die die Kosovaren und Kosovarinnen trifft, kommt aus verschiedenen Quellen, Hauptursache der Umweltverschmutzung sind jedoch Wärmekraftwerke. Mit TC Kosova A hat das Kosovo eine der schmutzigsten aktiven Kraftwerke Südosteuropas, der erste Block ging 1962 ans Netz. Nun ist dieses Kraftwerk 53 Jahre alt und hat damit die übliche Betriebsdauer um etwa 15 Jahre überschritten. Dieses Kraftwerk soll (auch wenn das noch nicht offiziell erklärt wird) noch viele Jahre in Betrieb bleiben. Bereits vor einem Jahrzehnt begannen Gespräche über den Bau eines neuen Werks, das Kosova A ersetzen soll. Die Behörden des Kosovo wurden dabei von vielen interna-

tionalen Organisationen unterstützt, allerdings stellt die Entwicklung eines neuen Wärmekraftwerks das beste Beispiel für das Versagen sowohl internationaler als auch lokaler Institutionen dar.

Deutschland ist im Energiesektor des Kosovo stark engagiert, wo es neue Kapazitäten für Braunkohle fördert. Der Vertreter der deutschen Bundesregierung in der Weltbank hat angedeutet, sich der Stimme enthalten zu wollen, wenn das Projekt des neuen kosovarischen Kraftwerks im Exekutivdirektorium der Weltbank zur Entscheidung vorgelegt wird. Hier wird anscheinend ein Spiel gespielt, denn andererseits setzt sich die deutsche Regierung für eine Sanierung von Kosova A ein, ein von Bilfinger, einem international tätigen Dienstleistungs- und Baukonzern, vorgeschlagenes Projekt, das von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt wird. Dies widerspricht Deutschlands Rolle bei der Neuentwicklung nachhaltiger Lösungen und es gefährdet die Zukunft des Kosovo durch die Festlegung auf fossile Energieträger für weitere 40 Jahre.

Offene Fragen bei geplantem Kraftwerk

Die Weltbank, USAID, die Europäische Kommission und die Regierung des Kosovo haben Millionen für technische Hilfeleistung, Wirtschaftsberatung und verschiedene Studien ausgegeben. Nun, ein Jahrzehnt später, haben sie noch immer keine Antwort auf die entscheidende Frage, welche Erzeugungskapazität das neue Kraftwerk haben muss.

Bis 2008 unterstützten diese Institutionen die Idee, ein Kraftwerk mit einer Kapazität von 2100 MW zu bauen, anders gesagt viermal so viel Energie wie das Kosovo benötigt. Im Jahr 2009 wurde der Plan auf 1000, dann schließlich auf 600 MW geändert. Außerdem finden sich in amtlichen Unterlagen weitere Vorausberechnungen für die Konstruktion des neuen Kraftwerks mit noch mehr Kapazitäten.

Neben dem Mangel an Entscheidungsfreude über die Produktionskapazität zeigt die kosovarische Regierung, unter den Augen internationaler Einrichtungen, auch bei anderen Konstruktionskriterien keine Entschlossenheit, das 2010 angekündigte Paket hat mittlerweile drei größere Änderungen durchlaufen.

Am Ende dieses zehnjährigen Prozesses hat die Regierung des Kosovo nur ein einziges Angebot für den Bau des neuen Kraftwerks erhalten. Obwohl bisher noch nichts veröffentlicht worden ist, zeigen die mittlerweile durchgesickerten Informationen, dass der einzige Bewerber nicht die finanziellen Möglichkeiten zum Bau eines Kraftwerks hat und das angestrebte Jahresergebnis so groß sein soll, dass es die Energiekosten für die kosovarischen BürgerInnen, die bereits gegen die Höhe der Strompreise protestieren, noch untragbarer machen wird. Außerdem zeigen die Konstruktionskriterien schon jetzt, dass das Kraftwerk ineffektiv arbeiten und CO_2-Emissionen unzureichend auffangen wird.

Dies gibt nicht Anlass zur Hoffnung, dass die Energiepolitik die Umwelt- und Luftqualität verbessern wird. Ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen hat die vergangenen sechs Jahre damit verbracht, eine Liste dringlicher Schritte für die Energiepolitik zu fordern. Dazu gehören unter anderem: Die Beseitigung technisch oder wirtschaftlich bedingter Verluste im Energienetz (deren berechnete Höhe im Jahr 2010 der gesamten Produktion von Kosova A entsprach), eine Erhöhung der Investitionen in Energieeffizienz für Wohnbauten, die Schließung von Kosova A bis 2017, den Rückbau von Kosova B und die Schaffung förderlicher Bedingungen für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energie.

Regierung will neues Kraftwerk bauen

Der Schwerpunkt der kosovarischen Regierung während dieser Jahre lag hingegen auf dem Bau eines neuen Kraftwerks mit einer höheren Produktionskapazität, das alle diese Probleme gleichzeitig „lösen" sollte, ohne sich mit Energieeffizienz, der Verringerung technischer und wirtschaftlicher Verluste oder der Diversifizierung der Energiequellen befassen zu müssen. All dies hat einen hohen Preis. Die größten Kosten dieser Politik bestehen im Schaden, den die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung leiden, aber es entstehen auch Schäden für die Unternehmen und die Volkswirtschaft des Kosovo.

Mittlerweile sind die kosovarischen BürgerInnen besorgt über die Auswirkungen der Umweltdegeneration. In einer vom GAP-Institut kurz vor Beginn des Wahlkampfes zur Kommunalwahl 2013 in 21 Kommunen durchgeführten Studie benannten die befragten BürgerInnen Umweltprobleme als eines der fünf größten Probleme, die von kommunalen Amtsträgern bearbeitet werden müssten.

In diesen 21 Kommunen bestanden die größten Probleme unter anderem in der Degeneration der Flüsse, dem Gestank von Abwässern, der falschen Entsorgung von Müll und der Geruchsbelastung durch Müllkippen, der Staubbelastung durch Kraftwerke und der Trinkwasserqualität. Dennoch sind noch erheblichere Aufklärungsmaßnahmen über die gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltdegeneration nötig.

Das beste Beispiel für Regierungshandeln, das Haushaltseinnahmen wichtiger nimmt als Umweltschutz, ist die vor einigen Tagen gefällte Entscheidung der Regierung, Einfuhrbeschränkungen beim Import alter PKW abzuschaffen. Während Automobilemissionen nach den Kraftwerken eines der größten Umweltprobleme sind, und die Luftqualitätsstrategie die Einführung europäischer Standards beim Import von Automobilen bezüglich des Emissionslevels (Euro 1 bis Euro 4) vorsieht, hat die kosovarische Regierung alle Umweltstandards gebrochen, um die Einnahmen aus Handelsabgaben um einige wenige Millionen zu steigern.

Die Umwelt für kurzfristige Haushaltseinnahmen zu opfern, führt langfristig zu höheren Ausgaben, vor allem um diejenigen Probleme abzumildern, die durch solche Entscheidungen entstehen. Daher muss die Regierung des Kosovo beginnen, die Umweltbewertung und -kosten bei jeder Entscheidung zu beachten, die einen Einfluss auf die Umwelt haben könnte. Solange es ein solches Vorgehen nicht gibt, riskieren wir, an den Punkt zu kommen, an dem die Kosten der Wiederherstellung der Umwelt an Zeit und Geld sogar größer ausfallen werden.

Agron Demi

Der Autor ist Exekutivdirektor des GAP-Institute for Advanced Studies, das zum KOSID (Kosovo Civil Society Consortium for Sustainable Development) gehört.

Aus dem Englischen von Raphael Ferres.

© Biodiversity International (BY-NC-ND)

Peruanischer Bauer.

AGRARÖKOLOGIE RAUS AUS DER NISCHE

Was können wir vom globalen Süden lernen und wie können wir es umsetzen?

Das Konzept der Agrarökologie ist komplex und wird kontrovers diskutiert. VertreterInnen der Zivilgesellschaft sprachen hierzu im September diesen Jahres mit Professor Miguel Altieri von der Berkeley University in Kalifornien über die Möglichkeit, südamerikanische Ansätze in Europa zu implementieren. Entsprechende Projekte sind im Aufbau, aber die allgemeine Debatte auch in der Zivilgesellschaft befindet sich erst am Anfang.

Am 17. September 2015 trafen sich WissenschaftlerInnen mit zahlreichen VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu einem Fachgespräch zum Themenkomplex Agrarökologie – einer vor allem in Lateinamerika bereits existierenden spezifischen Anbauform von Nahrungsmitteln, welche strikte ökologische mit sozialen Merkmalen verknüpft. Diese Veranstaltung, welche von zivilgesellschaftlicher Seite vom INKOTA-netzwerk, Misereor, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Jungen AbL, dem Forum Umwelt und Entwicklung sowie der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und von wissenschaftlicher Seite vom Leibniz Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) organisiert wurde, begann mit einem längeren Input von Miguel Altieri, Professor für Agrarökologie an der University of California, Berkeley, und Fellow am Institut für Landnutzungssysteme des ZALF. Prof. Altieri, der mit zwei Ehrendoktorwürden als Koryphäe der Agrarökologie gilt, stellte hierbei Ideen unter anderem aus Kuba vor und erläuterte, wie traditionelle Anbauformen, die teilweise noch auf Konzepte der Inkas zurückgehen, seines Erachtens die einzige Möglichkeit bieten, die Weltbevölkerung nachhaltig zu ernähren. Prof. Altieris grundsätzliche Definition von Agrarökologie beinhaltet hierbei auf der einen Seite verschiedenste wissenschaftliche Disziplinen, wie z. B. Ökologie, Soziologie, Agrarwissenschaften, Anthropologie und ökologische Ökonomie, verbindet diese aber mit traditionellem Wissen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu fixen Prinzipien der Anbaupraxis.

Substantielle Kritik an der Agrarindustrie

Starke Kritik übte er in diesem Rahmen vor allem an den Praktiken der großen internationalen Agrarkonzerne und an großen nationalen und internationalen sowie öffentlichen und privaten Gebern, deren Konzepte, laut Prof. Altieri, gerade klar ihre Grenzen erreichen. So hob er zum Beispiel hervor, dass der agrarindustrielle Sektor gerade einmal genug produziert, um 30 % der Weltbevölkerung zu ernähren – hierfür aber 70 – 80 % der weltweit genutzten Agrarfläche sowie 70 % des entsprechenden Wasserverbrauchs auf sich vereint. Diesem agro-industriellen Komplex stellte Altieri die 1,5 Milliarden Kleinbäuerinnen und -bauern gegenüber: Diese produzieren 50 – 75 % der global konsumierten Nahrung auf nur 25 – 30 % der Agrarfläche, wobei sie nur 30 % des in der Landwirtschaft genutzten Wassers verbrauchen und zudem nicht nur mit den 7000 Varietäten der Grünen Revolution arbeiten, sondern 1,9 Millionen Varietäten von Nahrungspflanzen anbauen (die 270fache Anzahl).

Der Begriff der Grünen Revolution bezieht sich auf ein seit den 1960ern realisiertes Muster von Agrarproduktion, welches Mangelernährung und Hunger primär als technisches Problem versteht, dass mit der Einführung und Weiterentwicklung von Hochertragssorten einerseits als auch mit technischen Weiterentwicklungen andererseits zu bekämpfen ist. Die Ansätze der Grünen Revolution leisten somit agrarindustriellen Praktiken Vorschub, was vor allem konventionel-

le, Monokultur-orientierte und Hochintensivlandwirtschaft einschließt. Dieser Ansatz wird zunehmend kontrovers diskutiert, so kommt z. B. die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zu dem Ergebnis, dass die Welt einen Paradigmenwechsel von der Grünen Revolution hin zu einer ökologischen Intensivierung in der Landwirtschaft benötigt, was Agrarökologie durchaus einschließt.

Als zentral für die von ihm als nachhaltig charakterisierte kleinbäuerliche Produktion sieht Prof. Altieri demgegenüber das besonders Wissen um natürliche Prozesse und die hierdurch zu erreichende Ertragsoptimierung an. In diesem Rahmen hob Prof. Altieri nicht nur die steigenden Erträge hervor, sondern auch die weitaus größere Stressresistenz der agrarökologischen Systeme auf den Klimawandel. Mit diesem Prozess hat die Agroindustrie in den USA bereits heute substantielle Probleme, da die Hochertragssorten, welche im mittleren Westen in Monokulturen angebaut werden, dem Trockenstress keinesfalls gewachsen sind.

Vernetzung von ProduzentInnen und KonsumentInnen durch Umgehung von „Food empires"

Beispielhaft hierfür sind die lateinamerikanischen Landlosenbewegungen, die auf „autonomen Territorien", also Gebieten die sie durch Besetzungen dem agrarindustriellen Produktionskreislauf entzogen haben, Nahrung produzieren – allerdings erfüllen auch gekoppelte Agrarsysteme in Asien (z. B. Fisch- und Entenzucht sowie Reisproduktion) die Anforderungen agrarökologischer Komplexe. Bei diesen beispielhaft dargelegten Systemen werden z. B. überflutete Reisfelder auch zur Fischzucht genutzt, wobei angepasste Fischsorten sich von Schädlingen ernähren und ihre Ausscheidungen als Dünger für die Reisproduktion dienen. Vor allem die Aspekte der kleinbäuerlichen Produktion sowie der direkten Vernetzung von ProduzentInnen und KonsumentInnen ist für Prof. Altieri zentral: Er sieht für das, was er als „Food empires" bezeichnet – d. h. industrielle VerarbeiterInnen und Verteiler wie z. B. Großmolkereien und internationale Supermarktketten – keinerlei Zukunft und plädiert für eine „Bypass"-Lösung.

Diese verbindet organisierte Kleinbäuerinnen und -bauern direkt mit den KonsumentInnen, um in autonomen Gebieten Lebensmittel zu produzieren und teilweise auch zu vertreiben. Prof. Altieri sieht für die momentan dominierenden Strukturen, bei denen die „Food empires" als Flaschenhals zwischen ProduzentIn und KonsumentIn fungieren, keinerlei Zukunft und plädiert für einen entsprechenden radikalen Wandel.

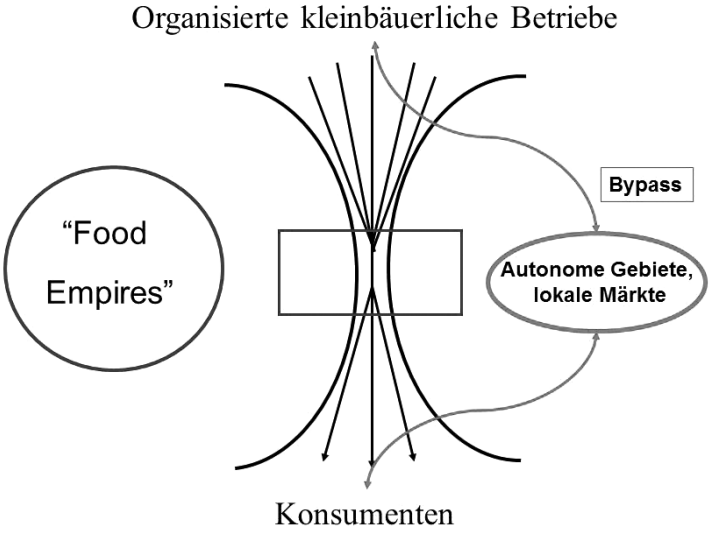
Blaupause für Europa?

In der nachfolgenden Diskussion mit den TeilnehmerInnen der Fachtagung wurde gerade diese sehr revolutionäre statt evolutionäre Ausrichtung als in Deutschland kurz- bis mittelfristig nicht umsetzbar kritisiert. Allerdings wurde von den 32 TeilnehmerInnen der Veranstaltung diskutiert, welche Möglichkeiten das Konzept der Agrarökologie in sich tragen könnte, um Entwicklungs- und Umwelt-NGOs einzubeziehen, da die Fokussierung auf Landlose sowie Kleinbäuerinnen und -bauern in Verbindung mit nachhaltiger Landwirtschaft eine Brückenfunktion übernehmen könnte. Ob und in welchem Maße NGOs sich allerdings an einer Definition von Agrarökologie beteiligen (sollten), ist fraglich, obwohl es vonseiten der Agrarindustrie durchaus Bestrebungen gibt, die entsprechende Definitionshoheit in diesem Gebiet zu erreichen. Allerdings wurde, vor allem durch die anwesenden alternativen Agrarverbände, angemerkt, dass es zwar unter anderem im Rahmen der aktuellen und existentiellen Milchkrise durchaus Bestrebungen gibt, die Eigenversorgung stärker zu betonen – allerdings müssten Vorzeigebetriebe entsprechende Praktiken bereits implementiert haben, um Bäuerinnen und Bauern die entsprechenden Konzepte praktisch näher bringen zu können.

Ein zentrales Ergebnis des NGO-Fachgespräches war, dass die deutschen Akteure in Bezug auf den Themenkomplex der Agrarökologie noch am Anfang stehen, wohingegen z. B. französische und zum Teil internationale NGOs wie ARC2020 in der Definition, Diskussion und Umsetzung sehr viel weiter sind. Ein Grund liegt sicher in der momentanen intensiven Förderung seitens des französischen Agrarministeriums. Sicher ist allerdings, dass Agrarökologie zwar eng mit der biologischen Landwirtschaft verknüpft ist, durch seine sozialen Implikationen aber noch darüber hinaus reicht. Um weitere Schritte auszuloten, werden die beteiligten Organisationen im Rahmen der „Wir haben es satt"-Demonstration am 16.01.2016 versuchen, ein weiteres Fachgespräch mit französischen Teilnehmern zu organisieren, um von der bereits geleisteten Arbeit zu lernen und sich mit den bereits existierenden internationalen Netzwerken nach Möglichkeit abzusprechen.

Harry Hoffmann

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V. und ehemaliger Projektleiter der Kampagne „Meine Landwirtschaft" beim Forum Umwelt und Entwicklung.



Prof. Altieri: Bypass-Modell in der Agrarökologie

DIE ZIELE DES FAO-SAATGUTVERTRAGES WERDEN NOCH IMMER NICHT ERFÜLLT

Saatguthersteller sollen verpflichtet werden

2004 trat das internationale Abkommen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von Nutzpflanzen (ITPGRFA) in Kraft und wurde bis heute von 136 Staaten ratifiziert. Vom 5.–9. Oktober 2015 trafen sich nun alle Vertragsparteien, beobachtende Staaten, Bauern- und Bäuerinnenorganisationen, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor in Rom für die sechste Sitzung des Lenkungsorgans des Saatgutvertrags. Vertragsparteien bilden alle Staaten, welche das Abkommen ratifiziert haben.

Ziele des internationalen Saatgutvertrages bilden die Erhaltung sowie die nachhaltige Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft. Zudem soll der Zugang zu Saatgutmaterial erleichtert werden. Der Vertrag beinhaltet ein multilaterales System welches den Zugang und die Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft ergeben, regelt. Monetäre Mittel von den Saatgutunternehmen sollen dazu dienen, den globalen Aktionsplan zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft umzusetzen. Diese Gelder sollen Bäuerinnen und Bauern aus den Ländern des Südens zugutekommen, welche diese Ressourcen, die als Grundlage aller Nahrungsmittel dienen, erhalten und nachhaltig nutzen.

Das multilaterale System

Die jetzige Struktur des Systems hat in den letzten 10 Jahren zu keinerlei obligatorischen Zahlungen durch die Saatgutindustrie geführt. Dies wird seit langer Zeit stark von NGOs sowie von anderen Vertragsparteien kritisiert. Vor zwei Jahren wurde deshalb beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche die Erweiterung des Umfangs[1] des multilateralen System (vorgeschlagen durch Länder des Nordens) sowie eine Revision des standardisierten Materialtransfervertrages (SMTA) diskutieren und konkrete Lösungsansätze am sechsten Treffen des Lenkungsorgans präsentieren soll. Bisher nutzen auch Saatgutunternehmen das System, zahlen aber überhaupt nichts ein.

Die Arbeitsgruppe präsentierte am diesjährigen Treffen des Lenkungsorgans (die bescheidenen) Fortschritte in Bezug auf ein sogenanntes Subskriptionsmodell. Neu an diesem Vorschlag ist, dass nur noch jene den weltweiten Genpool nutzen können, die bereit sind, einen bestimmten Prozentsatz ihres Umsatzes für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Vielfalt zu bezahlen. Das Geld würde sofort fließen und die Verfolgung der Ressourcen durch den ganzen Züchtungsprozess entfallen.

Die Länder des Südens sprachen sich für eine Fokussierung auf dieses Subskriptionsmodell aus und gegen eine Option mit freiwilligen Zahlungen. Zudem sprachen sich NGOs dafür aus, dass private Saatgutkollektionen ins multilaterale System miteinbezogen werden sollen. Das in Rom verhandelte Mandat der Arbeitsgruppe beinhaltet die Erarbeitung eines neuen SMTA mit Fokus auf einen ausgearbeiteten Vorschlag zum Subskriptionsmodell. Zudem sollen diverse Optionen zur Erweiterung des Umfangs des multilateralen Systems ausgearbeitet werden.

Geberstaaten des Südens werden zukünftig nicht mehr dazu bereit sein, ihre pflanzengenetischen Ressourcen für die Ernährung und Landwirtschaft dem Multilateralen System zur Verfügung zu stellen, falls nicht eine Lösung gefunden wird, wie finanzielle Mittel von kommerziellen NutzerInnen in den Fonds zum Vorteilsausgleich fließen. Es bleibt zu hoffen, dass die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten weiter ausgearbeitet werden können und die Mitgliedstaaten damit ihre Verantwortung wahrnehmen, die Zukunft des Saatgutvertrages zu sichern.

Nachhaltige Nutzung und Bauernrechte

Zur nächsten Sitzung sollen die Spannungen zwischen einzelnen Abkommen und den Rechten der Bäuerinnen und Bauern, wie sie im Saatgutvertrag verankert sind, untersucht werden. Die Erklärung von Bern (EvB) hat zu diesem Thema einen neuen Bericht[2] publiziert, der auf der Website der EvB abrufbar ist.

Zudem wurde entschieden, die Arbeitsgruppe für die Nachhaltige Nutzung bestehen zu lassen. Folgende Aktivitäten sollen umgesetzt werden:

- eine Toolbox für nachhaltige Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen in Ernährung und Landwirtschaft,
- eine Plattform welche die Co-Entwicklung und den Transfer von Technologien gewährleisten soll,
- Sensibilisierungsmassnahmen für Kulturpflanzen und ihren verwandten Wildarten.

Laura Sommer und François Meienberg

Die AutorInnen arbeiten bei der Erklärung von Bern.

1 Bis heute umfasst das „Multilateral System of Access and Benefit-sharing" 64 Nutzpflanzenarten. Wichtige Arten wie Tomaten oder Soja sind aber nicht dabei. Diverse Länder möchten den Umfang des Systems auf alle Nutzpflanzenarten für Landwirtschaft und Ernährung ausdehnen.

2 „International Contradictions on Farmers Rights: The interrelations between the International Treaty, its Article 9 on Farmers' Rights, and Relevant Instruments of UPOV and WIPO" abrufbar auf https://www.evb.ch/news/wie_sich_upov_und_wipo_auf_bauernrechte_auswirken/ .

DÜNGEVERORDNUNG UNZUREICHEND

Gesetzesentwürfe zur Düngung werden dem Wasserschutz nicht gerecht!

Das Grundwasser in Deutschland ist so stark mit Nitrat belastet, dass der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen dies als eines der größten ungelösten Umweltprobleme unserer Zeit bezeichnet. Der schlechte chemische Zustand der Gewässer ist u.a. auf die Nitrateinträge durch intensive Landwirtschaft zurückzuführen. Verursacher ist die Intensivtierhaltung, denn 80 % der Stickstoffüberschüsse[1] lassen sich direkt oder indirekt der Tierhaltung zuordnen.

In Deutschland werden jährlich etwa 830 Millionen Tiere[2] gemästet. Dies geschieht größtenteils in intensiv wirtschaftenden Tierhaltungsbetrieben, wo die Tiere meist mit importiertem Soja gefüttert werden, so entstehen 191 Mio. m^3/ Jahr[3] flüssiger Wirtschaftsdünger. Die intensiv wirtschaftenden Betriebe verfügen nicht über ausreichend Flächen, um die anfallende Gülle auszubringen, daher wird zu viel Wirtschaftsdünger auf zu wenig Fläche ausgebracht. Die Böden können die anfallenden Nährstoffe nicht aufnehmen. Sie werden ausgeschwemmt oder gelangen über Niederschläge in Gewässer, Luft und Ökosysteme. Bodenversauerung, Grundwasserbelastung, Artensterben und die Eutrophierung von Oberflächengewässern und Meeren sind die Folgen. Neben dem Verlust von Biodiversität sind die gesundheitsschädlichen Nitratwerte im Grundwasser eine schwerwiegende Folge der Überdüngung. Wasser aus zu stark belasteten Brunnen muss aufwendig und kostspielig mit sauberem Wasser gemischt werden. Das kann gesellschaftliche Kosten von jährlich bis zu 24 Milliarden Euro[4] verursachen.

Wasserschutz muss auf dem Acker beginnen!

Das zentrale Instrument zum Wasserschutz ist die Düngeverordnung. Diese regelt die Düngung und erlaubt gegenwärtig, dass zu viel Gülle ausgebracht wird. Sie ist das Instrument, um das Wasser zu schützen. Derzeit werden nur noch rund 60 % der Grundwasserkörper in Bezug auf die Wasserqualität als gut oder besser gestuft. Die Überwachungsprogramme der Länder machen deutlich, dass 90% der Oberflächengewässer den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie an einen guten Zustand bislang nicht genügen.[5] Außerdem erfüllt Deutschland die EU-Nitratrichtlinie nicht. Bereits 2013 leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren ein und drohte mit einer Klage. Seit Monaten wird die Novellierung verschleppt und Überdüngung bleibt erlaubt, bis die neue Verordnung in Kraft tritt. Die vorliegenden Entwürfe sind noch immer nicht ambitioniert genug, um das Wasser zu schützen.

Forderungen der Umweltverbände

Der BUND setzt sich aktiv für den Wasserschutz und gegen die Überdüngung ein. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden hat er bereits im Herbst 2014 in einem Zehn-Punkte-Papier dargelegt, was geschehen muss, um den Zustand der Gewässer deutlich zu verbessern. Der aktuelle Entwurf beinhaltet zwar einige Ansätze, die dem Gewässerschutz Rechnung tragen, doch reicht der Verordnungsentwurf nicht aus, die Nitratüberschüsse wirksam zu reduzieren. Die Kernforderung nach einer vollständigen Brutto-Hoftorbilanz ist nicht erfüllt. Die Hoftorbilanz ist eine Bilanzierungsmethode, bei der alle Stoffströme von Stickstoff und Phosphor erfasst werden, die in den Betrieb reingehen, z. B. die Nährstoffzufuhr von Futter oder mineralischem Dünger aber auch die Nährstoffabfuhr wird gemessen. Anhand der Bilanz lässt sich die Effizienz des Einsatzes von Düngemitteln ablesen und ggf. einsparen. Außerdem fordert der BUND die Einführung einer Gülletransportdatenbank. Sie dient dazu, den Verbleib der wachsenden Güllemengen aus gewerblichen Tierhaltungen, ohne ausreichend Flächen systematisch nachzuprüfen. Auch fordert der BUND Festmist und Weidehaltung besserzustellen, da dieser eine große Bedeutung für Bodenschutz und Humusaufbau hat. Auf der Umweltministerkonferenz im November 2015 forderten die Umweltminister den Bund auf, die Novellierung der DüV und die Überarbeitung des Düngegesetzes zügig abzuschließen, denn auch sie sehen die Lösung der Stickstoffproblematik als ein „ökologisches Schlüsselthema“. Der BUND macht sich auch weiterhin für die Umsetzung seiner Forderungen stark.

Katrin Wenz

Die Autorin ist Agrarexpertin beim BUND e. V.

Weitere Informationen unter:

http://www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/umwelt/ueberduengung/

1 www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?_blob=publicationFile.

2 http://albert-schweitzer-stiftung.de/massentierhaltung.

3 www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?_blob=publicationFile.

4 Eigene BUND-Berechnung nach: Naturkapital Deutschland –TEEB DE (www.naturkapitalteeb.de).

5 http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Strategien_Bilanzen/umweltbericht_2015_bf.pdf.

PUBLIKATIONEN DES FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

TRANSPARENZ IM ROHSTOFFSEKTOR

Das Factsheet gibt einen Überblick über die Ansätze für mehr Transparenz der Zahlungsströme im Rohstoffsektor, die auch für Deutschland wichtig sind. Es erläutert, worauf die freiwillige Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (EITI) und die verbindlichen Transparenzregeln der EU abzielen und wie sie funktionieren.

DIE SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDGS) UND DIE POST-2015-AGENDA

Was sind die SDGs? Was hat Deutschland damit zu tun? Und was heißt das für die Zivilgesellschaft? Das Factsheet zielt darauf, die Debatte zur Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland für zivilgesellschaftliche Akteure zugänglich zu machen, die sich bisher noch wenig oder gar nicht mit dem Prozess befassen.

DIE SERVERSKLAVEN

Der Bericht zeigt auf, dass jene Server, die von Universitäten in Europa gekauft werden, unter Bedingungen der Zwangsarbeit hergestellt werden. Veröffentlicht von WEED, Stiftung Asienhaus und Forum Umwelt und Entwicklung in Kooperation mit dem „Good Electronics"-Netzwerk und weiteren europäischen NGOs.

INVESTITIONSSCHUTZ IN TTIP: KOMMISSION VERWEIGERT SYSTEMWECHSEL.

Eine Kurzanalyse des Reformvorschlags der EU-Kommission vom 16.09.2015, demzufolge halbherzige Reformen die massive Ausweitung des weltweiten Investitionsschutzes rechtfertigen sollen.

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt und Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de.

Bestellungen online oder postalisch an:
Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin,
E-Mail: info@forumue.de

KEINE ZUKUNFT
OHNE BÄUERINNEN
UND BAUERN!

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE

16.1.
2016
12 UHR
BERLIN
POTSDAMER PLATZ

DEMO

UNSERE DEMO IST KEIN PLATZ FÜR NAZIS UND RASSISTINNEN
UND DIE DIFFAMIERUNG VON BÄUERINNEN UND BAUERN!
GEFLÜCHTETE SIND WILLKOMMEN!

Seien Sie dabei, wenn in Berlin zum sechten Mal viele Tausend Menschen für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft auf die Straße gehen!
Infos zu Anreise, Programm, Flyer-/Plakatbestellung und vieles mehr unter: www.wir-haben-es-satt.de

TRÄGERINNEN:

FÖRDERERINNEN:

MEDIENPARTNERINNEN:

INITIATORIN:

MEINE LANDWIRTSCHAFT